

KLARE ORIENTIERUNG

Die Fähigkeit, sich aus Fragmenten ein Gesamtbild vom Leben der Gesellschaft zu bilden, die Zukunftstendenzen zu bestimmen und, falls nötig, mutig Korrekturen vorzunehmen, war immer eine der stärksten Seiten unserer Leninschen Partei. Das Sowjetvolk und die Völker anderer Länder wie auch diejenigen westlichen Politiker, die keine Scheuklappen tragen, konnten sich neuerlich davon überzeugen, als sie das Material des Juni-Plenums des ZK der KPdSU und der 8. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR lasen. Diese beiden Gremien haben unsere Welterkenntnis bereichert und der Gesellschaft reichlich Stoff zum Denken gegeben. Auch haben sie den Kommunisten, ja dem ganzen Sowjetvolk die neuen innen- und außenpolitischen Aufgaben der UdSSR vor Augen geführt.

Das Hauptaugenmerk des Plenums galt der ideologischen Arbeit und den theoretischen Problemen des entwickelten Sozialismus sowie der Lösung der praktischen Aufgaben zu seiner Vervollkommnung. Dabei hat die Neufassung des Programms der KPdSU, die nach den Beschlüssen des XXVI. Parteitages formuliert wird, eine ganz besondere Rolle zu spielen. Warum ist sie notwendig geworden?

Die grundsätzlichen Punkte des jetzt geltenden Programms haben sich in der Praxis als richtig erwiesen. Vieles davon ist bereits erfüllt. Wie Juri Andropow aber konstatierte, haben einige Punkte die Zeitprobe nicht restlos bestanden, weil sie unrealistische Elemente und ein Vorgreifen aufwiesen und ungerechtfertigt ins Detail gingen. Außerdem hat sich in den zwei Jahrzehnten im Leben der sowjetischen Gesellschaft und der anderen sozialistischen Länder, in der globalen Gesamtentwicklung vieles verändert.

Wir sind ins Stadium des entwickelten Sozialismus eingetreten, was aber nicht bedeutet, daß unsere Gesellschaft ideal genannt werden kann. Das Plenum hat die Frage so gestellt: Unter den heutigen Verhältnissen muß das Parteiprogramm vor allem ein Programm dafür sein, den entwickelten Sozialismus planvoll und allseitig zu perfektionieren, und folglich auch für das weitere Vorwärtsgang zum Kommunismus. Das gilt für alle Lebensbereiche der Gesellschaft, für die Heranbildung des neuen Menschen, die Entwicklung der Demokratie und die größere Effektivität der Produktion, wovon u. a. im Bericht von Konstantin Tschernenko die Rede war.

Unsere Kenntnis der Welt des Sozialismus hat sich vertieft und erweitert. Es war schon immer klar, daß Länder, die zum Aufbau der neuen

Gesellschaft übergehen, einander nicht nachahmen und daß jedes in den Aufbau etwas Eigenes einbringen wird. Und doch schien es, daß diese Entwicklung mehr Gemeinsamkeiten aufweisen würde. Die Zeit hat anschaulich gezeigt, wie kompliziert und vielgestaltig unsere neue Welt ist. Zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern bestehen in Wirtschaft und Kultur und in den Methoden des sozialistischen Aufbaus große Unterschiede.

Ebenso deutlich ist aber auch etwas anderes erkennbar, daß uns viel weniger trennt als eint. Es kommt darauf an, daß die unterschiedliche Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Erbauern der neuen Gesellschaft nicht hinderlich ist. Nach Ansicht unserer Partei ist es die Pflicht und Schuldigkeit der Kommunisten, der regierenden kommunistischen Parteien, dafür zu sorgen.

"Zweifelloos besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Partei auf internationaler Ebene darin, das Wesen der Meinungsverschiedenheiten, die zu diesen oder jenen Fragen zwischen einzelnen sozialistischen Ländern sowie zwischen einigen Bruderparteien in der internationalen kommunistischen Bewegung auftreten, objektiv wissenschaftlich zu analysieren und nach Wegen zu suchen, diese auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu überwinden und die Geschlossenheit der Kommunisten zu festigen. Das Programm kann diese Frage nicht umgehen, wenn wir auf dem Boden der Realität bleiben wollen", hob Juri Andropow hervor.

Ein subtiler Realitätssinn, eine Berücksichtigung sowohl der positiven als auch der negativen Erscheinungen ist für die Art charakteristisch, wie die KPdSU die Weltlage beurteilt. Das Plenum weist auf das jähe Anschwellen der Aggressivität der ultrareaktionären Kräfte, in erster Linie des US-Imperialismus, hin. Zugleich stellt die Partei aber auch andere Tendenzen fest: das energischere Auftreten der Völker gegen diesen abenteuerlichen Kurs und die Erkenntnis der nüchtern denkenden Politiker jenseits der sozialen Barrikade, daß eine anhaltende friedliche Koexistenz der Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung notwendig und für beide Seiten vorteilhaft ist.

Die Ergebnisse des Juni-Plenums des ZK der KPdSU und der 8. Tagung des Obersten Sowjets sowie die Wahl Juri Andropows zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR — das alles hat begreiflicherweise in der ganzen Welt eine starke Resonanz gefunden. Die regierende kommunistische Partei und der Sowjetstaat lassen sich nicht nur die Vervollkommnung unserer Gesellschaft, sondern auch das Geschick der ganzen Menschheit angelegen sein, wenn sie in den internationalen Beziehungen das gesunde Element in Schutz nehmen, wenn sie die Entspannung und den Frieden schützen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 26 JUNI 1983

Gründungsjahr 1943

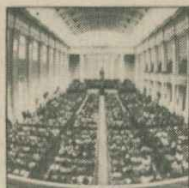
Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Klare Orientierung	1
M. Tschernoussow — Die Schlüsselfrage	5
Eigenbericht — Friedensforum im Herzen Europas	7
W. Kusnezow — Der schwere Weg zur Partnerschaft	8
A. Stepanow — Afghanistan. In Logar und Paktia	11
L. Shegalow — Südasien. Ein Bund der Sieben!	14
A. Wladimirow — Gegen Pinochet	15
Notizen ♦ Glossen	16
A. Uswatow — C-Waffen verbieten!	18
L. Gonzalez-Mata — Unsichtbare Machthaber	21
Die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion. Rede von Andrej Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Außenminister der UdSSR, auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR	24



Unser Titelbild: Moskau, Kreml. Während der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR

Foto: S. SMIRNOW, A. STESCHANOW

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Auf dem am 15. Juni beendeten Plenum des ZK der KPdSU wurden Organisationsfragen behandelt. Das Plenum wählte das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Grigori Romanow, zum Sekretär des ZK der KPdSU. Der Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, Michail Solomenzew, wurde als Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU bestätigt. Das Plenum wählte V. Worotnikow zum Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU.

Am 17. Juni wurde in Moskau die 8. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (10. Legislaturperiode) abgeschlossen.

Am 21. Juni wurden im UdSSR-Außenministerium den Botschaftern der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der VR China der Text des Beschlusses des Obersten Sowjets der UdSSR vom 16. Juni 1983 und Aide-memoires der Sowjetregierung für die Regierungen dieser Länder mit dem Vorschlag überreicht, daß alle Nuklearmächte alle ihre Nuklearwaffen quantitativ und qualitativ einfrieren.

Vom 14. bis 16. Juni fand in Moskau eine turnusmäßige Runde der sowjetisch-amerikanischen Konsultationen über Fragen der Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen statt.

Vom 14. bis 16. Juni stattete eine Partei- und Staatsdelegation Bulgariens unter dem Generalsekretär des ZK der BKP und Vorsitzenden des Staatsrates der VR Bulgariens, Todor Shiwkow, Ungarn einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Todor Shiwkow führte Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Janos Kadar. Im Kommuniqué über die Besuchsergebnisse heißt es u. a., daß beide Seiten einmütig die Erklärung der Sowjetregierung vom 28. Mai unterstützen, in der der Friedenswille der UdSSR erneut bekräftigt wird.

Vom 14. bis 17. Juni fand der offizielle Freundschaftsbesuch einer mongolischen Partei- und Staatsdelegation unter dem Generalsekretär des ZK der MRVP und Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volkshurals der MVR, Jumshagin Zedenbal, in Rumänien statt. Jumshagin Zedenbal führte Gespräche mit dem Generalsekretär der RKP und Präsidenten der SR Rumänien, Nicolae Ceausescu. Die Seiten unterzeichneten den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Mongolischen VR und der SR Rumänien.



**Generalsekretär des ZK der KPdSU,
Vorsitzender des Präsidiums
des Obersten Sowjets der UdSSR,
Juri Wladimirowitsch ANDROPOW**

Am 21. Juni begann in der Hauptstadt der Republik der Kapverden, in Praia, der 11. Kongreß der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei der Kapverden. Das ZK der KPdSU sandte eine Grußbotschaft.

Am 21. Juni wurde in Prag die Weltversammlung "Für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg" eröffnet (S. 7).

Am 18. Juni wurde in Peking auf einer Plenarsitzung der 1. Tagung des Nationa-

len Volkskongresses (NVK) der 6. Legislaturperiode Li Xiannian zum Vorsitzenden der VR China und Ulanfu zu dessen Stellvertreter gewählt. Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK wurde Peng Zhen, Vorsitzender des Zentralen Militärrates der VR China Deng Xiaoping. Auf Vorschlag des Vorsitzenden der VR China beschloß die NVK-Tagung, Zhao Ziyang erneut zum Premier des Staates zu ernennen. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR richtete an Li Xiannian ein Glückwunschtelegramm, in dem die Überzeugung bekundet wird, daß die Normalisierung

und die Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen den Grundinteressen der Völker der UdSSR und der VR China entsprechen. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR sandte an Peng Zhen eine Glückwunschkarte. Der Ministerrat der UdSSR richtete an Zhao Ziyang ein Glückwunschtelegramm.

Am 16. Juni traf in Warschau auf Einladung des Staatsrates der VR Polen und des polnischen Episkopats das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, Johannes Paul II., ein. PAP zufolge hat der Besuch religiösen Charakter. Der Vorsitzende des Ministerrats der VR Polen, Wojciech Jaruzelski, empfing am 17. Juni im Belvedere-Palast Papst Johannes Paul II. zu einem Gespräch.

Am 14. Juni nahm in Genf der Abrüstungsausschuß seine Arbeit wieder auf.

Am 16. Juni wurden in Genf die afghanisch-pakistanischen Gespräche unter Vermittlung des persönlichen Vertreters des UNO-Generalsekretärs Diego Cordovez auf Außenministerebene wiederaufgenommen.

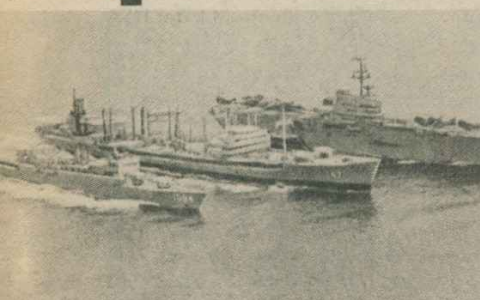
Am 17. Juni ging in Madrid eine Konferenz der Bürgermeister der Hauptstädte und großen Städte Europas zu Ende, die auf Initiative des Weltbundes der Partnerstädte und der Stadtverwaltung von Madrid stattfand. Die Konferenz, die unter der Devise "Die Stadt und der Frieden" stand, verabschiedete einen Abrüstungsappell sowie eine Botschaft an das Madrider KSZE-Nachfolgetreffen, in der sie dazu aufrief, alle nur möglichen Anstrengungen für einen baldigen erfolgreichen Abschluß des Treffens im Interesse des Friedens und der Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu unternehmen.

Am 18. Juni wurde in Amsterdam der 3. Internationale Kongreß der Organisation "Ärzte der Welt für die Verhütung eines Kernwaffenkrieges", die Mediziner aus vielen Ländern vereint, eröffnet. Mit großer Aufmerksamkeit vernahmen die Forumsteilnehmer eine Botschaft Juri Andropows, die der Ko-Vorsitzende der Organisation, der namhafte sowjetische Mediziner Akademiemitglied Jewgeni Tschasow verlas.

An die 500 000 Franzosen aus verschiedenen Landesteilen beteiligten sich an einer grandiosen Demonstration für Frieden und Abrüstung am 19. Juni in Paris. Im Vincennes-Park fand ein großes Friedensfest statt.

Vom 17. bis 19. Juni tagte in Stuttgart der Europäische Rat, der institutionalisierte Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EG-Länder.

Am 17. Juni wurde in Bonn eine Tagung des BRD-Bundestages mit offen provokatorischem Charakter abgehalten. Sie war dem "Tag der deutschen Einheit" gewidmet, dem Jahrestag des schmachlich gescheiterten konterrevolutionären Putsches der Reaktion gegen die DDR. Das Ziel der Tagung war, die revanchistischen, chauvinistischen Tendenzen in der BRD zu verstärken, die friedliebende Politik des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates zu verleumden sowie den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD in Zweifel zu ziehen. Gleichzeitig verübte in Westberlin trotz des Protestes der demokratischen Öffentlichkeit die bundesdeutsche rechts-extreme Organisation "Konservative" Aktion", deren Anhänger aus der BRD nach Westberlin gekommen waren, eine Reihe von Provokationen, darunter einen Fackelzug an den Grenzen Westberlins zur DDR-Hauptstadt. Er war vom Geist wütenden Antikommunismus und Antisowjetismus durchdrungen.



An der libanesischen Küste traf eine große Gruppe von US-Kriegsschiffen ein. Über ein Dutzend Hubschrauberträger, Zerstörer und Landungsschiffe warfen Anker vor Beirut. Die Verstärkung der US-Marine vor der libanesischen Küste fiel mit der Verstärkung der Spannungen in der Bekaa-Ebene zusammen, die durch die Intensivierung der Kriegsvorbereitungen Israels gegen Syrien hervorgerufen wurden. T A S S - Foto: US-Kriegsschiffe vor Beirut

Am 14. Juni dieses Jahres ratifizierte das libanesisches Parlament nach zweitägiger leidenschaftlicher Debatte mit 65 Stimmen den "Friedensvertrag" mit Israel, der unter Druck Washingtons und Tel Avivs aufgezwungen wurde. Unterdes verstärken die libanesischen patriotischen Kräfte ihre bewaffneten Aktionen gegen die Besatzer. Der israelische Militärklün-

gel schürte in der vergangenen Woche weiterhin die Spannungen in der libanesischen Bekaa-Ebene, beschloß Positionen der syrischen Einheiten der Arabischen Sicherheitskräfte. Israelische Flugzeuge nehmen systematisch Flüge über syrische Positionen vor. Der PLO-Vorsitzende Yasser Arafat erklärte auf einer Pressekonferenz in Kuweit, Israel habe in der Bekaa-Ebene fünf Divisionen konzentriert. In dieser Lage sind die palästinensischen Formierungen, sagte er, in voller Kampfbereitschaft, um beliebigen bewaffneten Provokationen eine Abfuhr zu erteilen.

Am 14. Juni fand in Chile der zweite Tag des nationalen Protests gegen die volksfeindliche Politik des Pinochet-Regimes statt. Der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und das Sowjetische Solidaritätskomitee mit den chilenischen Demokraten gaben Erklärungen ab, in denen sie die brutalen Repressionen gegenüber den Teilnehmern der Demonstrationen und Kundgebungen am 14. Juni in Chile verurteilten (S. 15).

Die Regierung Boliviens ordnete die Verhaftung des Ex-Präsidenten General Garcia Meza und von 29 seiner Helfershelfer an, darunter einiger ehemaliger Minister. Ihnen werden "Wirtschaftsverbrechen und Korruption" vorgeworfen. Viele der Beschuldigten verstecken sich im Ausland.

Der Vorsitzende des Provisorischen Nationalen Verteidigungsrates (PNDC) Ghanas, Jerry Rawlings, teilte mit, daß die Regierungstruppen einen Putschversuch niedergeschlagen haben, der am Morgen des 19. Juni von einer Gruppe spalterischer Elemente der Armee unternommen wurde, die den Generalstab, den Flughafen und den Rundfunksender der Hauptstadt besetzen wollten. Bei den Kämpfen wurde ein Teil der Putschisten vernichtet, ein anderer verhaftet. Alle Truppeneinheiten sowie die strategischen Punkte stehen unter voller Kontrolle des PNDC, betonte Jerry Rawlings.

Am 18. Juni wurde von Cape Canaveral (US-Bundesstaat Florida) die Weltraumfähre "Challenger" mit fünf Astronauten an Bord gestartet. Erstmals gehört einem US-Raumfahrtunternehmen eine Frau an — die 32jährige Astrophysikerin Sally Ride. Das Flugprogramm sieht u. a. vor, zwei Nachrichtensatelliten in eine Umlaufbahn zu bringen, sowie Arbeiten unter Einsatz eines elektronisch-mechanischen Roboters, der sich im Frachtraum der Fähre befindet. Das Pentagon nutzt den Flug militärisch.

Der Artikel "Das östliche Glied in der US-Strategie" (NZ 19/83) entlarvt die friedensbedrohende Politik der Regierung Reagan in Asien. Mit Unterstützung der USA steuert das Söuler Regime der KDVR gegenüber einen Provokationskurs und verletzt gröblich die elementarsten Rechte des südkoreanischen Volkes. Den rechten Weg zur Sicherheit im Fernen Osten weisen die bekannten Initiativen der UdSSR, die ich voll und ganz unterstütze.

Gerd WEDEMEYER
Wiesbaden, BRD

Ich bin begeistert über die Aktionen der britischen Frauen, die ein Zeltlager vor dem Stützpunkt Greenham Common aufgeschlagen haben, wo neue US-Raketen stationiert werden sollen. Sie führen ihren Kampf trotz politischer Repressalien und trotz der Hetze in der Rechtspresse. Diese einfachen Frauen, die um der Zukunft ihrer Kinder willen ihr Heim verlassen haben, müssen viel Mut aufbringen. Sie gehen denen, die sich den Friedensanhängern noch nicht angeschlossen haben und sich der Gefahr einer Nuklearkatastrophe nicht bewußt geworden sind, mit gutem Beispiel voran. Meine größte Hochachtung für alle Friedenskämpfer.

N. PETROW
Ussurisk, RSFSR

Ich möchte Ihnen zu dem Artikel von M. Martynenko (NZ 16/83) über eine bedeutende Persönlichkeit in der Geschichte Irlands James Connolly, der 1916 von den Engländern getötet wurde, gratulieren. Mit Hilfe seiner Tochter, Nora Connolly O'Brien, habe ich seine Biographie geschrieben und möchte feststellen, daß seine sozialistischen Prinzipien auch auf die neuen Generationen der Freiheitskämpfer Ulsters großen Einfluß ausüben.

Roger FALIGOT
Romilly, Frankreich

DIE SCHLÜSSELFRAGE

Verständlich und gesetzmäßig ist die Aufmerksamkeit, mit der die ganze Welt die Meldungen aus Moskau über das Plenum des ZK der KPdSU und die Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR aufnahm. Hängt ja von den Einschätzungen der jetzigen internationalen Lage, die im Kreml gegeben wurden, von der Haltung und den Plänen der Sowjetunion in hohem Maß die weitere Entwicklung in der Welt ab.

In seiner Rede auf dem Plenum des ZK sagte Juri Andropow: "Der Kampf zwischen den beiden gesellschaftlichen Weltssystemen hat sich in einem noch nie dagewesenen Maße zugespitzt. Indes wäre der Versuch, den historischen Streit zwischen diesen Systemen durch eine kriegerische Auseinandersetzung zu entscheiden, für die Menschheit tödlich. Der Charakter der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen ihnen, das heißt im Grunde genommen die Frage der Erhaltung des Friedens auf der Welt, ist heute das Kernproblem der Außenpolitik unserer Partei und wird es auch in absehbarer Zukunft bleiben." Juri Andropow betonte, daß zur friedlichen Koexistenz objektiv das militärstrategische Gleichgewicht zwischen Sozialismus und Imperialismus beiträgt. Er betonte: "Unser Ziel ist es nicht nur, Kriege zu verhüten. Wir streben nach einer grundlegenden Gesundung der internationalen Beziehungen, nach Festigung und Entwicklung aller guten Elemente in diesen Beziehungen. Wir werden danach streben, daß die souveränen Rechte der Staaten und Völker respektiert und die Prinzipien des Völkerrechts strikt eingehalten werden, die der Imperialismus immer häufiger zu verwerfen und mit Füßen zu treten versucht."

Von beiden Tendenzen in der Weltpolitik sprach Andrej Gromyko in seinem Referat auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR über "Die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion". Er betonte, daß die internationale Entwicklung, wenn man das Wesentliche herausgreift, vom Kampf zweier Linien bestimmt wird: der einen auf die Erhaltung und Festigung des Friedens, der anderen entgegengesetzten, auf die Untergrabung seiner Grundlagen. Eindeutig für den Frieden setzen sich die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder, die überwiegende Mehrheit der Staaten ein, darunter auch solcher, die einer

anderen Gesellschaftsordnung angehören. Die UdSSR lehnt allein schon den Gedanken eines Nuklearkrieges als Wahnsinn ab. Die Sowjetunion, die sich einseitig zum Nichtersteinatz von Kernwaffen verpflichtet hat, bekräftigte erneut, daß die Sorge um die Abwendung der Kriegsgefahr ihre Politik bestimmt.

Die außenpolitischen Initiativen der UdSSR, insbesondere in der UNO, leiteten eine Reihe bedeutender internationaler Verträge, Abkommen und Dokumente ein, die sich auf die Lage in der ganzen Welt, darunter in Europa, positiv auswirken. Andrej Gromyko bekräftigte die Treue der UdSSR zur Fortführung des gesamteuropäischen Prozesses. Gerade diese Position nimmt die UdSSR auf dem Madrider Treffen ein, indem sie dessen Abschluß durch eine Vereinbarung über die Einberufung einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung in Europa anstrebt.

Bei den Wiener Truppenabbaugesprächen unterbreitete die UdSSR zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern kürzlich neue Vorschläge, die es erlauben, die von den westlichen Staaten künstlich aufgebauten Hindernisse zu überwinden.

Mit dem Namen unseres Landes ist die Annahme der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker in der UNO verbunden, was der Weltbewegung für die Beseitigung des Kolonialsystems des Imperialismus einen starken Impuls gegeben hat. Im Gesamtkomplex der Friedensbemühungen der Sowjetunion kommt den Aktionen zur Beseitigung der Spannungsherde, der Kriegsgefahr, zur friedlichen Regelung der zwischen den Staaten entstehenden Streitfragen und Konflikte große Bedeutung zu.

"All das stellt einen soliden Aktivposten der sowjetischen Außenpolitik dar. Dieses Gut zu schmälern wird keinem gelingen", sagte Gromyko.

Einen besonderen Platz in der Politik der KPdSU und des Sowjetstaats nahmen und nehmen stets die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Ländern des Sozialismus ein. Die Länder der Gemeinschaft wirken fruchtbar in allen Lebensbereichen zusammen. Ihr Bruderbund findet seine Verkörperung in der Organisation des Warschauer Vertrages, dem Rat für Gegenseitige

Wirtschaftshilfe, im System der bilateralen Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe.

Die UdSSR und ihre Verbündeten verfolgen den gleichen internationalen Kurs — auf Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern. Gerade diese Haltung wurde erneut in der Prager Deklaration bekräftigt. Der Aufruf aus Prag, einen Vertrag zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO über gegenseitigen Gewaltverzicht zu schließen, liegt den westlichen Partnern vor.

Dem Kurs der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder auf Frieden, auf die Gewährleistung der internationalen Sicherheit steht die Politik der aggressiven imperialistischen Kräfte, vor allem der USA, gegenüber. Diese Politik ist die Quelle der jetzigen ersten Zuspitzung der internationalen Lage. Ihre Inspiratoren stoßen unzählige Verleumdungen aus, um zu "beweisen", die Bedrohung des Friedens gehe von der Sowjetunion aus und der Westen reagiere nur auf diese Herausforderung. Überhaupt gehört die Irreführung der Menschen über das Wesen der Außenpolitik der USA und der UdSSR schon seit langem — und fest — zu Washingtons Arsenal. So wird z. B. von "militärischer Überlegenheit" der UdSSR gesprochen, während zwischen Warschauer Vertrag und NATO ein Kräftegleichgewicht besteht. Die Sowjetunion tritt dafür ein, von diesem Gleichgewicht ausgehend den Weg der Begrenzung und Reduzierung der Waffen so zu gehen, daß das Gleichgewicht in jedem gegebenen Augenblick erhalten bleibt, doch auf immer niedrigerem Stand. Aber in Washington denkt man nicht in Kategorien der Gleichheit, sondern der Überlegenheit. Und nicht der angeblichen sowjetischen, sondern der realen amerikanischen. Dort setzt man darauf, das strategische Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verändern. Darin liegt das Hauptziel der Außenpolitik der USA: Sie ist vor allem gegen die Sowjetunion, gegen die Länder des Sozialismus gerichtet. Sie richtet sich aber auch gegen den Frieden insgesamt.

Hierfür werden die Programme zur Aufstockung aller Waffenarten, vor allem der nuklearen, forciert vorangetrieben. Sie rüsten nicht nur selbst. Sie treiben dazu auch ihre Verbünde-

ten an und fordern von ihnen eine immer größere Anhebung der Rüstungshaushalte. Um die strategische Parität zu zerstören, wollen sie um jeden Preis die neuen Nuklearwaffen nach Westeuropa schaffen und dort stationieren.

Die Interessen der eigenen Sicherheit und der Sicherheit ihrer Verbündeten würden die UdSSR, wie die Sowjetregierung in ihrer Erklärung vom 28. Mai warnte, zu Gegenmaßnahmen zur Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit zwingen. Doch das wären notgedrungene Maßnahmen. Ihr einziges Ziel bestünde darin, eine Störung des bestehenden Kräftegleichgewichts nicht zuzulassen. Die Sowjetunion bekräftigt zugleich die Unveränderlichkeit ihrer prinzipiellen Haltung sowohl zur Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen als auch zur Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa. Noch ist es nicht zu spät, eine gefährliche Entwicklung der internationalen Lage aufzuhalten, wenn die USA und deren NATO-Verbündeten auf die konstruktiven Vorschläge der UdSSR reagieren.

Zunächst einmal wäre es sinnvoll, zu vereinbaren, die weitere Anhäufung von Nuklearwaffen zu stoppen, indem die Nuklearwaffenarsenale quantitativ und qualitativ eingefroren würden. In seinem Beschluß über "Die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion" beauftragte der Oberste Sowjet der UdSSR die Sowjetregierung, sich an die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der VR China mit dem Vorschlag zu wenden, die Nuklearmächte sollten gleichzeitig alle ihre Nuklearrüstungen quantitativ und qualitativ einfrieren. Ein solches Einfrieren, heißt es in dem Beschluß, könnte anfänglich gegenüber der UdSSR und den USA von einem bestimmten, zu vereinbarenden Datum an in Kraft treten, wobei daran gedacht ist, daß die anderen Nuklearmächte entsprechend verfahren

würden. "Das Einfrieren aller Komponenten der Nukleararsenale", heißt es in dem Beschluß, "würde das Vertrauen in den Beziehungen zwischen den Nuklearmächten stark anheben und eine entschiedene Wende zur Gesundung der gesamten Atmosphäre in der Welt ermöglichen."

Doch nicht an die Gesundung der Atmosphäre wird offenbar in den Hauptstädten der westlichen Nuklearmächte gedacht. Bereits die ersten offiziellen Reaktionen aus Washington, London und Paris zeigen, daß man dort den sowjetischen Vorschlag negativ aufgenommen hat, obgleich weite Kreise der Öffentlichkeit in den USA und in Westeuropa den Gedanken eines Einfrierens unterstützen.

Ein vollständiges und umfassendes Verbot der Nuklearwaffentests würde wesentlich dazu beitragen, die Möglichkeiten für die Entwicklung neuer Arten von Nuklearwaffen zu unterbinden und ihrer Nichtweiterverbreitung zu festigen. Die Sowjetunion meint, daß die dreiseitigen Verhandlungen mit den USA und Großbritannien zur Erarbeitung eines entsprechenden Vertrages wieder aufgenommen werden müssen.

Und weiter über Waffen. Die US-Administration beschloß, mit der Entwicklung eines großangelegten Raketenabwehrsystems zu beginnen — und das keineswegs in defensiver Absicht. Die Sowjetunion ist der Meinung, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, um ein Wettrüsten in neuen Richtungen zu verhindern. Vorrangige Aufgabe ist hierbei, einen Vertrag über die Nichtstationierung beliebiger Waffen im Weltraum abzuschließen, was auch von der Sowjetunion vorgeschlagen wurde. Die UdSSR ist bereit, weiter zu gehen und ein generelles Verbot

der Gewaltanwendung sowohl im Weltraum als auch vom Weltraum aus gegen die Erde zu vereinbaren.

Die Realitäten von heute verlangen besondere Zurückhaltung nicht nur bei den Rüstungen und in der Militärpolitik, sondern in allen Bereichen der zwischenstaatlichen Beziehungen, vor allem dann, wenn die Interessen von Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung berührt werden.

Die Sowjetunion tritt konsequent für normale und stabile Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern ein. Wie unterschiedlich sich die Beziehungen der UdSSR zu den kapitalistischen Ländern auch entwickeln mögen — Moskau verfolgt nach wie vor konsequent den Kurs darauf, daß in den Beziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung das Prinzip der friedlichen Koexistenz dominiert.

In den Vordergrund der Weltpolitik treten immer entschiedener die Völker, die für die Behauptung ihrer nationalen Unabhängigkeit und den sozialen Fortschritt kämpfen. Darunter die Völker der arabischen Länder.

Washington und Tel Aviv bauen Hindernisse auf dem Weg zu einer Nahostregelung auf. Eine solche Regelung, die zur Befreiung aller besetzten arabischen Gebiete führen und die Schaffung eines unabhängigen arabischen Palästinenserstaates gewährleisten würde, könnte dem Nahen Osten Frieden bringen. Die UdSSR hat gerechte Prinzipien einer politischen Regelung unterbreitet, darunter den Vorschlag für die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz. Viel hängt von den arabischen Ländern selbst, von ihrer Geschlossenheit ab.

Eine Entspannung in Südostasien wird durch die Einmischung äußerer Kräfte in die Angelegenheiten der Region gestört. Die UdSSR ist voll solidarisch mit den Vorschlägen der Länder Indochinas zur Normalisierung der Lage in Südostasien, zur Verwandlung der Region in eine Zone des Friedens, der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit.

Die USA führen immer intensiver ihre Kampagne der Drohungen und des massiven Drucks auf die souveränen Staaten und die nationalen Befreiungsbewegungen in Mittelamerika und der Karibik. Hier demonstrieren sie der ganzen Welt die imperialistische Politik der Einmischung, um in einigen Ländern volksfeindliche Juntas und blutige Marionettenregimes an der Macht zu halten. Doch mit einer solchen Politik

Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR im Kreml

Foto: S. Smirnow



kann das Streben der Völker Lateinamerikas nach Unabhängigkeit und Freiheit nicht unterdrückt werden. Die Sowjetunion meint, daß die Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der Länder Mittelamerikas und der Karibik eingestellt werden muß.

Im südlichen Afrika besteht nach wie vor eine gespannte Lage. Die Interessen des Friedens verlangen, daß die Republik Südafrika ihre Aggression gegen die Nachbarstaaten einstellt und ihre Truppen aus der VR Angola abzieht, daß die UNO-Resolutionen über die Gewährung der Unabhängigkeit an das Volk Namibias erfüllt, daß der Rassismus und das Apartheidsystem beseitigt werden.

In Afrika gibt es über 50 Staaten, und fast mit allen von ihnen unterhält die UdSSR normale diplomatische Beziehungen. Die Völker dieser Staaten kennen aus der Geschichte ihres Unabhängigkeitskampfes gut den Beitrag der UdSSR zu diesem Kampf.

Die Sowjetunion betrachtet es auch heute als ihre internationalistische Pflicht, die Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, den Kampf für Festigung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Länder dieser Weltregionen zu unterstützen.

Die Sowjetunion begrüßt die wachsende internationale Rolle der Staaten der Nichtpaktgebundenenbewegung, die immer aktiver von antiimperialistischen und antimilitaristischen Positionen auftritt, wovon die Ergebnisse des kürzlichen Forums dieser Länder in Delhi zeugen.

Die internationalen Beziehungen der Sowjetunion zu den Staaten eines breiten politischen Spektrums sind Anerkennung des hohen Ansehens unseres Landes, ohne dessen Teilnahme praktisch keine einzige bedeutende weltpolitische Frage gelöst werden kann und nicht gelöst wird.

* * *

"Das ZK der KPdSU und die sowjetische Regierung schätzen die internationale Stellung unseres Staates als stabil ein", sagte Andrej Gromyko zum Abschluß seines Berichtes.

Sie ist stabil im Sinne unserer Fähigkeit, unsere Errungenschaften beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu verteidigen. Sie ist stabil auch in dem Sinne, daß die sowjetische Außenpolitik bei der Verteidigung des Friedens effektiv ist, da sie die wahren Hoffnungen der Völker zum Ausdruck bringt.

M. TSCHERNOUSSOW

"NEUE ZEIT" 26.83

FRIEDENSFORUM IM HERZEN EUROPAS



Festlich sieht in diesen Juni-Tagen das Goldene Prag aus. Die Straßen der CSSR-Hauptstadt sind mit Plakaten und Flaggen geschmückt: den dreifarbenen Nationalflaggen, roten Fahnen zum Zeichen der Solidarität der Werktätigen und blauen zu Ehren der Weltversammlung "Für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg". Besonders schmuck ist der Kulturpalast, wo die Weltversammlung tagt. Die Darstellung einer weißen Friedenstaube vor dem Hintergrund des blauen Erdballs — das Emblem der Versammlung — fügt sich organisch in die Palette der Stadt.

Die Angestellten eines Geschäfts auf dem Wenzelsplatz drückten ihre Haltung angesichts der Gefahr eines Nuklearkrieges, mit dem die Imperialisten der Menschheit drohen, auf ihre Art aus: Im Schaufenster steht unter vielen Modepuppen ein Skelett und neben ihm eine riesige Aufschrift in verschiedenen Sprachen: "Nein!"

Das Herz Europas, das die Schrecken zweier vernichtender Kriege durchgemacht hat, ein Zentrum der europäischen Kultur und die Hauptstadt eines sozialistischen Staates wurde keineswegs zufällig zum Veranstaltungsort dieses grandiosen Antikriegsforums. Hier wird allein schon der Gedanke der Möglichkeit eines Nuklearkrieges, den Europa und die Menschheit insgesamt nicht überleben würden, besonders entsetzlich. Wichtig ist auch der Zeitfaktor. Will ja die US-Administration auf Biegen und Brechen zum Jahresende ihre Nuklearraketen in Westeuropa stationieren.

Die Vorbereitung auf die Versammlung war in der CSSR für wahr eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Überall fanden Kundgebungen, Versammlungen, Demonstrationen und Geldsammlungen für den Versammlungsfonds statt. Das Tschechoslowakische Vorbereitungskomitee, das Friedenskomitee und die Nationale Front riefen zu Geldspenden auf, um alle Ausgaben des Forums zu tragen. Das Echo übertraf alle Erwartungen: Am 20. Juni waren über 62 Mio. Kronen gesammelt — sowohl von Privatpersonen als auch von ganzen Kollektiven. So sandten die Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes aus dem Bezirkszentrum

Humenne 14 000 Kronen. Viele schickten Briefe zusammen mit dem Geld. Auf einer Pressekonferenz, an der über 300 Journalisten aus vielen Ländern teilnahmen, zitierte ein Co-Vorsitzender des Internationalen Vorbereitungskomitees, der Vorsitzende des Tschechoslowakischen Vorbereitungskomitees, Prof. Tomas Travnicek, zwei Briefe. Der eine stammte von einem Arbeiterveteranen. "Meine Familie hat 30 Mitglieder", schreibt er. "Ich weiß, wie entsetzlich der Krieg ist, um so mehr ein thermonuklearer Krieg. Ich möchte, daß meine Enkel glücklich aufwachsen und leben. Deshalb habe ich unter meinen Verwandten 540 Kronen gesammelt und schicke sie ihnen." Ein anderer Brief traf von Schülern der 2. Klasse einer Dorfschule ein. "Wir wollen keinen Krieg", schreiben die Kinder, "und um zu helfen, ihn zu verhüten, haben wir Altpapier für 240 Kronen gesammelt, die wir ihnen hiermit schicken." Und solche Briefe, ergänzte Prof. Travnicek, gab es unzählige...

Wenn das keine Antwort an jene westlichen Propagandaorgane ist, die behaupten, in den sozialistischen Ländern würden nur Funktionäre in der Antikriegsbewegung mitwirken, und diese Bewegung selbst sei von den Behörden inspiriert!

Ein derartiger Massenenthusiasmus ist nicht nur für die Friedenskämpfer in der CSSR charakteristisch. So fanden am Vorabend der Weltversammlung in der Sowjetunion über 30 000 Kundgebungen, Demonstrationen und Symposien statt, an denen über 50 Millionen Menschen teilnahmen.

Nach vorläufigen Angaben sind über 2500 Delegierte aus fast 140 Ländern, die an die 100 internationale und nationale Organisationen vertraten, nach Prag gekommen — Menschen verschiedener Berufe, unterschiedlicher politischer und religiöser Anschauungen. Einige von ihnen haben sich erst kürzlich der Antikriegsbewegung angeschlossen und beteiligen sich erstmals an einem so repräsentativen internationalen Forum, doch auch viele Veteranen sind gekommen. Hier sind Sozialdemokraten, Liberale, Sozialisten, Kommunisten, Christde-

mokraten und bundesdeutsche Grüne, amerikanische Anhänger der Bewegung für ein Einfrieren der Nuklearwaffen. Unter den Delegierten finden sich Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wissenschaftler, Kulturschaffende, Geistliche, Schriftsteller, Journalisten. So kamen ca. 200 Delegierte aus Indien, darunter 40 Parlamentsabgeordnete, die Vertreter von 16 Parteien, vielen Gewerkschafts-, Jugend-, Frauen- und anderen Massenorganisationen.

Der Vorsitzende des Weltfriedensrates, Romesh Chandra — er ist Co-Vorsitzender des Internationalen Vorbereitungskomitees —, nannte folgende Zahlen: 50% der Delegierten trafen aus kapitalistischen Ländern, 30% aus Entwicklungsländern und 20% aus sozialistischen Staaten ein, wobei er betonte, daß die Zahl der Versammlungsteilnehmer und die Breite ihrer Ansichten beispiellos in der gesamten Geschichte der Friedensbewegung sind.

Für den feierlichen Teil ist nur wenig Zeit vorgesehen. Die Hauptaufmerksamkeit gilt der konkreten Arbeit in den 22 Diskussionsgruppen. Das geschah, erläutert der dritte Co-Vorsitzende des Vorbereitungskomitees, die Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Edith Ballantyne (Kanada), um jedem die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern.

Hier nur einige der Themen, deren Aktualität offensichtlich ist: "Gefahr des Kernwaffenkrieges — Bedrohung des Lebens, Wege zu ihrer Verhütung", "Europäische Sicherheit und Abrüstung", "Wirtschaftliche Aspekte des Wetrüstens", "Die Kriegsgefahr und Probleme des Nahen Ostens, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas"... Auch andere Diskussionen finden statt. So ein Frauenforum, eine Diskussion in einem Jugenddorf, Treffen von Ärzten, Juristen, Journalisten...

"Das Wichtigste für uns ist", betont Edith Ballantyne, "bei einem offenen Meinungsaustausch einander besser kennenzulernen, das herauszuarbeiten, was uns alle eint, und nicht zuzulassen, daß zweitrangige Fragen die Diskussion ins Abseits führen und von der dringenden Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen aller Friedenskräfte ablenken."

Prag hat die Teilnehmer des Weltforums herzlich aufgenommen. Das Treffen ist ausgezeichnet organisiert. Es besteht aller Grund zu der Hoffnung, daß die Versammlung erfolgreich enden und weitere Impulse zur Aktivierung der Antikriegsbewegung in aller Welt ausstrahlen wird.

Eigenbericht

Prag, den 21. Juni

DER SCHWERE WEG ZUR PARTNERSCHAFT

Gedanken nach einer BRD-Reise

Wladlen KUSNEZOW

Jewgeni Grigorjew, Stellvertretender Chefredakteur der "Prawda", und ich standen in der Menge auf einem Platz in Dortmund, wo die Tage der Sowjetunion stattfanden. Unter freiem Himmel traten Solisten des Russischen Volkschors aus Woronesch auf. Das sprühende Temperament der Tänzer und Sänger begeisterte das Publikum. Wahre Kunst vermag für eine gewisse Zeit die Menschen den Alltag, ihre Sorgen und Ängste vergessen zu lassen. Doch da holte uns ein Passant mittleren Alters abrupt in die Wirklichkeit zurück. Auf die Darbietung schauend, sagte er, uns zugewandt — wer wir waren, dürfte er wohl kaum geahnt haben —, etwas von SS 20.

Nein, nicht erbittert, eher scherzhaft — doch wieviel kam darin von dem zum Ausdruck, was heute die BRD bewegt. Mit allen Mitteln wird heute versucht, das alte "Feindbild" wiederzubeleben. Früher war es der "Bolschewist mit dem Messer zwischen den Zähnen". Nur das Messer wurde durch die Rakete ersetzt. Das ist der ganze Unterschied.

Während meiner BRD-Reise erlebte ich keine Antikriegskundgebungen und -märsche. Doch ich sah sie auf dem Fernsehschirm, las von ihnen in den Zeitungen, hörte Berichte von Augenzeugen... All das läßt ebenso wie zahlreiche Meinungsumfragen keinen Zweifel daran, daß die überwiegende Mehrheit der Bundesdeutschen gegen die Stationierung der neuen US-Raketen in ihrem Land ist. Doch ebenso deutlich ist auch etwas anderes: Die Desinformationsprofis wollen die sowjetischen Raketen, die entwickelt und aufgestellt wurden, um die Sicherheit der UdSSR gegen die vorgeschobenen Nuklearsysteme der USA und ihrer NATO-Verbündeten zu verteidigen, in eine "entsetzliche Bedrohung" verwandeln. Wie diese "Informations"-Lieferanten arbeiten, zeigte uns ein konkretes Beispiel. Am 28. Mai wurde die Erklärung der Sowjetregierung veröffentlicht. Dieses Dokument enthielt eine Warnung an jene, die durch ihre Wahnsinnspläne der Aufstellung von US-Nuklearraketen in Europa die größten Gefahren heraufbeschwören. Die Erklärung war eine weitere Aufforderung an Europäer und Amerikaner, solange es noch nicht zu spät ist, alle Folgen der völlig ungerechtfertigten und unprovokierten Stationierung

einer großen Zahl von US-Mittelstreckenraketen, von Erstschlagswaffen, in Europa gemeinsam sorgfältig zu bedenken und abzuwägen. Doch aus dem von Sorge um den Frieden getragenen konstruktiven Appell an Vernunft und guten Willen machte man in der BRD eine "Bedrohung".

Die Produzenten der Angst profitieren an der Uninformiertheit, die sie selbst schaffen. In den letzten Jahren tönnten sie immer wieder, daß, wenn jemand die Schuld an dem NATO-"Nachrüstungsbeschluß" trage, dann die Sowjetunion und niemand sonst.

In München fragte ich das Auditorium: "Wann wurden erstmals Nuklearwaffen in Europa aufgestellt?"

Schweigen... Dann sagte ein Teilnehmer der Podiumsdiskussion unsicher:

"Wohl in den 50er Jahren..."

"Stimmt. Und zwar 1953. Vielleicht wissen Sie, was das für Waffen waren?"

"Ich meine, amerikanische..."

"Und wann tauchten die sowjetischen SS-20-Raketen auf, vor denen man ihnen Angst einzujagen sucht?"

Erneut Schweigen. Ich mußte etwas nachhelfen: "1977..."

Also 1953 und 1977. Wie kann man sich denn eine richtige Vorstellung von der Entwicklung machen, wenn man das Elementarste nicht weiß: Wer die nukleare Konfrontation in Europa eingeleitet, wer die Herausforderung wollte und wer darauf antworten mußte. So kommt es, daß die reale Bedrohung neben einer frei erfundenen, die berechtigte Angst neben einer grundlosen existiert. Oder sogar die Anhänger eines "begrenzten" Nuklearkrieges in Europa und die Gegner eines solchen Krieges gleichgesetzt werden...

Doch wie sich die "Informations"-Profis auch mühen mögen, es gelingt ihnen weitaus nicht alles. Sie vermochten den Menschen nicht einzureden, daß Westeuropa tatsächlich die "Nachrüstung" braucht und der NATO-"Doppelbeschluß" der Weisheit letzter Schluß ist — und das, obwohl dieser Beschluß und seine massive Propagierung im Dezember vier Jahre alt werden. Überzeugen konnten sie nicht, doch Angst haben sie verbreitet.

Die US-Raketen sind noch nicht in der BRD aufgestellt. Doch deren "psychologische Stationierung" wird forciert. Die sowjetischen Raketen haben die bundes-

deutsche Bevölkerung früher nicht sonderlich beunruhigt — über Jahre hindurch wurden sie als Bestandteil des militärischen Gleichgewichts in Europa angesehen. Niemand ging auf die Straße, um gegen die sowjetischen Raketen zu protestieren. Doch die "Nachrüstungs"-Fanatiker zu beiden Seiten des Atlantik brauchten einen Vorwand, und so inszenierten sie einen unglaublichen Rummel um die SS-20-Raketen: Angeblich könne diese Bedrohung nur durch die 572 Pershing 2 und Flügelraketen neutralisiert werden. Doch von den meisten Bundesbürgern werden diese NATO-Waffen als Störung ihrer Ruhe, als Untergrabung jener beständigen europäischen Ordnung angesehen, unter der bei all ihrer Unvollkommenheit doch fast vier Jahrzehnte der Frieden bewahrt werden konnte. Die Gefahr eines nuklearen Infernos nimmt greifbare Züge an.

Zukunftsangst hat die Bundesbürger erfaßt, und da können und wollen die Menschen nicht schweigen. Ihr Land soll zu einer nuklearen Geisel werden. Und das läßt die Menschen immer häufiger ihre Ängste, ihren Protest in die Öffentlichkeit tragen, um die Nuklearkriegsgefahr von Europa abzuwenden.

Im Bewußtsein der bundesdeutschen Öffentlichkeit vollziehen sich, wie mir scheint, tiefgreifende Veränderungen. Und das vor allem in drei Richtungen. Immer mehr werden sich die Menschen bewußt, daß wir alle ja auf dem gleichen Planeten leben, die einstige "Nibelungentreue" weicht einer kritischeren Einschätzung des Verhaltens der "Mächtigen dieser Welt", die kultivierte Feindseligkeit gegenüber anderen Ländern einer wohlwollenderen Einstellung ihnen gegenüber. Doch weitaus nicht allen gefällt dieser Prozeß.

"Viel Feind, viel Ehr". So hieß es in einem Land, von dem nicht wenige Kriege ausgingen, darunter zwei Weltkriege. Jetzt klingt das anachronistisch. Es müßte durch etwas anderes ersetzt werden, was dem Zeitalter der Nuklearraketen gerecht würde. Vielleicht, viele Freunde, viele Entspannungspartner, viel Ehr? Als das vor einem Auditorium von an die 500 Personen gesagt wurde, erhob sich starker Beifall.

Mit vielen Menschen hatte ich einen Meinungsaustausch über die Möglichkeiten und Aussichten der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der BRD, einer Partnerschaft bei der Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit — und keiner meiner Gesprächspartner zweifelte das grundsätzlich an, keiner versuchte, die Bedeutung des begonnenen Werkes zu schmälern. Die 13 Jahre der Verwirklichung des Moskauer Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD sind nicht spurlos vorübergegangen. Auch die Verträge der BRD mit der DDR, Polen und

der CSSR haben ihre Spur hinterlassen. Die Erfahrungen der Zusammenarbeit — und die sind insgesamt trotz der einen oder anderen Mißerfolge, Enttäuschungen und unerfüllten Hoffnungen produktiv und positiv — machen das am besten deutlich, besser als alle Worte und Deklarationen.

Wer sind wir — "potentielle Gegner", um es in der Sprache der NATO-Falken zu sagen, oder aber Partner der Entspannung? Meinen Beobachtungen und Eindrücken zufolge würde den meisten meiner Gesprächspartner die Wahl nicht schwerfallen. Sie würden gute Partnerschaft vorziehen.

Wir wurden Partner bei der Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft und Kulturaustausch. Doch das reicht nicht mehr. Die Realitäten des Nuklearzeitalters verlangen gebieterisch von allen, Partner in dem für die friedliche Zukunft der Menschheit entscheidenden Bereich, im Bereich der Sicherheit, zu werden.

Eine solche Entwicklung schien sich abzuzeichnen. Ost und West schlossen, enorme Schwierigkeiten überwindend, an die 20 Verträge, die das Wettüben in einigen Richtungen in gewissem Maße zu stoppen begannen. Die Gesamteuropäische Konferenz und ihre Schlußakte schufen eine feste Grundlage für die weitere produktive Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten der unterschiedlichen Systeme im Geiste der Festigung der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa. Gerade die Schlußakte brachte alle ihre Unterzeichner der Entwicklung und Verwirklichung einer für Ost und West gemeinsamen Sicherheitskonzeption näher. Die Frage des Überganges von der politischen zur militärischen Entspannung nahm konkrete Züge an.

Europa schien schon sehr bald eine weitere, höhere Stufe der Zusammenarbeit erreichen zu können. Doch das wurde verhindert, und zwar von jenen, in deren Pläne eine fortschreitende Zusammenarbeit zwischen den Staaten beider Systeme und erst recht der Übergang zur militärischen Entspannung nicht paßte. Die Führer des Militär-Industrie-Komplexes der USA und der NATO sperrten sich, wie bereits wiederholt in der Nachkriegsgeschichte Europas, gegen eine Beseitigung der Kriegsgefahr.

Der Entspannungsprozeß wurde gestoppt und der schwere Weg zur Partnerschaft auf einen Zickzackkurs abgedrängt.

Die amerikanischen Pershing 2 und Cruise Missiles drohen heute, die friedlichen Perspektiven Europas wie die guten Beziehungen zwischen den Staaten des Kontinents schwer zu belasten. Das wird in der BRD verstanden. Besorgnis um die Zukunft des Kontinents und in diesem Zusammenhang auch um die weitere Entwicklung der Beziehungen zur UdSSR wird von vielen geäußert. Wenn keine

Vereinbarung in Genf erreicht wird, meint der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel, werde sich das Ost-West-Klima entscheidend verschlechtern.

Manches veranlaßt schon heute besorgte Fragen. Ich las und hörte in der BRD Worte des Bedauerns darüber, daß in einem so programmatischen Dokument wie der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 4. Mai d. J. die Entspannung nicht erwähnt wurde. War das ein Zufall, oder steckte da etwas anderes dahinter? Vielleicht geschah das der "zweiten Regierung" zuliebe, wie in der BRD die Fraktion der Partei des Franz Josef Strauß, der CSU, mit ihren fünf Ministern im Kabinett Kohl genannt wird? Hat ja der bayrische Ministerpräsident wiederholt erklärt, er habe nicht die letzten 13 Jahre gegen die Politik der Sozialdemokraten, darunter gegenüber den sozialistischen Staaten, gekämpft, um nun Kontinuität zu wahren und einen derartigen Kurs heute zu unterstützen.

Am Rhein ist jetzt von einer "neuen" Ostpolitik die Rede. Doch warum, so fragt sich, soll eine Politik, die die BRD mit ihren Nachbarn aussöhnte, die ihr große politische und wirtschaftliche Vorteile brachte, die die Aufrechterhaltung humanitärer Kontakte zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten sicherte, die Positionen und das Ansehen Bonns in Europa und in der Welt festigte, auf einmal "schlecht", "veraltet" sein? Was wird denn "Neues" angeboten? Aus dem Archiv wurde — mit dem Segen von Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) — eine "Dokumentation" über angebliche "Verbrechen an Deutschen" hervorgeholt. Besagter Zimmermann tönt von einer "Vertreibung der Deutschen aus dem Osten". Thesen von einer Wiedergeburt des "Großdeutschen Reiches" in den Grenzen von 1937, von der angeblichen Notwendigkeit, die "deutsche Frage" offen zu halten, und von einem Anspruch, Westberlin zu "regieren", werden propagiert. All das ist keineswegs neu, sondern vielmehr nur eine Neuauflage der Adenauer-Politik unseligen Andenkens.

Die einen oder anderen Verstöße gegen den Geist des Moskauer Vertrages, bisweilen sogar Ausfälle gegen die sozialistischen Nachbarn duldend, trumpsft man wie Zimmermann auf, man "brauche auch nicht den Vorwurf zu scheuen, das werde das Verhältnis zu anderen Staaten, insbesondere zu denen des Ostblocks, belasten und Entspannung verhindern". Doch das ist falsch! Der Meinung der Nachbarn sollte man Rechnung tragen.

Manche Politiker der CDU/CSU führen sich so auf, als sei die "Ostpolitik" nicht der gemeinsame Kurs aller Parteien des Landes, nicht das Ergebnis der Willensbekundung des Volkes für gute Nachbarschaft mit den sozialistischen Ländern in Europa, sondern eine Art

Schrulle der Führer der früheren sozial-liberalen Regierungskoalition. Während die neue Regierung in der ersten Zeit nach dem Machtwechsel am Rhein immer wieder an die Kontinuität in der "Ostpolitik" erinnerte, steht der Begriff der Kontinuität heute offenbar nicht hoch im Kurs. Natürlich nimmt jede Politik eine bestimmte individuelle Färbung an, trägt den Stempel der einen oder anderen Persönlichkeit. Doch vor allem muß sie eine objektive Grundlage, einen realistischen Inhalt haben. Und wenn man will, daß diese Politik konstruktiv, erfolgreich ist, daß sie vom Volk akzeptiert und von anderen geschätzt wird, muß sie auf dem Boden der Realitäten bleiben und darf sich nicht von Fiktionen oder illusorischen Ambitionen leiten lassen. In diesem Sinne ist die Kontinuität der "Ostpolitik" nichts anderes als eine Kontinuität des politischen Realismus.

Mit einem Bann belegt wird auch die These von einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West, die führende SPD-Politiker seinerzeit an der Spitze der sozialliberalen Koalition entwickelten. Doch auch diese These ist nicht allein ein Produkt des "Gehirnstrusts" der SPD — sie reifte, wie bereits gesagt, auf dem Boden der Verträge der BRD mit den sozialistischen Ländern heran, auf dem Boden der Entspannung und der Erfahrungen der internationalen Beziehungen in den 70er Jahren.

Der Bonner Korrespondent der "Neuen Zeit", Alexander Tolpegin, machte mich auf einen Artikel von Staatsminister Alois Mertes in der Zeitschrift "Europa-Archiv", der speziell der Diskussion über die Sicherheitspartnerschaft gewidmet war, aufmerksam. Der Autor des Beitrages lehnt diese Idee entschieden ab. Seiner Meinung nach sind "das östliche und das westliche Konzept der Friedensgestaltung in hohem Maße unvereinbar". Die Grundkonzeptionen der Entspannungspolitik, die die Vertreter von Ost und West, zumindest wenn wir von der Schlußakte ausgehen, als gemeinsame Plattform betrachten, werden von dem Minister abgelehnt und als illusorisch und wirklichkeitsfremd diffamiert. Wenn Ost und West, wie der Autor versichert, keine gemeinsamen fundamentalen Sicherheitsinteressen haben, heißt das dann, daß sie zu ewiger Konfrontation, zu endlosem Wettrüsten verdammt sind und für alle Zeiten "potentielle Gegner" bleiben?

Um seine Position zu verteidigen, beschloß der Minister, die sowjetische zu attackieren, wobei er Moskau bezichtigt, es sehe angeblich nur die eigene Sicherheit als "heiligstes Gut" an, betrachte diese isoliert von der internationalen Sicherheit und weiche einer gemeinsamen Sicherheit mit dem Westen aus. Der Autor ignoriert, daß die Sowjetunion die internationale Sicherheit als unteilbar ansieht und strikt das Prinzip der

Gleichheit und der gleichen Sicherheit in allen internationalen Fragen befolgt. Alois Mertes formuliert das Credo der Bonner Politik so: "Verlässliche Sicherheitspartnerschaft nur mit dem Westen, aktive Friedenssicherung auch mit dem Osten."

Der Autor teilt also die internationale Sicherheit auf. Die eine, höherwertige, für den Westen, die andere für den Osten, der eine Art Surrogat erhält, einen "zweitrangigen Status" in der Sicherheitspolitik. Die gleiche Konzeption entwickelte Alois Mertes auch auf einem Seminar, auf dem die Beziehungen im Dreieck USA--Westeuropa--Osteuropa erörtert wurden.

Bei einer Gelegenheit widersprach ich ihm und sagte, seine Auslassungen erinnerten an den Dialog zwischen Voland und dem unehrlichen Kantinenwirt aus Michail Bulgakows Roman "Der Meister und Margarita":

"Der Stör wurde im zweiten Frischegrad geliefert", teilte der Kantinenwirt mit.

"Das ist Blödsinn, Verehrtester!"

"Was ist Blödsinn?"

"Zweiter Frischegrad, das ist Blödsinn! Es gibt nur einen Frischegrad, den ersten, und der ist zugleich der letzte. Wenn der Stör von zweitem Frischegrad war, heißt das, er war verfault."

Die Seminarteilnehmer lachten, und der Minister begann sich zu rechtfertigen, wobei er letztlich zur allgemeinen Befriedigung eingestehen mußte, daß Ost und West etwas Besseres und Bestimmteres als ein "Gleichgewicht des Schreckens" erwarten sollte.

Sicherheit! Sie ist für die Bundesrepublik das A und O. Sie ist die eigentliche Grundlage der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD, zwischen Ost und West insgesamt. Die Bundesbürger beginnen sich immer mehr bewußt zu werden, daß die Aufstellung der US-Raketen auf ihrem Territorium einen Abbau der Entspannung bedeutet. Ebenjener Entspannung, zu der der Abschluß des Moskauer Vertrages wesentlich beitrug. Und wenn Willy Brandt, dessen Unterschrift unter diesem Vertrag steht, dazu aufruft, die Errungenschaften der "Ostpolitik" und der Entspannung zu bewahren, bringt er zugleich den leidenschaftlichen Wunsch zahlloser Landsleute zum Ausdruck. Verständnis und Vertrauen sind schwer zu erringen, doch leicht zu verlieren, warnt einer der Väter der Ostpolitik. Ich bekam das von vielen Menschen zu hören.

In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl, der der UdSSR bald einen Besuch abstatten wird, ist von der Absicht die Rede, die Politik gegenüber dem Osten auf der Grundlage der geschlossenen Verträge aufzubauen. Die Treue zu diesen Dokumenten, zum Moskauer Vertrag — das ist Treue zur

Entspannung. Artikel 1 des Moskauer Vertrages verkündet in aller Bestimmtheit: "Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Bundesrepublik Deutschland betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den Weltfrieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen." Ein anderes, ebenso wichtiges Ziel, das in dem Vertrag proklamiert wurde, ist die beiderseitige Verpflichtung, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit betreffen, zu enthalten. Eine überaus gewichtige Verpflichtung! Besonders wenn man bedenkt, welche Bedrohung für die europäische Sicherheit gegen Ende des Jahres entstehen kann.

"Uns liegt daran, eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur UdSSR und zu den Staaten des Warschauer Pakts zu erreichen", erklärte Helmut Kohl. Diese Absicht ist zweifelsohne zu begrüßen, ebenso wie eine andere, die anfangs im Wahlkampf geäußert und dann in der Regierungserklärung wiederholt wurde: "Frieden schaffen mit weniger Waffen". Natürlich wird man über diese Erklärungen in der BRD wie im Ausland nach dem entscheidenden Kriterium urteilen: ob sie von der politischen Praxis bestätigt werden (oder nicht). In Erwartung der Antwort auf diese Frage könnte man sagen: Einstweilen wird alles für einen "Frieden mit möglichst vielen" (US-) "Waffen" getan. Offen bleibt



Auf der Fotoausstellung "UdSSR: Land und Leute" in Dortmund

Foto: TASS

auch die Frage, wie ein höherer qualitativer Stand der Beziehungen zur UdSSR gewährleistet werden kann, wenn man das eigene Territorium zur Stationierung von Raketen, die eine zusätzliche Bedrohung für die Sicherheit der Sowjetunion schaffen, zur Verfügung stellt. Zwar erklären die verantwortlichen Politiker Bonns, die Bundesrepublik wolle nicht zur Startrampe für einen Erstschatz werden. Doch Bonns

Zustimmung braucht gar nicht unbedingt eingeholt zu werden. Wer sein Territorium fremden Raketen überläßt, der überläßt auch sein Schicksal der Entscheidung anderer oder gar dem blinden Zufall...

Gesprochen wird auch von dem Wunsch, ein zuverlässiger und berechenbarer Partner zu sein. Von welcher Berechenbarkeit aber kann die Rede sein, wenn die Aufstellung der neuen Raketen unvorhersehbare Folgen für Europa hätte? Von welcher Zuverlässigkeit kann man bei destabilisierenden Waffen sprechen?

Das sind die Fragen, die sich der BRD stellen. Schwierige Fragen, die eine Antwort verlangen. Diese Schwierigkeiten wurden nicht von der Sowjetunion geschaffen. Sie hat in ihren Beziehungen zur BRD nichts geändert, das Vertrauen nicht untergraben und sich bei der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit strikt an die prinzipielle Linie des Moskauer Vertrages und der anderen Abkommen gehalten.

In der BRD ist man darüber informiert, wie in der Sowjetunion der Stand und die Perspektiven unserer bilateralen Beziehungen eingeschätzt werden. Durch den "Spiegel" und andere Massenmedien wurden die Antworten Juri Andropows an das Nachrichtenmagazin einem recht weiten Leserkreis bekannt. Hier werden die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit seiner Antworten geschätzt. In den realistisch denkenden Kreisen wurde der Aufruf sehr ernst genommen, im gemeinsamen Interesse all das zu bewahren, was in den 70er Jahren erreicht wurde. Und ebenso ernst nahm man die Aufforderung Juri Andropows, noch einmal über die möglichen Folgen des riskanten Schritts nachzudenken, zu dem die BRD gedrängt wird: "Urteilen Sie selbst, welcher Schaden für diese Beziehungen entstünde, wenn das Territorium der Bundesrepublik zum Startgelände würde, von dem aus sich der UdSSR und ihren Verbündeten ein nuklearer Schlag versetzen läßt. Sollte dies geschehen, würde das für die Bundesrepublik schwerste Folgen nach sich ziehen."

Die Menschen denken darüber nach. Darüber, wie das Schlimmste verhindert und die Entwicklung korrigiert werden kann, solange es noch nicht zu spät ist, darüber wie man den schweren Weg der Partnerschaft allen Gefahren zum Trotz weiter gehen kann. Auch ich mußte daran denken: Die BRD steht Anfang der 80er Jahre vor einer ebenso schwerwiegenden Entscheidung wie Anfang der 70er. Welchen Weg wird die Bundesrepublik weiter gehen — den erprobten Weg der Entspannung oder aber in eine gefährliche Ungewißheit? Anfang der 70er Jahre wurde die richtige Wahl getroffen, und kaum jemand bereut das. Wird es auch diesmal die richtige sein?

Dortmund—München—Moskau

IN LOGAR UND PAKTIA

Von unserem Sonderberichterstatter
Andrej STEPANOW

Die Provinz Logar, im Süden an die Provinz Kabul angrenzend, nennt man in Afghanistan manchmal eine Straßenkreuzung. Auf der von einem kleinen Fluß durchschnittenen Hochebene laufen zwischen zwei Gebirgsketten Straßen zusammen, die nach Kabul, Ghazni, Gardez und anderen Städten führen. Früher zogen hier Kamelkarawanen und Maultiere, vor zweirädrige Wagen gespannt, vorbei. Heute verbindet ein Straßennetz mit festem Belag Logar mit den Nachbarprovinzen. Doch Traditionen ändern sich viel langsamer als, sagen wir, Verkehrsmittel.

Neues neben Altem

Die hiesigen Stämme, die sich der zentralen Macht immer nur formell unterordneten, erhoben für das Passieren ihres Territoriums jahrhundertlang einen Wegezoll. Heute würden sie gerne nicht nur Lasttiere, sondern auch Lastwagen mit Zoll belegen. Von alters her zog der Handelsknotenpunkt wie ein Magnet zahlreiche Räuberbanden an. Auch heute treiben viele hier ihr Unwesen. Die Landwirtschaft konnte nicht alle Arbeitskräfte beschäftigen, und so suchten die Leute sich anderswo Arbeit. Die Provinz verlor den aktivsten Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung, wodurch die jahrhundertalte Rückständigkeit bestehen blieb.

Deshalb nimmt es nicht wunder, daß die Regierung buchstäblich bei Null anfangen mußte, als sie nach der Aprilrevolution an die Schaffung der zentralen Machtorgane ging. Zu den Schwierigkeiten der Anfangsetappe des Staatsaufbaus kamen Probleme hinzu, die durch die Konterrevolution und die ausländische Einmischung verursacht wurden. Räuberbanden vereinigten sich mit Killertrupps, die von Feudalherren aufgestellt und aus Pakistan eingeschleust wurden.

Die Provinz Logar wurde als Verwaltungseinheit 1981 gebildet (Territorium — 4600 Quadratkilometer, Bevölkerung — ca. 200 000, rund zwei Drittel von ihnen Pashtunen, der Rest — Tadschiken und Hesarah). Die Provinz besteht aus drei Amtsbezirken (Uluswali) und zwei Landkreisen (Alkadari). Die Volksmacht kontrolliert ein Kreiszentrum und drei

Bezirkszentren. Im Sommer soll sie auch im zweiten Kreiszentrum, Azrau, wiederhergestellt werden.

Im vergangenen Jahr konnten die Volksmacht und die afghanische Armee große Erfolge bei der Normalisierung der Lage in der Provinz erzielen. Im Winter führten die afghanischen Truppen eine Säuberungsoperation gegen Banditen durch. Über 1500 Duschmanen wurden getötet oder gefangengenommen, 10 Granatwerfer, 35 schwere Maschinengewehre, amerikanische Bazookas und Fla-Geschütze sowie eine Menge Munition sichergestellt. Doch von völliger Ruhe kann noch keine Rede sein, auch nicht im Provinzzentrum Barikabarak.

Eine Art Grenze zwischen dem kontrollierten Gebiet und der Gegend, wo die Banditen ihr Unwesen treiben, verläuft längs des Flusses und der Chaussee an dessen steilem Ufer. Langsam fahren wir auf dieser Chaussee in Richtung Gardez.

"Die Straße wird oft von Banditen beschossen", sagt der Stellvertretende Sekretär des Provinzparteikomitees, Hamkar. "Sie sehen, daß ein Großteil der Felder noch brachliegt, obwohl für die Frühjahrsbestellung höchste Zeit ist. Warum? Weil die Deckkanen von den Banditen eingeschüchtert sind. Ein Teil der Bevölkerung ist nach Pakistan vertrieben worden, der andere hat einfach Angst, den im Zuge der Agrarreform erhaltenen Boden zu bearbeiten. Es gibt auch herrenlose Parzellen, die nach Pakistan geflohenen Feudalherren gehörten. Insgesamt haben wir seit 1978 etwa 7000 Jerib Land (1 Jerib = 0,2 ha), das wir bei 120 Feudalherren konfisziert hatten, unter 692 Familien verteilt. Jetzt sollen weitere mehr als 8500 Jerib verteilt werden, von denen die eine Hälfte aus dem Staatsfonds kommt und die andere bei 30 Feudalherren beschlagnahmt werden soll. Der Boden wird je nach Fruchtbarkeit und Nähe einer Wasserquelle in 11 Kategorien unterteilt. Eine Familie bekommt höchstens 30 Jerib nichtbewässerten oder 5 Jerib bewässerten Bodens, wo man bis zu drei Ernten im Jahr einbringen kann. Jeder, der eine Parzelle bekommt, zahlt 20 Afghani je Jerib an den Staat (genausoviel kostet eine Packung ausländischer Zigaret-

ten) und weitere 100 Afghani für die Besitzurkunde. Die Feudalherren und ein Teil mit ihnen liierter Geistlicher behaupten nämlich in willkürlicher Auslegung des Korans, das Privateigentum sei unantastbar und von der Religion geheiligt. Um die psychologische Barriere einzureißen und die Dechkanen zu überzeugen, daß sie den Boden laut Gesetz erhalten haben, ist dieser symbolische Preis eingeführt worden."

"Diese demokratischen Prinzipien der Reform rufen natürlich wütenden Haß bei den früheren Ausbeutern hervor", fährt Hamkar fort. "Durch besondere Brutalität zeichnet sich in dieser Gegend die Bande. Nasim Badr aus. Ihre bevorzugten Taktiken sind Nachtüberfälle auf die Kischlaks, Meuchelmorde sowie Minenlegen auf den Straßen. Das Wichtigste ist für uns heute, die Banden endgültig zu zerschlagen und die völlige Sicherheit zu gewährleisten. Wir haben beispielsweise in Ainak reiche Kupfervorkommen, doch die Lage erlaubt uns bisher nicht, die Arbeit dort voll aufzunehmen. Die Leute sind der Willkür der Banditen, der ständigen Angst um ihr eigenes Leben und um das Leben ihrer Angehörigen überdrüssig."

"Zu uns ins Komitee und ins Gouvernement", erzählt Hamkar weiter, "kommen oft die Ältesten. Dieser Tage tauchten über 30 Alte aus Barikabarak hier auf. Sie kamen, den Koran in der Hand, und sagten, die Volksmacht sei von Allah gesandt, um die Bevölkerung vor der Willkür der Duschmanen zu retten, das Volk sei der Entbehrungen des Krieges leid und dessen, daß von den 20 000 Kindern der Provinz nur einige hundert zur Schule gehen. Sie sagten, wenn die Jungen nach dem Dienst in der Volksarmee heimkehrten, so könnten sie in der Regel lesen und schreiben und hätten einen zivilen Beruf. Geraten sie aber den Duschmanen in die Klauen, so gelingt es nur wenigen, sich aus ihrer Gewalt wieder zu befreien. Was sollten wir ihnen da antworten?" Genosse Ham-

kar schwieg eine Weile. "Die Angst ist stark, insbesondere bei Menschen, die noch nicht auf die eigenen Kräfte vertrauen und sich nicht der einfachen Wahrheit bewußt sind, daß sie Herren über ihr eigenes Schicksal geworden sind. Als Beispiel führte ich den Ältesten den Landkreis Hush an..."

Dieses Beispiel weckte unsere Neugier derart, daß wir uns in den Landkreis Hush begaben. Unser Schützenpanzerwagen umfuhr alle verdächtigen Schlaglöcher: Gerade sie sind am häufigsten vermint. Nach etwa 15 km tauchten vor dem Hintergrund der verschneiten Berge kleine Gruppen von Ziegel- und Lehmhäuschen auf, die an steilen Hängen eines Flußtals klebten. Das war ein Kischlak des Landkreises Hush.

Wir wurden von den Angehörigen einer Selbstverteidigungsabteilung und dem Chef des Landkreises, Mohammad Naser, empfangen.

Vor einigen Jahren schufen die Bewohner des Landkreises eine Selbstverteidigungsabteilung und wehrten die Banditenüberfälle erfolgreich ab. Ende Dezember 1982 wurde in Hush ein 20köpfiger Rat gebildet. Außerdem ist hier jetzt eine kleine Abteilung der Volksmiliz (Tzarandoi) stationiert, die zur Hälfte aus hiesigen Freiwilligen besteht. Insgesamt gingen über 500 Mann aus Hush in die Armee, um die Revolution in verschiedenen Teilen der Republik zu verteidigen.

Trotzdem blieben die Untaten der Duschmanen dem Landkreis nicht erspart: Sie brannten die Schule nieder, in der Mohammad Naser 9 Jahre lang als Direktor tätig gewesen war, plünderten eine landwirtschaftliche Genossenschaft aus, verschleppten die Einwohner einiger entlegener Kischlaks nach Pakistan und ermordeten etwa 20 Mitglieder der DVPA und ihre Angehörigen.

"Unsere wirtschaftlichen Probleme?" fragt Mohammad Naser zurück. "Wir haben keine Feudalherren mehr

und keine einzige Familie, die mehr als 20 Jerib Land hätte. Diese Wirtschaften sind nicht stark, daher ihr Wunsch nach einer Genossenschaft, die wir neugründen wollen. Dazu brauchen wir einen Traktor, Saatgut und Dünger. Das haben wir in Kabul bereits bestellt. Auch Lehrbücher werden sehr gebraucht. Die niedergebrannte Schule sowie die Sanitätsstelle haben die Einwohner beim Hashar — etwa Ihrem Subbotnik vergleichbar — selbst wieder aufgebaut.

Nach zwei Jahren kamen ca. 100 Kinder und Jugendliche zum erstenmal wieder in die Schule. Uns fehlen qualifizierte Ärzte, und es wäre gut, eine Stromleitung nach Hush zu verlegen. Doch die wichtigste Aufgabe besteht heute darin, alle Zugänge für die Banden zu versperren und die Wege, auf denen Waffen aus Pakistan transportiert werden, abzuriegeln. Bevor wir hier die Volksmacht wiederherstellen, zogen die Duschmanen am hellerlichten Tage offen an Hush vorbei. Heute ziehen sie es vor, einen Bogen um uns zu machen."

"Sie können sich notieren", wirft der Ratsvorsitzende von Hush, Hajaf Ali, ein, "daß wir alle für die Volksmacht, für die Freundschaft mit unserem großen Nachbarn — der Sowjetunion — sind. Und wir sind Mohammad Naser für die Hilfe beim Aufbau eines normalen Lebens sehr dankbar. Wir glauben ihm, und wir werden überallhin folgen, wohin er uns auch führt. Die Leute sagen: Wenn Mohammad Naser Mitglied der Partei ist, so sind wir für diese Partei."

Welche Fragen werden denn in den Ratsversammlungen entschieden? Die Versammlung hilft bei der Steuererhebung, bei der Einberufung der jungen Männer zum Wehrdienst, löst zusammen mit dem Chef des Kreises Sicherheitsfragen und plant öffentliche Arbeiten.

"Wir wollen", sagt Hajaf Ali, "daß jene, die sich in Pakistan befinden, möglichst bald heimkehren. Auf Bitten von Analphabeten hin schrieb Mohammad Naser daher einige Dutzend Briefe an deren Angehörige und Bekannte. Vor kurzem kamen die ersten Antworten. Die Leute klagen über die unerträglichen Zustände in den pakistanischen Lagern und fragen, ob es hier wenigstens noch eine Moschee gibt, in der Gebetsstunden abgehalten werden. Obwohl ich nur drei Klassen besucht habe, will ich ihnen selbst schreiben, daß alle vier großen und 50 kleinen Moscheen noch als Gebetshäuser benutzt werden, daß das Regierungsamt für Angelegenheiten des Islam 60 000 Afghani für deren Reparatur bereitgestellt hat und daß wir selbst mit der Waffe in der Hand

TREFFEN MIT DIPLOMATEN

Am 9. Juni besuchten die in der UdSSR akkreditierten Missionschefs sowie die Botschaftsräte für kulturelle Fragen die Moskauer Akademische Choreographische Schule beim Staatlichen Akademischen Bolschoi Theater der UdSSR.

Die Direktorin der Schule, die Volkskünstlerin der UdSSR S.N. Golowkina, berichtete aus der Geschichte einer der ältesten choreographischen Lehranstalten des Landes und über deren umfangreiche internationale Verbindungen. Die Diplomaten machten sich mit dem Lehrprozeß vertraut und besuchten eine Ballettklasse und das Museum der Schule. Die Gäste wohnten einer Ballettaufführung bei, die von den Schülern bestritten wurde. Die Begegnung war von der Protokollabteilung des UdSSR-Außenministeriums organisiert.

W. KONSTANTINOW

und mit Hilfe der Volksmacht für unsere Sicherheit eingestanden sind. Im Sommer erwarten wir die ersten Heimkehrer..."

Ich weiß nicht, ob das Beispiel von Hush die Ältesten aus Barikabarak überzeugt hatte, mir erschien dieser Landkreis als ein Keim, der mit Unterstützung der Volksmacht erstarben und reiche Früchte tragen wird.

An der Südostgrenze

Aus Logar führt uns die Straße in die benachbarte Grenzprovinz Paktia. Je höher wir in die Berge kommen, um so mehr spürt man den Hauch des Winters. Hinter dem verschneiten Gebirgspass führt die Straße auf eine etwas niedriger gelegene Hochebene und dann direkt zum Provinzzentrum Gardez.

Diese Provinz hat 500 000–600 000 Einwohner. Hauptsächlich sind das etwa 100 nomadisierende und seßhafte Pashtunenstämme: Ahmedzaier, Jajen, Jadranen, Mangalen, Zurmaten u. a. 95% von ihnen sind Analphabeten. Eine Industrie gibt es in Paktia nicht. Die Bevölkerung betreibt vor allem Getreideanbau, Viehzucht und Holzbeschaffung. Das Holz schlägt man in den dichten Wäldern in der Nähe der Grenze und transportiert es dann nach Kabul und Pakistan. Viele Stämme ordneten sich praktisch nie der Staatsmacht unter. Von den 210 000 Ahmedzaiern sind z. B. 50 000 seßhaft und treiben Ackerbau, der Rest sind Nomaden, die keinerlei Grenzen anerkennen. Jeder Stamm besteht aus einigen Sippen und jede Sippe aus mehreren großen Familien. Einer Familie können 30 bis 40 Personen und mehr angehören. Alle Männer tragen von klein auf Waffen und beherrschen diese meisterhaft.

"Das ist gerade unser Hauptproblem", sagte uns der Gouverneur der Provinz, Mohammad Anwar.

"Erstens stellen wir uns die Aufgabe, die Stämme in den Aufbau des neuen Lebens einzubeziehen. Dazu müssen wir uns mit den Stammesführern und -ältesten verständigen, ihnen geduldig das Wesen der Aprilrevolution erklären und jene für uns gewinnen, die man durch "großzügige" Versprechungen in den nichterklärten Krieg gegen das eigene Volk hineingezogen hatte. Zweitens müssen wir die Banden isolieren und zerschlagen. Mitunter fällt es in unserer Provinz sehr schwer, Nomaden von getarnten Banditen zu unterscheiden. Drittens wollen wir die Grenze zuverlässig vor den Feinden der Volksmacht schützen und gleichzeitig in keiner Weise die jahrhundertalte Tradition der Nomaden verletzen. Daß wir



Eine der Handelsstraßen von Gardez — des Zentrums Paktias

Foto des Verfassers

selbst unter diesen schweren Bedingungen die meisten Kischlaks der Provinz unter Kontrolle haben, kann man als einen großen Erfolg betrachten. Sie konnten sich selbst von der absolut normalen Lage in Gardez überzeugen, vor zwei Jahren aber war es hier sehr unruhig. Durch die Stammesgebiete verlaufen die Hauptwege, auf denen Banditen und Waffen aus Pakistan eingeschleust werden. Heute haben wir Kontakte praktisch zu allen nomadisierenden, halbnomadisierenden und seßhaften Pashtunenstämmen. Trotzdem bleibt noch sehr viel zu tun. Zu schwer ist die Last der Rückständigkeit und der Vorurteile, und das machen sich die Feinde der Volksmacht geschickt zunutze. Da die Stämme hier traditionsgemäß recht isoliert leben, leisten wir unter ihnen geduldig Aufklärungsarbeit — nicht ohne Erfolg — und lassen ihnen materielle, medizinische und andere Hilfe zukommen. Die Ergebnisse dieser Politik liegen auf der Hand: So werden aus Angehörigen der Stämme, die die Volksmacht unterstützen, Abteilungen zur Verteidigung der Revolution aufgestellt. Das ist eine neue Erscheinung, die wir auf jede Weise unterstützen. Die erste Abteilung ist schon aufgestellt, ich kann Ihnen ihren Kommandeur, Hadji Abdurrakman, vorstellen."

Vor uns erhob sich ein hochgewachsener älterer Mann mit einem Turban, der einen Patronengürtel umgeschallt hatte. Nach einer Tasse starkem Tee erzählte er:

"Ich komme aus dem Landkreis Saied-Karam, aus dem Stamm der seßhaften Ahmedzaier. Dieser Stamm besteht aus 9 Sippen, die in 50 Kischlaks wohnen. Wir haben etwa 4000 Männer, die Waffen tragen können. Weil die Banditen uns nicht in Ruhe ließen, beschlossen wir, eine eigene Abteilung zur Verteidigung der Revolution zu bilden. Wiederholt überfielen sie unsere Kischlaks,

wollten möglichst viele Menschen gefangennehmen und nach Pakistan verschleppen. Ungefähr 1500 meiner Stammesgenossen landeten in pakistanischen Lagern bei Parachinar. Daraufhin sammelten wir ca. 2000 Landwehrleute und schlugen die Banditen zurück. Schon damals wurde uns klar, daß die Predigten der Duschmanen, im Lande werde ein religiöser Krieg geführt, nichts als Betrug sind. Wir sahen ein, daß die Volksmacht es mit uns gut meint.

Die Duschmanen feuerten 12 Raketen auf mein Haus ab. Im Kischlak Isakhel zerstörten sie mit Raketen das Haus des Lehrers Nadir, töteten ihn und verschleppten seinen Sohn. Genauso gingen sie in den Kischlaks Kamrankhel, Salamkhel u.a. vor. Ich weiß noch, wie Nasim Gols Bande den Kischlak Saiedkhel überfiel. Der Kampf tobte die ganze Nacht, gegen Morgen kam Hilfe, und die Banditen zogen sich zurück. Das machte das Maß voll, und wir beschlossen, eine eigene Einheit aufzustellen. Sie zählt heute 600 Mann, und wir wollen ihre Stärke auf 1000 Mann erhöhen. Die Volksmacht half uns mit Waffen und Munition."

"Demnächst werden solche Abteilungen auch in anderen Kreisen gebildet werden", fügt der Gouverneur hinzu. "Immer mehr Stammesführer und -älteste wenden sich an uns mit der Bitte, bei der Aufstellung solcher Einheiten zu helfen. Trotz großzügiger Hilfe aus dem Ausland verliert die Konterrevolution allmählich die militärische Unterstützung der Stämme in Paktia."

Das Neue entsteht in Afghanistan in erbitterten Kämpfen mit dem Alten, mit den Kräften des Imperialismus und der einheimischen Reaktion. Davon kann man sich bei einem Besuch im Südosten des Landes einmal mehr überzeugen. Doch dieser Prozeß ist ebenso unaufhaltsam wie die stürmischen Frühlingsströme, die unter der warmen Sonne die verschneiten Berge hinabstürzen, um den Feldern Wasser für die neue Saat, für eine neue reiche Ernte zu bringen.

Kabul—Moskau

EIN BUND DER SIEBEN?

Im Arbeitszimmer eines hohen Beamten des indischen Außenministeriums hängt eine große Karte Südasien. Wir unterhalten uns aber über Prag, wo im Januar die Politische Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten angenommen wurde. Wir stimmen beide darin überein, daß sich ein Satz dieses Dokuments unmittelbar auf Südasien bezieht. In der Deklaration heißt es: "Einen perspektivreichen Weg zur Beseitigung von Spannungen in den verschiedenen Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eröffnen... die Initiativen von Staaten dieser Region, die darauf gerichtet sind, gutnachbarliche Beziehungen herzustellen und zu entwickeln sowie Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit zu schaffen."

Mein Gesprächspartner meint: "Die Spannungen in Südasien sind nicht zu leugnen. Das schamlose Geschrei um Afghanistan, die Umrüstung Pakistans, für deren Ausmaße es keine vernünftige Erklärung gibt; die Tatsache, daß durch Verschulden der USA eine Friedenszone im Indischen Ozean in weite Ferne rückt, all das trübt letztlich die Beziehungen zwischen den Staaten dieser Region und stört eine gute Zusammenarbeit zwischen ihnen."

"Welche Initiativen haben denn Bezug auf den erwähnten Satz der Prager Deklaration?"

"Unserer Meinung nach könnte dem Geist dieses Satzes unter gewissen Bedingungen die Idee einer südasiasischen regionalen Zusammenarbeit, die heute im Gespräch ist, entsprechen."

Von der Idee zu Verhandlungen

Diese Idee wurde 1979 von der Regierung Bangladeshs vorgebracht. Sie schlug vor, eine Konferenz der Länder dieser Region zu Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzuberufen. Das erste Treffen von Vertretern der Außenministerien dieser Länder fand im April 1981 in Colombo statt. Vertreten waren sieben südasiasische Länder: Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal, Bhutan, Sri Lanka und die Malediven. In gleicher Zusammensetzung und auf gleicher Ebene trafen sich Vertreter dieser Länder dann im August 1982 in Islamabad und anschließend im Januar d. J. erneut in Colombo. Auf diesem dritten Treffen der Sieben wurden Vorschläge für ein Programm der Zusammenarbeit in einigen Bereichen von Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Nachrichtenwesen unterbreitet. Arbeitsgruppen und -untergruppen

wurden eingesetzt. Ende März schließlich fand ein viertes Treffen, in Dacca, statt. Dort wurde beschlossen, für Ende Juli/Anfang August eine Außenministerkonferenz der sieben südasiasischen Länder nach Delhi einzuberufen. Dort soll offiziell eine Assoziation für kommerzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Südasien gebildet werden.

In letzter Zeit kam es in diesem Zusammenhang auch zu einem bilateralen Meinungsaustausch. Für eine regionale Zusammenarbeit sprachen sich im Oktober v. J. die indische Premierministerin Indira Gandhi und der Chef der Militärregierung von Bangladesch, General Ershad, bei Verhandlungen in Delhi aus. Am 1. November 1982 erklärten Indira Gandhi und der Präsident von Pakistan, Zia ul-Haq, bei einem Treffen in Delhi ebenfalls, eine multilaterale sachliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern Südasien sei notwendig.

Teilnehmerkreis (die sieben nichtpaktgebundenen Entwicklungsländer Südasien) und Bereich (die Kooperation in Handel und Wirtschaft) des künftigen Systems der regionalen Zusammenarbeit stehen schon fest. Auf die erwähnten sieben Länder entfällt etwa ein Fünftel der Erdbevölkerung. Ihre nationalen Wirtschaften ergänzen einander in vieler Hinsicht. Doch vom gesamten Außenhandelsvolumen der sieben Länder, das sich Anfang der 80er Jahre auf rund 40 Md. Dollar belief, entfallen nur 2 Md. Dollar auf den regionalen Handel. Dabei erzielten einige von ihnen auf mehreren Gebieten von Technologie und Landwirtschaft Fortschritte, die auch den anderen Ländern der Region zugute kommen könnten.

Es gibt jedoch für die Wirtschaftsexperten der sieben südasiasischen Länder noch einen weiteren Grund, die Vorteile der regionalen Zusammenarbeit in Betracht zu ziehen. Sehen sich doch die Länder mit der Tatsache konfrontiert, daß die Bedingungen der westlichen "Hilfe" immer mehr verhärtet bzw. deren Ausmaße verringert werden. Zugleich verteuern sich die Ausrüstungen und sonstigen technischen Mittel, die aus den kapitalistischen Industriestaaten importiert werden. Die Zahlungen für Außenschulden lasten immer schwerer auf der Wirtschaft der Sieben. Zudem bewirkte die Rezession im Westen, daß dort die Nachfrage nach Importen aus Südasien schrumpfte. Indessen werden einige dieser Waren, insbesondere Industriegüter, in den Ländern der Region, die diese nicht produ-

zieren, benötigt. Politische und Geschäftskreise Indiens stimmen für eine gemeinsame Exportpolitik der sieben Länder, um gemeinsam den Konjunkturschwankungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt entgegenzutreten zu können. Anders gesagt wird vorgeschlagen, eine der Aufgaben, die zum Kampf der Entwicklungsländer für eine neue Weltwirtschaftsordnung gehört, gemeinsam zu lösen: die "Schere" zwischen den Preisen für exportierte Rohstoffe und denen für importierte Industriegüter zu beseitigen.

Insgesamt entspricht die wirtschaftliche Zusammenarbeit der südasiasischen Staaten der wichtigsten neuen Tendenz in den Entwicklungsländern, dem Bestreben, neben dem Nord-Süd-Dialog auch einen Süd-Süd-Dialog (d. h. Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe in den eigenen Reihen) in die Wege zu leiten, wovon ausdrücklich auf der jüngsten Konferenz der Nichtpaktgebundenen in Delhi die Rede war.

Politische Imperative

Indien setzt sich für eine solche Zusammenarbeit ein. Es erweist mehreren Entwicklungsländern Finanz- und Wirtschaftshilfe, vermittelt ihnen Technologien und ergreift politische Initiativen im Rahmen des Süd-Süd-Dialogs. Obri-gens hieß so ein Treffen von 44 Entwicklungsländern, das auf Vorschlag der Regierung Indira Gandhi im Februar 1982 in Delhi stattfand. Was einen Süd-Süd-Dialog für Südasien betrifft, so vertritt man in Indien die Meinung, daß er dort besonders notwendig sei. In Delhi ist man fest davon überzeugt, daß eine multilaterale Zusammenarbeit heute den Nährboden für die Entwicklung gegenseitigen Vertrauens bilden könnte. Wie dort betont wird, wäre eine regionale Kooperation in Handel und Industrie die materielle Grundlage für eine Stabilisierung der Lage in Südasien.

Es ist wohl noch verfrüht, über konkrete Formen einer solchen Kooperation zu sprechen. Doch die Frage nach den politischen Prinzipien und der Basis der Zusammenarbeit wird schon von Vertretern mehrerer südasiasischer Staaten diskutiert. In Delhi ist man z. B. der Meinung, eine echte, effektive Zusammenarbeit sei nur möglich, wenn sich jedes der sieben Länder an die Politik der Nichtpaktgebundenheit hält, und lasse sich nicht mit einer "strategischen Konformität" des einen oder anderen Landes der Region mit den USA vereinbaren. Werden doch Versuche unternommen, beispielsweise Pakistan für eine solche Form der Beziehungen zu den USA zu gewinnen.

Einige südasiasische Länder, insbesondere Sri Lanka und Pakistan schlagen vor, die Zusammenarbeit nach dem Modell der ASEAN (Vereinigung südostasiatischer

GEGEN PINOCHET

Die Chilenen forderten am 14. Juni, einem Tag des nationalen Protests gegen die volksfeindliche Politik des faschistischen Militärregimes, erneut die Pinochet-Diktatur heraus. Das war schon der zweite Protesttag. Der erste war der 11. Mai, als gestreikt wurde, als eine Welle von Meetings und Demonstrationen durch das Land rollte und es zu Zusammenstößen der Werktätigen mit der Polizei kam. Doch die Repressalien gegen die Teilnehmer der Demonstrationen vom Mai haben das chilenische Volk nicht eingeschüchtert. Einen Monat später gingen die Chilenen auf einen Aufruf des Nationalen Koordinationszentrums der Gewerkschaften hin (ihm gehören die 5 größten Gewerkschaftsverbände des Landes an) wieder auf die Straße.

Viele Beobachter betonen, daß diesmal die regierungsfeindlichen Demonstrationen noch größere Ausmaße angenommen haben. Die Teilnehmer erhoben deutlicher formulierte politische Forderungen: die Massenrepressalien und den blutigen Terror beenden, den Ausnahmezustand und die repressiven Gesetze aufheben und die politischen Häftlinge befreien. Die Behörden antworteten mit verschärfter Gewalt. Drei Menschen wurden getötet. An die 2500 Personen wurden verhaftet, darunter der Führer des Nationalen Koordinationszentrums der Gewerkschaften Chiles, Rodolfo Seguel. Nichtsdestoweniger standen schon am 17. Juni die Arbeiter von drei der vier größten Kupferminen im Proteststreik. Die Presse nannte ihren Streik den größten während der zehn Jahre Militärdiktatur.

Die Demonstranten rechneten sicher von vornherein mit einer Verschärfung der Repressalien — kennen sie ja zur Genüge den Terror Pinochets und seiner Clique. Um so größerer Mut wird vom chilenischen Volk demonstriert.

Die Juni-Ereignisse in Chile zeigen, daß in diesem Land eine neue entscheidende Etappe des Kampfes für Freiheit und Demokratie beginnt. Die Einheit der Oppositionskräfte wurde gefestigt. Bezeichnend ist dabei, daß sich sogar die Kreise, die einst die Putschisten unterstützten oder nicht gegen den Sturz des rechtmäßigen Präsidenten protestiert hatten, nicht mehr mit den ständigen Verstößen gegen die Menschenrechte, mit dem Rückgang des Lebensstandards und mit dem desolaten Zustand der Wirtschaft abfinden wollen. Die in Chile nacheinander durchgeführten Tage des nationalen Protests verlangen offenbar eine Entscheidung: Entweder tritt Pinochet zurück, was Voraussetzungen für politischen Liberalismus schaffen könnte, oder Chile wird in naher Zukunft zu einem neuen El Salvador. Nicht auszuschließen sind Versuche des Diktators, zu laviieren oder einen Strohmännchen für sich zu benennen.

A. WLADIMIROV

Staaten) zu gestalten. Ohne die positiven Erfahrungen, die die fünf ASEAN-Länder gesammelt haben, leugnen zu wollen, muß man doch sagen, daß sich ihre Tätigkeit immer mehr auf den militärischen Bereich erstreckt. Ein solches Modell ist mit den Zielen der friedlichen Zusammenarbeit in Südasiens wohl kaum vereinbar.

Ein Hindernis für eine Zone der Zusammenarbeit und guter Nachbarschaft in dieser Region ist die unaufhörliche Militarisierung des Indischen Ozeans. Indien brachte z. B. wiederholt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die Insel Diego Garcia zu einem großen US-Militärstützpunkt ausgebaut wird. Nicht minder besorgt ist die Öffentlichkeit

der Wirkungsbereich der Küstenstaaten bedeutend erweitert. Fünf von den sieben potentiellen Partnern der südasiatischen Zusammenarbeit sind aber Küstenstaaten. Nun lastet über ihren wirtschaftlich nutzbaren Meereszonen stets der Schatten einer militärischen Einmischung der USA, denn die USA haben es bekanntlich demonstrativ abgelehnt, sich der Konvention anzuschließen.

Friedenszone,
kein Kriegsschauplatz

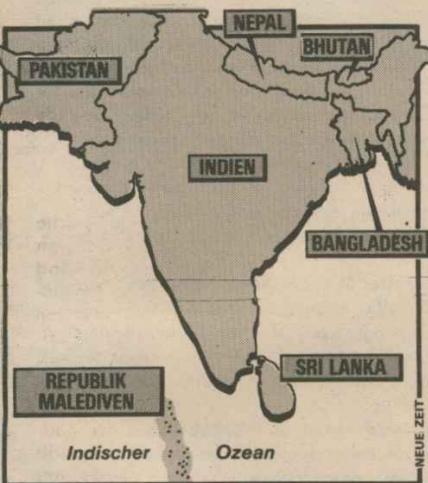
Der Gedanke eines Systems der südasiatischen regionalen Zusammenarbeit ergibt sich aus dem Bestreben der Indik-Länder, dort eine Friedenszone zu errichten. Mehrseitige Beziehungen zwischen diesen Staaten könnten nicht nur ihr wirtschaftliches Vorankommen, sondern auch die Stabilität in der Region fördern. Dieser Zusammenarbeit stehen noch viele Komplikationen im Wege, die die Beziehungen zwischen einzelnen Staaten belasten. In dieser Richtung werden bereits Schritte unternommen. So vereinbarten Bangladesh und Indien, den Grenzverlauf im Ganges genau zu regeln, denn diese Frage war der Hauptgrund der Reibungen zwischen ihnen. Dank dem konstruktiven Herangehen Indiens an die Verbesserung der Beziehungen zu Pakistan läßt sich eine gewisse Vertiefung des Dialogs zwischen beiden Ländern feststellen.

Doch schwieriger dürfte die Überwindung von Hindernissen sein, die durch äußere Faktoren bedingt sind. Die wirtschaftliche Selbständigkeit der Region wäre nicht nach dem Gusto jener Kräfte, die sie nur als gigantisches Rohstoffreservoir der kapitalistischen Weltwirtschaft betrachten.

Der Wunsch der Sieben, in ihren Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den westlichen Kontrahenten eine Einheitsfront zu errichten, löst bei letzteren Versuche aus, schon die Idee einer regionalen Zusammenarbeit zu hintertreiben. Denn sie bezweckt in letzter Instanz den Schutz der Region vor allen Formen imperialistischer Einmischung und die Schaffung einer echten Zone des Friedens und der Zusammenarbeit, einer Zone, in der es keine "strategische Übereinstimmung" geben kann, in der das Central Command und die Eingreiftruppe nichts zu sagen haben. Hier nun liegt der Grundwiderspruch zwischen den Interessen der südasiatischen Völker und denen jener imperialistischen Kräfte, die die Region lediglich als Wirkungssphäre ihrer Globalstrategie ansehen. Die Länder der Region können diesen Gegensatz nur gemeinsam zu ihren Gunsten entscheiden.

L. SHEGALOW
Eigenbericht

Delhi



der südasiatischen Länder über die Pläne, Pakistan als Umschlagplatz für die interventionistische "schnelle Eingreiftruppe" der USA zu nutzen. Nicht unbemerkt bleiben Versuche der US-Seestreitkräfte, einen Nachbunkpunkt an der Nordostküste Sri Lankas einzurichten und so ihre Präsenz in diesem Teil des Indik zu zementieren. All das ist natürlich nicht dazu angetan, ein von äußerer Einmischung freies System der Zusammenarbeit zu errichten.

Ein Schlag gegen dieses Projekt war auch die Bildung des sogenannten Central Command der USA. Sein Wirkungsbereich erstreckt sich von Nordostafrika bis Südwestasien und umfaßt somit große Teile des Indik und einen Teil der Region, den die sieben südasiatischen Länder zur Zone der Zusammenarbeit werden lassen wollen.

Die Bildung des Central Command ist eine Gefahr nicht nur für die politische, sondern auch für die wirtschaftliche Souveränität der Teilnehmer der südasiatischen regionalen Zusammenarbeit. Der vor kurzem unterzeichneten UNO-Seerechtskonvention zufolge wurde

SCHLAG NACH, CASPAR!

RENOMMIERSANKTION

Frankreich soll der RSA gegenüber eine "neue Politik" betreiben, die gegen das Apartheidregime Wirtschaftssanktionen, namentlich durch völlige Einstellung der staatlichen Investitionen, vorsieht. Seinerzeit wurde das auf höchster Ebene gesagt.

Wie verträgt sich das mit Frankreichs Tun? Letztlich ist der Ausdruck "Wirtschaftssanktionen gegen die RSA" aus dem offiziellen Wortschatz verschwunden. Man spricht lieber von einer "allmählichen Druckausübung" auf Pretoria. Immerhin muß gesagt werden, daß diese hinsichtlich der widerrechtlichen Besetzung Namibias ausgeübt wird, auch wenn Außenminister Cheysson sogar auf der Pariser Internationalen Konferenz zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes dem Ausdruck "Druckausübung" Gemeinplätze des Sinnes vorgezogen hat, daß "beliebige Formen einer ausländischen Okkupation wo auch immer auf der Welt" nicht geduldet werden könnten.

Ansonsten besteht zwischen den Pariser Worten und Taten ein himmelweiter Unterschied. Der Warenverkehr Frankreichs mit den Staaten im Süden Afrikas (außer der RSA und Malawi) machte 1982 insgesamt 3,47 Md. Franc aus, mit der RSA allein aber fast 9 Md. Die RSA ist nach wie vor der drittgrößte Handelspartner Frankreichs.

Schon 1976 schloß Paris einen Kontrakt im Wert von 11 Md. Franc, laut dem französische Firmen in Koeberg bei Kapstadt ein Atomkraftwerk zu bauen haben. Es ist noch nicht fertiggestellt, aber schon ist der Bau eines zweiten im Gespräch. Obigens löste der erste

Kontrakt bei der oppositionellen PS heftige Kritik aus.

Auf einem Gebiet aber bleibt Paris fest: im Sport. Es hat alle Sportverbände schriftlich aufgefordert ..., "allen Mannschaften die Teilnahme an Wettkämpfen in der RSA und die Veranstaltung von Wettkämpfen mit Mannschaften von Sportverbänden oder -klubs der RSA zu verbieten". Die für Juni und Juli angesetzte Tournee einer französischen Rugbymannschaft durch die RSA ist untersagt worden.

Dort bekam man eine Wut und nannte die Sache eine Tragödie und Schmach. Es war aber alles nur Spiegelfechterei, mit der man von den engen Verbindungen zwischen Paris und Pretoria in anderen Bereichen ablenken wollte.

In Pretoria ist man mit den Beziehungen zu Frankreich zufrieden, und was den Sport angeht, so bestätigt diese Ausnahme nur die Regel.

N. SHOLKWER

Nachdem Präsident Reagan die MX-Rakete einen Friedenshüter genannt hat, machten sich offenbar auch andere Amtspersonen in Washington schleunigst über die Wörterbücher her, und Wolfowitz, Unterstaatssekretär für Ostasien und den Pazifik, stöberte noch etwas auf. Danach erklärte er, das Anlaufen der Häfen Neuseelands durch amerikanische Kriegsschiffe habe "Wesentliches dazu beigetragen, daß die USA ihrer Obliegenheit zur Aufrechterhaltung des Friedens genügen konnten".

Die Zeitschrift "Far Eastern Economic Review" (Hongkong) schreibt: "Amtspersonen und führende Militärs aus den USA waren in letzter Zeit in Neuseeland und bekräftigten damit die Bedeutung des ANZUS-Paktes, dem Australien, Neuseeland und die USA angehören."

Außenpolitisch bemüht sich Wellington, stets mit Washington Schritt zu halten. Unlängst ging Ministerpräsident Muldoon mit großem Pomp an Bord des US-Kampfschiffs "Truxton", um den USA für ihren Beistand zu danken. Die Führung Neuseelands stimmt, wie Staatsmänner erklären, mit der nuklearen Strategie der USA überein. Ihrer Meinung nach "braucht ein kleines Land einen Schirm". In Wellington hat man den hohen Gästen versprochen, daß US-Kampfschiffe mit oder ohne Kernwaffen in den Häfen Neuseelands ein herzlicher Empfang sicher ist.

Die Neuseeländer sind aber über die "atomaren Gäste" und die Pläne des Pentagon alles andere als erbaut. Die in der Opposition stehende Labourpartei, der bei den Wahlen nächstes Jahr der Sieg gewissagt wird, ist für ein Verbot der Besuche von US-Schiffen und für einen Austritt aus dem ANZUS-Block.

Jetzt stöbert man in Washington in Wörterbüchern nach Ausdrücken, die die Neuseeländer davon überzeugen könnten, daß sie ohne kernwaffenbestückte Schiffe aus den USA einfach nicht auskommen können.

L. MICHAILOW

AUSGERECHNET HIMMELBLAU

Die Tories haben einige Millionen Pfund Sterling ausgegeben, um den Wählern ihre Kandidaten anzudrehen. Wofür das Geld ausgegeben wurde, berichtete der TV-Reporter Michael Cockerell in einer Sendung über die Hintergründe des Wahlkampfes dieser Partei.

Das Manipulieren der öffentlichen Meinung und der Wählerschaft leitete Christopher Lowson, ein Experte für Marktforschung und politische Werbung, der sich diese Weisheiten 10 Jahre lang bei Präsi-

dentschaftswahlen in den USA angeeignet hatte. Bei sich zu Haus zog er die Sache ebenso groß und mit Hilfe der modernsten Technik auf. Modernste Computer speicherten Angaben über die Situation im gegnerischen Lager und über die Stimmungen unter den Wählern, auf die die Tories rechneten. Die Elektronenhirne spuckten Antworten der Wahlkampfmanager auf eventuelle knifflige Fragen aus und empfahlen ihnen, wohin und wann sie Verstärkungen schicken sollten.



Die ganze Show war bis ins Detail durchdacht, angefangen vom Äußeren der Kandidaten bis zur Ausgestaltung des Saals im Londoner Parteihaus der Tories. Sie wurde in Eile abgeän-

In V
"We
einseit
hypoth
wäre,

FLU

Im
hafen
aus N
gierflu
rican
Blick n
ter de
die A
801 en
nur

dert, man
sel hin u
Wände
Stoff, um
den Ar
mistisch z
deres! G



Wandergänger:
e Russen vollständig und
isten! Das ist natürlich rein
aber meine erste Reaktion
s nicht weit genug ginge."
Aus: "Der Spiegel" (BRD)

NOCH EIN „UNVERSENBARER“

London erklärt noch immer, daß von Verhandlungen mit Argentinien über die Zukunft der Falklandinseln [Malwinen] keine Rede sein könne. Inzwischen sind, wie die englische Presse meldet, britische Schiffe, von einem Atom-U-Boot begleitet, nach den Inseln ausgelaufen, um die im Südatlantik befindlichen Seestreitkräfte zu verstärken. Der Zeitung "Diario Popular" [Argentinien] zufolge gehören zu ihnen ein großer Flugzeugträger, drei Fregatten vom

Typ 42 und mindestens 10 Fregatten vom Typ 21 und 12, unterstützt von vier U-Booten, von denen zwei atomarisch sind. Diese Streitkräfte bekommen Harrier-Jäger, ein Geschwader von Phantom-Jagdbombern sowie Hubschrauber.

Auf den Inseln sollen Kasernen für mindestens 15 000 Mann und für Zivilspezialisten gebaut werden. Die argentinische Zeitung "Que Pasa" teilt mit, daß rings um Port Stanley [Puerto Argentino] Startampen

für ICBM-Raketen von mittlerer und strategischer Reichweite gebaut worden sind und unterirdische Depots für Kernsprengköpfe und elektronische Ausrüstungen, namentlich solche für Verbindungen mit Spionagesatelliten, angelegt werden.

Kein Wunder, daß London die einzig mögliche Art ablehnt, internationale Probleme zu lösen, nämlich am Verhandlungstisch. Ihm und seinen NATO-Partnern geht es darum, die Aktionsphäre dieses Blocks auch auf den Südatlantik auszudehnen und sich dort einen "unversenbaren Flugzeugträger" zu schaffen.

O. VALENTINOW

NR. 801

ationalen Flug-
bei Tokio traf
rk ein Passa-
der Pan Ame-
auf den ersten
sonderes. Un-
e am 15. Juni
e der Linie
n, waren nicht
e und Ver-

wandte der Fluggäste, sondern auch Reporter, die 70 km weit nach Narita gereist waren, um das Ereignis zu schildern, das gewiß in die Geschichte der amerikanisch-chinesischen Beziehungen eingehen wird. Nach langer Unterbrechung nahm die größte Luftfahrtgesellschaft der USA die Flüge zwischen diesen und Taiwan mit Zwischenlandung in Tokio

wieder auf. Sie mußte sie 1979 einstellen, um laut Regierungsabkommen den regelmäßigen Flugverkehr mit Peking und Schanghai aufzunehmen. Die Stellungnahme Pekings war eindeutig die, daß ein und dieselbe Luftfahrtgesellschaft die Verbindung mit der VR China und mit Taiwan nicht aufrechterhalten könne. Warum hat die Pan-Am-Leitung jetzt ver-

sucht, die Flüge nach Taipeh wiederaufzunehmen?

Sprecher der Gesellschaft sagten Reportern, das habe rein wirtschaftliche Gründe: Die Maschinen gingen halbleer nach Peking und Schanghai. Dagegen nehme die Zahl der Fluggäste aus den USA, die nach Taiwan wollen, stetig zu.

Tatsächlich fliegen immer mehr Geschäftsleute, Touristen, Militärexperten und Ex-Diplomaten aus den USA und aus Taiwan über den Pazifik. Mit dem Amtsantritt der Regierung Reagan haben die Verbindungen mit dem Regime Taiwans merklich zugenommen. Es genügt zu sagen, daß Taiwan seit 1982 der siebentgrößte Handelspartner der USA ist.

Die Pan Am hat ihren Entschluß aber nicht allein wegen der Dollars gefaßt. Er entspricht Schritten Washingtons wie der Fortsetzung der großen Rüstungslieferungen an Taiwan, die im neuen Rechnungsjahr noch zunehmen, der Senkung der Quote für den chinesischen Textilexport, der Beibehaltung der Begrenzung des Verkaufs moderner Technik und Technologie an die VR China, die diese aufzuheben verlangt, und der faktischen Aufforderung der US-Geheimdienste an die in

den USA studierenden und anderen Bürger der VR China, nicht heimzukehren.

Den ersten Flug der Pan Am beobachteten gespannt die Leiter einiger anderer Luftfahrtgesellschaften. So z. B. die staatliche japanische Fluggesellschaft JAL, die nach der Aufnahme der japanisch-chinesischen diplomatischen Beziehungen für Flüge nach Taiwan eine Tochtergesellschaft mit Namen Japan Asia Airways gründete. Die japanische Geschäftswelt ist am Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Taiwan nach wie vor lebhaft interessiert. Wie die dortige Presse schreibt, beobachtet die JAL-Direktion, wie bei der Pan Am der Hase läuft.

Nachrichtenagenturen melden, daß China offiziell Protest gegen die Wiederaufnahme der Pan-Am-Flüge nach Taiwan eingelegt und von der US-Regierung gefordert hat, eine andere Gesellschaft für die Flüge nach China zu bestimmen. Schwer zu sagen, ob der Zwischenfall damit ein Ende hat. Unverkennbar rührt er aber von der Orientierung der Regierung Reagan auf "zwei Chinas" her.

J. TAWROWSKI
Eigenbericht

Tokio



Eichensens-
spierte die
melblauen
erwarten
len opti-
en. Beson-
legte man

auf Darbietungen von Pop- und Sportstars. Um Exzesse zu vermeiden, lud man nur ein auserwähltes Publikum ein. Beim Rundfunk und Fernsehen zog man bekannte Schauspieler heran, sie mimten unvoreingenommene Kommentatoren und ließen dabei alle ihre professionellen Tricks spielen. Aus Wahlrücksichten wurde sogar das Wahrzeichen der Torypartei geändert, so daß es eher wie ein Wahrzeichen Olympischer Spiele aussieht. Es sollte gewiß olympische Ruhe und Sicherheit bei denen vor-täuschen, die hinter den Tories stecken.

Laut "Daily Mail" merkten die meisten Briten, daß man versucht, sie zu manipulie-

ren. Die TV-Sendung über die Hintergründe des Wahlkampfes habe — so die "Daily Mail" — selbst Leuten, die immer zu den Tories hielten, eine leichte Schamröte ins Gesicht getrieben.

Im "Guardian" schrieb ein Leser aus Birmingham, vor den Wahlen habe die BBC nichts dergleichen ver-lauten lassen, und nach den Wahlen sei ein solches Programm eine Beleidigung des britischen Volkes.

S. GOLJAKOW
Eigenbericht

London

Margaret Thatcher spricht in einer Wahlversammlung
Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

C-WAFFEN VERBIETEN!

Von unserem Sonderberichterstatfter
Alexander USWATOW

In Ho-chi-Minh-Stadt, dem früheren Saigon, wo sich einst das Hauptquartier des eine halbe Million Mann starken US-Expeditions-Korps befand, brandmarkt heute eine ständige Ausstellung die US-Kriegsverbrechen in Vietnam. Es sind sehr viele Zeugnisse dieser Verbrechen, verschiedene Waffenarten, die von den Aggressoren eingesetzt wurden, Originaldokumente und zahlreiche Fotografien, die die Ausschreitungen und Greueltaten der Okkupanten dokumentieren, zu sehen.

Ein spezieller Abschnitt der Ausstellung befaßt sich mit dem C-Waffen-Krieg, den die USA ein ganzes Jahrzehnt — von 1961 bis 1971 — in Vietnam geführt haben. Sie setzten in ungeheuren Mengen Giftstoffe gegen die Natur und die Menschen ein. Diesen Exponaten galt das besondere Interesse der Teilnehmer und Gäste einer in Ho-chi-Minh-Stadt zusammengetretenen internationalen Konferenz "Gewerkschaften der Welt im Kampf gegen B- und C-Waffen".

Aus Anschauungsdiagrammen, Tabellen und anderen Materialien erfährt man, daß von den Giftstoffen, die offiziell der Gruppe der Defolianten und Herbizide zugerechnet werden, riesige Flächen verseucht wurden: 44% der südvietnamesischen Wälder und 43% der Nutzfläche. Das muß man sich einmal vorstellen: Ein großer Teil des Territoriums Südvietnams sollte auf Anweisung dreier US-Präsidenten bewußt und gezielt in eine vergiftete Wüste verwandelt werden, und das zusätzlich zu den Millionen und aber Millionen US-Bomben und -Geschossen, mit denen die ganze vietnamesische Erde "umgepflügt" wurde.

Über Vietnam wurden etwa 100 000 t Giftstoffe abgeworfen, versprüht und zerstäubt. Ihren verschiedenen chemischen Zusammensetzungen gab man Farbnamen: grün, weiß, purpur, blau, orange... Am meisten wurde das am stärksten giftige dioxinhaltige "orangefarbene Reagens" — auf Englisch "Agent Orange" —, ein stärkeres Gift als Zyankali, das 60% aller Giftstoffe ausmachte, eingesetzt. Noch heute weisen Bodenproben Spuren von Dioxin auf...

Die Opfer: Menschen...

Das US-Kommando behauptete, diese giftigen Chemikalien seien für Menschen

unschädlich. Das war eine der großen Lügen des Pentagon. 2 Millionen Vietnamesen starben an ihnen, büßten ihre Gesundheit ein oder zogen sich bleibende Schäden zu, an denen sie noch heute leiden.

Von den schrecklichen Folgen des C-Waffen-Krieges der USA erfährt man nicht nur aus den Ausstellungsmaterialien oder aus einem anklagenden vietnamesischen Dokumentarfilm. Von seinen tragischen Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschen kann man sich noch heute mit eigenen Augen überzeugen.

... In Ho-chi-Minh-Stadt befindet sich die gynäkologische Klinik Tuzu mit 650 Betten. Ihr Direktor, Dr. Bui Si Hung, führt uns durch die Krankensäle, in denen Patientinnen aus Gebieten liegen, die einst C-Waffen ausgesetzt waren. Er erklärt uns, daß hier der Prozentsatz der Risikoschwangerschaften besonders hoch ist, sehr viele Neugeborene tot zur Welt kommen und ungewöhnlich viele Fälle von Krebs auftreten, selbst bei Frauen, die damals noch Kinder oder Halbwüchsige waren.

Doch noch furchtbarer ist uns zumute, als uns die Ärztin Diem Huong Neugeborene mit verschiedenen körperlichen Schäden und Mißbildungen zeigt, die so unvorstellbar sind, daß man sich scheut, sie zu beschreiben. In der Klinik, in der auch umfangreiche Forschungsarbeit geleistet wird, gelangte man zu dem Schluß, daß all das unmittelbar auf den Einfluß von Giftstoffen auf die Kindeseltern zurückzuführen ist. Gab es doch in den Nachkriegsjahren ungleich mehr solche Fälle als vor der US-Intervention.

...und verunstaltete

Natur

Um zu sehen, was die US-Aggressoren aus der Natur gemacht haben, fahren wir in den Ma-Da-Wald, 100 bis 120 km nordöstlich von Ho-chi-Minh-Stadt. Waldstücke mit dünnen Stämmen, deren nackte Zweige krampfhaft verzerrt wirken, öde, waldlose Flächen mit verküppelten Sträuchern, häßliche kahle Stellen mit kümmerlichem Grasbewuchs.

"Hier war einmal dichter, sauberer Wald", bemerkte betrübt Nguyen Van Loc, Direktor des Forstwirtschaftsbetriebes. Er lebt hier schon seit 1947. Alle

Veränderungen des Ma-Da-Waldes mußte er mit eigenen Augen mit ansehen. Sein Herz blutete, als er erlebte, wie die US-Aggressoren hier seit 1966 die Natur verseuchten.

"Sie zerstäubten die Giftstoffe in der Trockenzeit, von Januar bis März. Zweimal täglich kamen die Flugzeuge — 7 Uhr morgens und 4 Uhr nachmittags. Schnell fielen die Blätter ab, und anschließend entzündeten sich diese Blätter und die Stämme. Nicht nur die Pflanzen starben, auch die Tiere und die Menschen. Wenn ein Mensch sich in der Bestäubungszone befand, so bestand seine einzige Rettung darin, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden zu werfen und das Gesicht unbedingt mit einem feuchten Tuch zu bedecken, durch das er den ganzen Tag atmen mußte. Sonst wäre er qualvoll erstickt..."

In unserem Betrieb wurden 10 000 ha Wald vernichtet, der sich in einem langen Streifen von Süden nach Norden zog." Nguyen Van Loc zeigt uns eine Karte, auf der die verseuchten Gebiete gelb hervorgehoben sind. "Jetzt versuchen wir den Wald wieder aufzuforsten. Dabei helfen uns junge Leute, die eigens zu diesem Zweck angereist sind. 500 ha wurden schon neubeplant."

Wenn man tiefer in den verküppelten Wald hineinfährt, kann man Fässer mit dem US-Gift, die sich damals nicht geöffnet haben, finden. Auf ein solches umgekipptes rostiges Faß stoßen auch wir. "CS-1 zur Viet-Cong-Bekämpfung" steht auf Englisch darauf geschrieben. Einheimische erklärten, das sei eines der 1969 abgeworfenen Fässer. Ein Konferenzteilnehmer, der Australier Brian Day, der selbst am Vietnamkrieg teilnahm, nahm vorsichtig mit einem Stöckchen ein Stück des ausgetrockneten gelblichen Stoffes heraus, roch daran und verzog das Gesicht.

"Das sticht ja immer noch in die Nase!" rief er und warf das Stöckchen mit dem Gift von sich.

Diese Chemikalie, die ein erstickendes Tränengas ausströmt, wurde in Verbindung mit Defolianten eingesetzt, um die südvietnamesischen Patrioten aus dem Dschungel zu vertreiben, ihnen ihren Unterschlupf zu nehmen und sie dann mit Napalm zu verbrennen und Bombenhagel auszusetzen. Diese teuflische Taktik der Interventen bewahrte sie jedoch nicht vor

der schmachvollen Niederlage und half ihnen nicht, das freiheitsliebende vietnamesische Volk in die Knie zu zwingen.

Arsenale werden ausgebaut...

Eine Wiederholung der Tragödie des vietnamesischen Volkes muß verhindert und schnellstens ein internationales Abkommen über das Verbot von C-Waffen und die Vernichtung der C-Waffen-Vorräte abgeschlossen werden — so lautete das Leitmotiv der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Ho-chi-Minh-Stadt.

A. Cover, Generalsekretär der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen der Chemie-, Erdöl- und verwandten Industrien, und



Der Amerikaner Frank Rogalla und der Australier Brian Day an einem Faß mit Giftstoff, das im Ma-Da-Wald abgeworfen wurde.

die anderen Delegierten, Vertreter von 60 Ländern und 25 internationalen und regionalen Organisationen, unterstrichen in ihren Reden die besondere Gefahr, die neben der Bedrohung der Welt durch einen thermonuklearen Krieg von der Anhäufung von B- und C-Waffen ausgeht. Die Konferenzteilnehmer prangerten den Umstand an, daß die USA 1981 ein Milliardenprogramm der "chemischen Umrüstung" verkündet haben. Übersteigen doch schon die jetzigen US-Giftstoffvorräte nach Schätzungen von Experten 150 000 t. In ihrem Arsenal befinden sich etwa 3 Mio Stück chemischer Munition.

Im Programm der Reagan-Administration wird das Schwergewicht auf die Produktion von binären C-Waffen gelegt: Artilleriegeschossen und Bomben vom Typ "Big Eye" ("Großes Auge"). Bei ihrem Einsatz bildet sich aus zwei an sich relativ harmlosen Komponenten der nervenlähmende tödliche Giftstoff VX. Der stellvertretende Berater des US-Verteidigungsministers Ted Gold bezeichnete die Bombe "Big Eye" als "äußerst notwendiges Mittel", das "tief in den Hinterland des Gegners" eingesetzt werden könne. Und das zusätzlich zu der schon vorhandenen chemischen Bombe "Wet Eye" ("Nasses Auge") mit dem chemischen Kampfstoff

GB. Mit solchen "Augen" sieht Washington also die Welt!

Nicht zufällig stimmten die USA auf der 37. Tagung der UNO-Vollversammlung als einziges Land gegen den Appell, Ausarbeitung und Abschluß einer Konvention über das Verbot von C-Waffen zu forcieren und sich der Produktion neuer C-Waffen zu enthalten.

...und eingesetzt

Neben den USA bauen strategische Bündnispartner des US-Imperialismus wie das zionistische Israel und die rassistische RSA ihre C-Waffen-Arsenale aus und setzen sie gegen die Völker ein, die sie in die Knie zwingen wollen. Auf der Konferenz angeprangert wurden die jüngsten Massenvergiftungserscheinungen bei palästinensischen Schülern und Studenten auf dem von israelischen Aggressoren besetzten Westjordanufer, der Einsatz von Giftstoffen durch die RSA-Rassisten bei Operationen gegen den Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas, gegen Patrioten in Namibia und bei den RSA-Militäraktionen in Angola. Wie die afrikanische Presse meldete, laufen im Rassistenstaat intensive Forschungen, um chemische Stoffe zu entwickeln, die nur auf Menschen dunkler Hautfarbe wirken. Das ist kannibalischer Rassismus in Reinkultur!

Lateinamerikanische Delegierte berichteten empört, daß die Militärs von El Salvador mit Flugzeugen und Hubschraubern aus den USA Giftstoffe und chemische Bomben — ebenfalls "Made in USA" — auf die von den Patrioten der Nationalen Befreiungsfront "Farabundo Marti" kontrollierten Gebiete abwerfen. Chemische Munition aus den USA wurde auch bei nach Afghanistan eingeschleusten konterrevolutionären Söldnern entdeckt. Ein Delegierter des Zentralrates der Gewerkschaften Afghanistans legte Fotografien solcher Granaten vor.

Odyssee ehemaliger

Vietnam-Soldaten

An der Konferenz nahm eine Gruppe von Personen teil, die die Einsicht zum Antikriegsforum nach Ho-chi-Minh-Stadt kommen ließ. Und es ist wohl gar nicht so wichtig, ob die Gründe für diese Einsicht persönlicher oder allgemeinerer Art waren. Entscheidend ist, daß sie zu dieser Einsicht gelangten und sich den Kämpfern gegen die C-Waffen, gegen das Wettrüsten schlechthin, der Friedensbewegung anschlossen.

Gemeint sind Amerikaner und Australier, die am Aggressionskrieg der USA gegen Vietnam und dessen Volk teilgenommen haben. Die vietnamesischen Gastgeber brachten ihnen volles Verständnis entgegen, trugen ihnen nichts nach und waren bestrebt, die Beziehungen zu den früheren Gegnern, die ihre

Schuld eingesehen hatten, zu festigen. Und ihre leidenschaftlichen Appelle gegen den Krieg von der Tribüne der Konferenz wurden von allen Anwesenden mit Beifall aufgenommen.

Frank Rogalla lebt heute im US-Staat Pennsylvania, unweit von Pittsburgh. Von Beruf Flugzeugmechaniker, gehörte er 1966 der U.S. Air Force in Vietnam an.

"Ich habe mit dazu beigetragen, die Defolianten und Herbizide über vietnamesischem Gebiet zu zerstäuben, denn ich habe die Flugzeuge damit beladen", stellt er mit Bedauern fest. "Man hatte uns gesagt, sie seien absolut unschädlich für Menschen und die Pflanzen würden schnell wieder nachwachsen. Heute ist ganz klar, daß man uns betrogen hat. Das Dioxin, das sie enthalten, vernichtet — sofort oder allmählich — alles Leben. Natürlich verstehe ich sehr wohl, daß ungeheuer viele Vietnamesen unter den Auswirkungen der chemischen Kampfstoffe aus den USA zu leiden hatten. Doch sie hatten auch einen Bumerangeffekt — sie schaden auch den US-Militärangehörigen."

Frank Rogalla sagt, daß 70 000 US-Soldaten ebenfalls der chemischen Kriegführung des Pentagon zum Opfer fielen, unter ihnen auch er selbst, der sich eine Hautkrankheit zuzog, gegen die die Ärzte machtlos sind. Das größte Unglück traf jedoch die Familie Rogalla, als ihre jüngste Tochter mit mißgestalteten Füßen zur Welt kam.

Er berichtet, daß seine Frau und die Frauen anderer giftstoffgeschädigter Teilnehmer des Vietnamkrieges zunächst eine Kampagne starteten, um die tragischen Folgen des Einsatzes von C-Waffen zu brandmarken und für die Opfer das Recht auf finanzielle Entschädigung und medizinische Behandlung durchzusetzen. Danach schlossen sich ihnen auch ihre Männer, die ehemaligen Soldaten, an und gründeten in ihrem Bundesstaat eine entsprechende Organisation, analog zu der in den USA auch noch andere entstanden. Frank Rogalla informierte mich über Artikel in Zeitungen, die ihre Organisation herausgibt, über Flug- und Merkblätter zu den Symptomen der vom Dioxin verursachten Krankheiten und zeigte mir ein orangefarbenes T-Shirt mit einem Totenkopf und der Aufschrift "Vietnam. Agent Orange". Diese Hemden werden zu 5 Dollar verkauft, um die Kosten der Propagandakampagne und der Gerichtsverfahren für die Rechte der ehemaligen Soldaten, die der amerikanischen C-Waffe zum Opfer fielen, zu decken. Auf einem Flugblatt las ich: "Spätsymptome von 'Agent Orange' können noch nach 15 Jahren auftreten. Viele Veteranen sind nur aus dem Krieg zurückgekehrt, damit die eigene Regierung sie sterben sieht."

Ein anderer Amerikaner, der ehemalige Artillerist Roger Quindel, war 1967/68 in Vietnam. Heute lebt er, 37jährig, in Milwaukee, US-Staat Wisconsin, und arbeitet als Maschinenführer in einem Schwermaschinenbaubetrieb.

"Heute habe ich Arbeit, aber in den vergangenen Jahren wurde ich, wie viele andere auch, mehrfach entlassen, weil die Produktion gedrosselt wurde. Bei uns herrscht die Krise, und ich weiß nicht, was morgen sein wird. Dabei habe ich zwei Kinder..."

Quindel war nicht in der Zone der C-Waffen-Angriffe der USA im Einsatz. Ich frage ihn nach seinen Beweggründen,



"Nein zur B- und C-Waffe" — so lautete das Motto der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Ho-chi-Minh-Stadt.

seine Stimme gegen den militaristischen Kurs Washingtons zu erheben.

"Ich bin beunruhigt über das unglaubliche Wachstum der Rüstungsausgaben in den USA, das zu Kürzungen der Sozialausgaben führt und die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwört."

Der 40jährige Australier Brian Day war praktisch sein ganzes Leben Berufssoldat, in den Luftlandtruppen. Er war zweimal ein Jahr lang in Vietnam, wo er durch "Agent Orange" und andere von den US-Truppen eingesetzte Giftstoffe geschädigt wurde.

"Mein Gesundheitszustand verschlechterte sich erst nach mehreren Jahren", erklärt er. "Ich bin linksseitig teilweise gelähmt, mein Seh- und Hörvermögen ließen nach. Zwei Tumore mußten mir entfernt werden, und Hautkrankheiten stellten sich ein. Viele meiner Kameraden aus der Armeezeit, noch junge Männer, starben an Krebs, Gehirntumoren oder aus ungeklärten Ursachen. Die Selbstmordrate ist unter den australischen Veteranen des Vietnamkrieges 180mal (!) so hoch wie im Landesdurchschnitt. Jetzt habe ich nun mit eigenen Augen gesehen, welch immensen, unermesslichen Schaden der Krieg den Vietnamesen und der Natur in Vietnam zugefügt hat. Mir ist es aus psychologischen Gründen naturgemäß nicht leichtgefallen, noch einmal hierher-

zukommen. Kämpfte ich hier doch früher als Soldat gegen das vietnamesische Volk, das heute an der Macht ist. Ich machte mir große Sorgen, wie man mich aufnehmen würde, aber völlig unnötig, denn mir wurde kameradschaftliche Gastlichkeit zuteil, und gerade sie machte mir meine Schuld gegenüber diesem Volk noch mehr und stärker bewußt.

Der schreckliche C-Waffen-Krieg in Vietnam", erklärte Brian Day nachdrücklich, "war ein Verbrechen an der Menschheit. Wer weiß, wieviel Jahre es brauchen wird, um seine Wunden zu heilen. Der einzige Nutzen, den man aus diesem Krieg ziehen kann, ist die Warnung, daß es nie wieder einen C-Waffen-Krieg geben darf."

Gefälschte Beweise

Als ich Brian Day fragte, wie er zu den von Washington verstärkt in Umlauf gebrachten Beschuldigungen stehe, in Afghanistan und Südostasien würden C-Waffen sowjetischer Herkunft eingesetzt, entgegnete er mit dem ihm eigenen Temperament:

"Ich persönlich lehne diese Beschuldigungen kategorisch als von der CIA der USA fabrizierte Propagandaerfindungen ab. Die CIA entsandte z.B. bekanntlich mehrere Gruppen mit chemischen Kampfstoffen nach Laos, deren Folgen man der UdSSR anlasten wollte. Obigens wurden bei uns in Australien die von den Amerikanern zur Verfügung gestellten Beweisstücke für den 'gelben Regen' analysiert, und sie erwiesen sich als reine Fälschungen. Da kann man mal sehen!"

Brian Day zeigte mir einen "technischen Bericht" der chemischen Abteilung eines dem australischen Verteidigungsministerium unterstellten Labors für Werkstoffforschung in Melbourne, den die neue Labor-Regierung Australiens im März d.J. der Öffentlichkeit vorgelegt hatte. Er entstand schon im August vergangenen Jahres, doch die Fraser-Regierung, die blind im politischen Fahrwasser Washingtons segelte, hielt es für besser, ihn geheimzuhalten. Hatten doch die darin vorgelegten Ergebnisse der Untersuchung der von den Amerikanern geschickten "Beweisstücke" (Blätter und Steine) mit Spuren des "gelben Regens", die aus Laos stammen sollten, die Washingtoner Version keineswegs bestätigt. Die Analyse dieses Militärlabors ergab im Gegensatz zur Behauptung des Bündnispartners USA: "Keinerlei ausgeprägte Toxizität konnte festgestellt werden. Die Beweisstücke erwiesen sich als falsch... Die Gründe dafür kann man nur vermuten..."

Natürlich läßt sich unschwer erraten, daß all das eine vom State Department und vom Weißen Haus verbreitete böswillige Falschmeldung und Verleumdung war.

Obigens haben auch in den USA selbst namhafte Wissenschaftler, die von Washington oktroyierte, die UdSSR anklagende Version widerlegt. Nach meiner

Rückkehr erfuhr ich in Moskau von Schlußfolgerungen, zu denen Dr. Matthew Meselson, ein bekannter Biochemiker der Harvard University, und seine Kollegen gelangten, als sie Beweisstücke "vom realen Operationsschauplatz" einer mikroskopischen Analyse unterzogen: Der berüchtigte "gelbe Regen" ist natürlichen Ursprungs und nichts anderes als ... Bienenkot.

Appell aus Ho-chi-Minh-Stadt

Die US-Regierung hat schon 1980 die Fortsetzung der Verhandlungen mit der UdSSR über ein C-Waffen-Verbot abgelehnt und hintertreibt das Zustandekommen eines entsprechenden internationalen Abkommens im Genfer Abrüstungsausschuß. Die UdSSR aber und die anderen sozialistischen Länder sind beharrlich um die vollständige Einstellung der C-Waffen-Produktion und um deren endgültiges und unwiderrufliches Verbot bemüht. Auf der 2. UNO-Abrüstungs-sondertagung 1982 legte die UdSSR einen Entwurf der Grundrichtlinien einer Konvention über ein Verbot der Entwicklung, Produktion und Hortung aller Arten von chemischen Waffen und über deren Vernichtung vor, der auch den Wünschen anderer Staaten, u. a. zur Frage der Kontrollmöglichkeiten, Rechnung trägt. Die UdSSR ist ebenso wie alle anderen an einer zuverlässigen Kontrolle über die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen interessiert.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben in der Prager Deklaration seines Politischen Beratenden Ausschusses vom 5. Januar 1983 ganz unmißverständlich dazu aufgerufen, die Ausarbeitung einer internationalen Konvention über das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen zu beschleunigen.

All dem widersetzt sich die US-Regierung, die ihr C-Waffen-Arsenal weiter ausbauen will.

Die Teilnehmer der Konferenz in Ho-chi-Minh-Stadt riefen in einem einmütigen Appell an die Beschäftigten der chemischen Industrie und des Gesundheitswesens, an die Werktätigen der ganzen Welt dazu auf, gemeinsam ein Verbot der Entwicklung, Herstellung, Hortung und Anwendung von C-Waffen anzustreben und diese als Verbrechen an der Menschheit anzuprangern. Der Appell unterstreicht ferner die dringende Notwendigkeit, daß sich alle Staaten dem 1975 angenommenen Protokoll über das Verbot von B-Waffen anschließen, und fordert, diese verbrecherischen Waffen zu vernichten. Der Aufruf aus Ho-chi-Minh-Stadt wird auch auf der Prager Weltversammlung "Für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg" wiederholt werden, wohin die internationale Gewerkschaftskonferenz eine spezielle Delegation entsandte.

Ho-chi-Minh-Stadt/Moskau

"NEUE ZEIT" 26.83

UNSICHTBARE MACHTHABER

Luis GONZALEZ-MATA

Das Jahr 1976 ging mit einem Geschehnis zu Ende, das man nur die Überraschung des Jahrhunderts nennen kann: Zum US-Präsidenten wurde James Carter, ein unbekannter, provinzieller Politiker, gewählt, der Erdnüsse pflanzte, einen schwunghaften Handel damit trieb und in seiner Freizeit Predigten hielt. Entdeckt und mit einer aufdringlichen Propagandamache nach oben katapultiert hatte ihn der Dreierausschuß. Carter, den die Reklame wie ein neues Waschmittel anpries, trat in einem psychologisch denkbar günstigen Augenblick auf den Schauplatz der Landes- und der Weltpolitik: als der Watergate-Skandal tobte und Verbrechen der CIA, Korruptionen und Bestechungen enthüllt und zum System gemacht worden waren, so daß ihn die Wähler mit offenen Armen aufnahmen.

Ein weißer Rabe im Weißen Haus

Bei Antritt der Präsidentschaft hielt er eine Rede, in der er betonte, daß die USA "beispielgebend sein müssen" und "im Ausland nicht gegen Regeln und Normen des eigenen Landes verstoßen dürfen". — "Wir sind ein freies Land und dürfen für die Freiheit in der übrigen Welt niemals gleichgültig sein. Unsere moralischen Grundsätze machen es uns zur unbedingten Pflicht, den Gesellschaften den Vorzug zu geben, die wie wir von der Respektierung der Persönlichkeit ausgehen."

Ein flüchtiger Blick auf die wichtigsten internationalen Geschehnisse von 1977 und ihr Vergleich mit den Geboten der sozialen Gerechtigkeit, die Carter ständig im Munde führte, genügt, um sich davon zu überzeugen, daß den USA und den anderen kapitalistischen Industrieländern ein wirkliches Streben danach abgeht. Nach wie vor werden die Entscheidungen an anderer Stelle getroffen: in den bekannten Klubs, die sich seit Anfang der 50er Jahre die Weltherrschaft anmaßen. Der Bilderberg-Klub, der nach dem Lockheed-Skandal und nach dem Rücktritt Prinz Bernards wiedererstandene

war, hielt eine turnusmäßige Tagung am 23. und 24. April 1977 in Torquay (England) ab.

Unter den 106 "Gästen", die dazu eintrafen, waren:

aus den USA — Kissinger, Brzezinski, Assistent Eeron, Ball, Cooper, Heinz, David Rockefeller, Vorsitzender des Dreierausschusses, General Haig, Oberbefehlshaber der Vereinigten NATO-Streitkräfte in Europa, Kirkland, Kassenwart des AFL/CIO, Bundy, Generalsekretär des Bilderberg-Klubs von den USA und Chefredakteur der Zeitschrift "Foreign Affairs";

aus England — Steel, Führer der Liberalen Partei, Dahrendorf (aus der Londoner Schule für Ökonomie und politische Wissenschaften), Finanzminister Healey und Unterhausmitglied Maudling;

aus Holland — NATO-Generalsekretär Luns, Finanzminister Duisenberg und Van der Beugel, Generalsekretär des Bilderberg-Klubs für Europa;

aus Italien — Fiat-Präsident Agnelli, Carli, Präsident des italienischen Unternehmerverbandes Confindustria, Levi, Chefredakteur der Zeitung "La Stampa", sowie die Minister Anselmi und Cossiga;

aus Spanien — Fraga Iribarne, Vorsitzender der Volksallianz (rechtsstehende politische Organisation);

aus der BRD — Bundeskanzler Schmidt, Franz Josef Strauß und der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Schleyer;

aus Portugal — Außenminister Ferreira; aus Island — Ministerpräsident Hallgrímsson;

aus Belgien — der Bankier Lambert; aus Irland — Außenminister Fitzgerald;

aus Frankreich — Berthoin, Präsident der Europa-Abteilung des Dreierausschusses, Guichard von der Sammlungsbewegung für die Republik, de Montbrial, Leiter der Zentrale für Analysen und Prognosen beim Außenministerium, de Rothschild, Salmon, Ortoli, Ex-Vorsitzender der EG-Kommission.

Anwesend waren auch die Leiter der Konzerne Unilever, Nestle, Ciba-Geigy, Coca Cola, Bendix, ITT, Montedison, Standard Electric, du Pont de Nemours u. a.

Kein Wunder, daß bei den danach abgehaltenen zwei Gipfeltreffen (eins im Rahmen der NATO) und auf einer Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Paris) am Schluß nichtssagende Communiqués ausgegeben wurden.

Doch hatten alle diese Zusammenkünfte etwas Bemerkenswertes: Sie zeigten anschaulich, daß Carter und seine Kollegen in England, in der BRD und in Japan, wenn sie zu internationalen Dingen Stellung nahmen, ausschließlich an die eigenen Landesinteressen dachten. "Im Interesse der amerikanisch-deutschen Freundschaft" mäßigte Carter im weiteren etwas den Ton seiner internationalen Stellungnahmen für die "Menschenrechte" und erkannte an, daß diese Stellungnahmen "den Ost-West-Beziehungen keinen Abbruch tun dürfen". Er sprach auch weiter von den "Menschenrechten", aber nicht mehr pauschal: Er griff die UdSSR an, vermied es dagegen, wegen der besonderen Interessen der USA und "ihrer wirklichen Partner" China, Chile und den Iran zu erwähnen.

Eigentlich betete Carter nur nach, was Unterstaatssekretär Warren über eine "eventuell negative Wirkung der Menschenrechtspolitik in Lateinamerika" gesagt und geschrieben hatte: "Zuweilen kommt es unvermeidlich zu Widersprüchen zwischen unseren allgemeinen menschlichen Bestrebungen und den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verteidigung unseres Landes... Mit unserer militärischen Hilfe wollen wir nicht noch eine Diktatur, sondern unsere Sicherheit stärken. Deshalb darf man sich nicht davon abschrecken lassen, daß diese Hilfe manchmal nachteilige Folgen für die von uns verteidigten Menschenrechte hat."

Ist das nicht so zu verstehen, daß, wenn Washington, Bonn und Tokio für freien Handel Stellung nehmen, niemand daran zweifeln darf, was sie damit bezwecken, daß nämlich nicht die Behebung der Weltkrise, sondern das wirtschaftliche Vorwärtkommen und die politische Macht des eigenen Landes ihr Hauptanliegen ist? Gewisse Industrieländer sind so "originell", ihren Problemen mit Methoden zu Leibe zu rücken, bei denen sie nicht besonders wählerisch zu sein brauchen.

Auf der Gipfelkonferenz der NATO machte Carter noch einen Rückzieher: Er holte die alte These hervor, daß die NATO-Rüstungen standardisiert werden müßten. Dabei bemühte er sich, den amerikanischen Standpunkt durchzusetzen, daß jedes internationale Problem zum globalen Problem erhoben und daß es im Rahmen der NATO bereinigt werden müsse. Damit will man jedes Problem, das die USA betrifft, zum "Problem des ganzen Westens", d. h. aller westlichen Länder erklären, weshalb "alle

NATO-Mitglieder mit vereinten Kräften eine Lösung dafür suchen müssen".

Um im Kongreß sein "Energieprogramm" durchzudrücken — Brennstoffersparnis, Importdrosselung, ausgiebigere Verwendung von Steinkohle, Erhöhung des Verkaufspreises für Treibstoff, eine "spezifische" Besteuerung usw. —, griff Carter zu Erpressungen und Drohungen, was zu einem Zusammenstoß mit der Öllobby führen mußte... Als Carter die Omultis dann gar beschuldigte, "die Nation plündern zu wollen", da traten die Öl- und die Autokonzerne, die Umweltschützer und die Konsumenten in geschlossener Front gegen ihn auf...

Einer solchen Koalition mußte Carter weichen und Verhandlungen mit der Leitung der "sieben Schwestern" aufnehmen. Sie endeten mit einer Erhöhung des Rohölpreises um 3–4%. Dieses Zugeständnis zog andere nach sich... Um zu verhindern, daß die Rohölpreise über die festgesetzte Grenze hinaus steigen, mußte sich Carter des Rückhaltes zweier führenden OPEC-Mitglieder — des Irans und Saudi-Arabiens — versichern. Bei letzterem gab es keinerlei Probleme, weil es weitestgehend auf die Interessen der USA eingestellt ist. Um aber beim Iran Verständnis zu finden, mußte Carter den Schah in Washington empfangen und über die Repressalien, Verbrechen und Bestialitäten seines Regimes hinwegsehen (und das nach all dem Gerede von den Menschenrechten!). Als Gegenleistung pflichtete der Schah bei der nächsten OPEC-Konferenz dem Standpunkt der USA bei, und es wurde entschieden, daß der Rohölpreis nur in dem Umfang erhöht

werden darf, der den US-Ölkonzernen erlaubt ist.

Mit seinen Zugeständnissen an den Schah ging Carter aber noch weiter. Als er Ende 1977 Teheran besuchte, erklärte er ohne Zaudern, er betrachte den Schah als das "einzige Staatsoberhaupt, das tiefgefühlte Dankbarkeit und persönliche Freundschaft" bei ihm erwecke. Carter sah in diesem Diktator einen "äußerst empfindsamen Mann...", der von seinem Volk geachtet und geliebt wird". Für Carter war der Schah der Führer des Landes, das "hinsichtlich des Programms für die Gewährleistung einer gemeinsamen militärischen Sicherheit den USA am nächsten steht".

Die Ziele unverändert

Endgültig zu Grabe getragen wurde die "neue" US-Politik auf der Bonner Tagung des Dreierausschusses vom 22.—25. November 1978. Kissinger triumphierte: Von da an war er neben Rockefeller und Konsorten Mitglied des Exekutivkomitees dieses Ausschusses.

In Bonn erörterte man Fragen wie die "Gefahr" einer Beteiligung der Kommunisten an Regierungen Westeuropas, den "sowjetischen Expansionismus" in Asien, Afrika und dem Nahen Osten usw. Die Beschlüsse, die in die schlimmsten Zeiten des kalten Krieges hineingepaßt hätten, wurden "vereinten Bemühungen" zugrunde gelegt. Ihrer Notwendigkeit wurde von allen Mitgliedern des Ausschusses zugestimmt, die Bereitschaft zu konkreten Maßnahmen zeigten aber nur die Delegationen der BRD, Brasiliens und Japans, die ihre führende Rolle in den betreffenden Regionen untermauerten. Gerade auf diese Staaten wollen sich die USA und die Multis in ihrem

Weltherrschaftsdrang stützen, dem sie frönen möchten, ohne Hunderttausende US-Soldaten wie nach Vietnam oder der Dominikanischen Republik schicken zu müssen...

Außer den öffentlichen Sitzungen hatte der Dreierausschuß auch Zusammenkünfte im engen Kreis, bei denen die Leitung ein Fazit aus der vierjährigen Tätigkeit seit Gründung des Ausschusses zog. Es fiel günstig aus, "und wenn hier und da einzelne Schwierigkeiten auftreten, werden sie verschwinden, sobald die jetzigen Vereinigungsbemühungen ihren konkreten Ausdruck finden werden".

Die besagte Vereinigung soll, wie die Strategen des "Schattenkabinetts" planen, von der Umwandlung des Dreierausschusses in eine banale analytische Zentrale unter dem schlichten Aushängeschild "Atlantikinstitut" begleitet sein. Dem Bilderberg-Klub aber wurde empfohlen, sich zu reorganisieren und die "schwarzen Schafe", will sagen diejenigen Politiker, Bankiers und Industriellen abzuhängen, die rechtsstehenden, bekanntermaßen unflexiblen Organisationen angehören, ferner einige Reserveoffiziere, frühere Leiter von Geheimdiensten, u. dgl. m. Weiter hieß es, der Bilderberg-Klub solle seine regelmäßigen (und öffentlichen) Sitzungen auch künftig abhalten und dazu diejenigen zu versammeln, die seit 1954 "die Welt regieren". Ihnen könnten sich aktive Mitglieder des Dreierausschusses anschließen und einen frischen Wind hineinbringen...

Die Mittel haben sich vielleicht geändert, die Ziele aber sind dieselben geblieben.

Hinter den Kulissen der "Überraschung des Jahrhunderts" — Rockefeller...



NACHWORT

Gonzalez-Mata vertritt die Ansicht, daß die Schwerpunkte der Politik der USA und ihrer Bündnispartner immer mehr von halbgeheimen Klubs der "Mächtigen dieser Welt" festgelegt werden. Führend unter ihnen ist der 1973 gebildete Dreierausschuß mit dem Finanzkönig David Rockefeller, der die größten Banken der USA, den Ölkonzern Exxon und dessen Zweigstellen kontrolliert, an der Spitze. Vertreter größter amerikanischer, europäischer und internationaler Konzerne versammeln sich in verschiedenen (meistens abgelegenen) Weltgegenden und formulieren dort Thesen, die dann den Beschlüssen von Konferenzen der Vier, der Sieben, der Zehn

und anderen westlichen Gipfeltreffen, auch der NATO-Tagungen, zugrunde gelegt werden.

Lenin hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Kapitalisten "hinter dem Rücken der Gesellschaft" vorbereiten und entscheiden. Er betonte: "Die wichtigsten Fragen: Krieg, Frieden, diplomatische Fragen werden von einem winzigen Häuflein von Kapitalisten entschieden, die nicht nur die Massen, sondern sogar oft auch das Parlament betrügen."

Die Enthüllung der geheimen, verschwörerischen Aktivitäten des Imperialismus wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben des Sowjetstaats erklärt, der in einem seiner ersten Dekrete, dem Dekret über den Frieden, die Abschaffung der Geheimdiplomatie verkündete.

Das Entstehen des ersten sozialistischen Staates der Welt, der UdSSR, und später auch der anderen sozialistischen Länder sowie der Zusammenbruch von Kolonialreichen veranlaßten die kapitalistische Welt zur Suche nach raffinierten Methoden des Kampfes gegen die Fortschrittskräfte, zu massierten Provokationen, Falschmeldungen und subversiven Akten anderer Art.

Gonzalez-Mata beendete sein Buch 1978. Es erschien 1979 in dem französischen Verlag "Grasset". Damals machte ich mich ursprünglich mit dem Inhalt bekannt.

Das Buch hatte keine "große Presse". Es erschienen auch keine nennenswerten Rezensionen oder Widerlegungen. Offenbar hatte der Verfasser ins Schwarze getroffen. Nicht von ungefähr sind die Spürhunde der "Firma", wie die CIA von ihren Beamten genannt wird, noch jetzt hinter ihm her.

Im Abstand der Jahre kann ich feststellen, daß dieses Buch nicht einfach eine politische Streitschrift war. Die Tendenzen und Linien, die sich darin abzeichneten, haben sich fortentwickelt und durch neue Beweise bestätigt.

Versuchen wir, auch nur kurz die weitere Entwicklung zu verfolgen. Der vom Dreierausschuß festgesetzte Kurs darauf, die Entspannung abubrechen, mit der "sowjetischen Bedrohung" herumzufucheln und den sozialistischen Ländern wie auch der nationalen Freiheitsbewegung gegenüber eine harte Politik zu betreiben, hat bei den NATO-Staaten Eingang in die staatliche Praxis gefunden. Die Regierung Carter bewirkte im Dezember 1979 den "Nachrüstungsbeschluß" der NATO, der den US-Raketen den Weg nach Europa bahnte und einen Anstoß zum weiteren Wettrennen gab. Unter Reagan sind die Beschränkungen für die unmenschlichsten Waffen — solche wie die Neutronenbomben, wie neue Raketen und Bomber sowie C-Waffen — aufgehoben worden. Viele Vereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR sind gebrochen worden. Der Militäretat der USA, der sich im Rechnungsjahr 1978/79 auf 126 Md. Dollar belief, hat 1982/83 262 Md. Dollar erreicht, er hat sich also in vier Jahren mehr als verdoppelt!

Das Rüstungsprogramm und die Stationierung von Pershings und Cruise Missiles in Westeuropa entsprechen der Direktive Nr. 59 über einen "begrenzten Kernkrieg". Unter Reagan hat Kriegsminister Weinberger dieses Programm "vertieft", er behauptet, man könne und müsse gleichzeitig "zwei und mehr Kriege" führen.

Neben dem Kurs auf eine militärische Überlegenheit treffen die USA allerlei wirtschaftliche Maßnahmen wie Embargos und Sanktionen gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder.

Man bemerkt unschwer, daß die amerikanischen Sanktionen zweierlei Zielsetzungen haben. Sie sind ein Gemisch aus Politik und Eigennutz und treffen nicht nur die UdSSR, sondern auch die eigenen Bündnispartner. Mit diesen Maßnahmen wird die Konkurrenzfähigkeit der Länder Westeuropas untergraben und den USA eine Vorzugsstellung verschafft. Den US-Konzernen bringen sie Riesengewinne ein. Wo es um Geld geht, da scheut man vor nichts zurück.

Heutzutage wundert sich kaum jemand darüber, wie skrupellos die USA die Wirtschaftsinteressen ihrer Bündnispartner mit Füßen treten. Ihnen sind alle Mittel recht, angefangen von der Bestechung einzelner Politiker, Parteien und anderer Organisationen bis zum politischen Mord. So wird die "Spannungsstrategie" betrieben. Dabei benutzt man ausgiebig sowohl die Einflußsphären der Freimaurer als auch die Verbindungen der amerikanischen und der europäischen Mafia wie auch die separatistischen Tendenzen in einzelnen Ländern Europas.

Die Ermordung Aldo Moros habe, so schreibt Gonzalez-Mata, zum Plan für eine Destabilisierung in Italien gehört, die darauf abzielt, das Zustandekommen einer breiten Regierungskoalition unter Teilnahme der Kommunisten zu vereiteln. Der Mord an Moro ist nicht spurlos an Italien vorübergegangen: Die USA haben erreicht, daß die Regierung ihre Einwilligung zur Aufstellung amerikanischer Flügelraketen auf

Sizilien gegeben hat. Eine große Rolle hat dabei die von Gonzalez-Mata erwähnte Freimaurerloge "Propaganda 2" gespielt. Er hatte deren subversive Umtriebe erkannt, obwohl die meisten enthüllenden Aktenstücke — über ihre Zusammensetzung und Aktivität — erst im März 1981, nach einer Haussuchung bei dem "Großmeister" der Loge und ehemaligen faschistischen Offizier Licio Gelli aufgefunden wurden.

Schon in den ersten Nachkriegsjahren beschäftigten sich die US-Geheimdienste (und später auch die NATO) besonders eingehend mit einer Umwandlung der italienischen Freimaurerschaft in einen geheimen Kanal, durch den sie stockungslos ihren Einfluß ausüben könnten. Auf den US-Militärstützpunkten in Italien wurden Logen für US-Offiziere eröffnet: Verona American und George Washington in Vence, Benjamin Franklin in Livorno und Harry Truman bei Neapel. In Rom wurde für Militärs und Diplomaten die Loge Coliseum gegründet. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß so viele Logen nach US-Präsidenten benannt sind. Fast alle Präsidenten und Außenminister der USA und ebenso die höchsten NATO-Chargen waren oder sind Freimaurer. Der hierarchische Bau der Freimaurerschaft mit seinen Hintertürchen, geheimen Gemächern und Etagen, wo als "Brüder" Personen zusammenprallen können, die dem Anschein nach zu einander "unaussöhnbar" bekämpfenden Fraktionen und Parteien gehören, ist zur Vorbereitung und Ausführung geheimster, hinterhältigster und sorgfältigst getarnter Operationen bestens geeignet. Schwerlich ist ein anderer Organismus denkbar, der zum Einschleusen in fremde Staats- und Parteiapparate besser taugen würde. Hier sei eines Ausspruchs des Italieners Pecorelli gedacht, der für seine Enthüllungen von den "Brüdern" zum Tode verurteilt wurde: "Mit dem Treueid für die Freimaurerei traten Industrielle, Finanziers, Politiker, Generale und Justizbeamte in den Dienst der amerikanischen CIA."

Mit unseren detaillierten Ausführungen über die Freimaurerei wollten wir zeigen, daß Gonzalez-Mata mit Recht den Nachdruck auf das Verschwörerische und Elitäre der von den "unsichtbaren Machthabern" betriebenen Politik legt, daß die geheimen Klubs und Logen nicht nur ein Tribut an die Mystik, sondern sich rege betätigende Körperschaften der Reaktion, des Antikommunismus und des Antisowjetismus sind.

Gonzalez-Mata veranschaulicht rückblickend die Heuchelei, mit der die US-Regierung die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder des internationalen Terrorismus beschuldigt, dessen amerikanischer Ursprung nicht zu bestreiten ist.

In einem Interview für die Mailänder Wochenschrift "Settimanale" drohte Reagan, "die Hauptquartiere des internationalen Terrorismus" auszurauchern. Jetzt ist klar, was er wirklich meinte. Die Orientierung darauf, "den internationalen Terrorismus zu zerschlagen", hat sich als skrupellose Unterstützung des staatlichen Terrorismus Israels entpuppt. Das war der Auftakt zum Völkermord an den Palästinensern und zu Diversionsakten gegen eine Anzahl junger unabhängiger Staaten wie Angola und Mocambique. Gedeckt durch diese Orientierung werden bestialische Strafaktionen gegen die Volkskräfte von El Salvador durchgeführt und Bandenüberfälle auf das Volk von Nicaragua sowie Anschläge auf die Souveränität Kubas eingefädelt.

Bleibt hinzuzufügen, daß Reagans Programm erstmalig im "Settimanale", einer Zeitschrift Gellis, dargelegt wurde. Man soll nun nicht glauben, daß Reagan nicht gewußt hat, wer Gelli ist. Der Großmeister war als einziger Italiener zur Verteidigung Reagans eingeladen (er wohnte auch derjenigen Carters bei). Die Freundschaft der höchsten US-amerikanischen Administration mit den gefährlichsten und reaktionärsten Elementen in den Ländern ihrer Bündnispartner ist kein Zufall. Über solche "Puppenspieler", aus denen man Marionetten gemacht hat, werden die volksfeindlichen, gefährlichen Programme des Dreierausschusses und der anderen Milliardenklubs ausgeführt.

L. SAMOISKI

DIE INTERNATIONALE LAGE UND DIE AUSSENPOLITIK DER SOWJETUNION

REDE VON ANDREJ GROMYKO,
MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZK DER KPdSU,
ERSTER STELLVERTRETER DES VORSITZENDEN
DES MINISTERRATES UND AUSSENMINISTER DER UdSSR,
AUF DER TAGUNG DES OBERSTEN SOWJETS DER UdSSR

am 16. Juni 1983

Lieber Juri Wladimirowitsch!

Gestatten Sie, Ihnen zur einstimmigen Wahl zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu gratulieren und Ihnen Erfolge in Ihrer ehrenvollen und verantwortungsvollen Tätigkeit zum Wohle der Kommunistischen Partei und des sowjetischen Volkes, zum Wohle unserer großen Heimat zu wünschen. Die KPdSU und das höchste Organ der Staatsmacht der UdSSR haben Ihnen dieses Amt in der festen Überzeugung anvertraut, daß Sie als Parteiführer und Staatsmann, der hohe Achtung und großes Ansehen in unserem Lande und im Ausland genießt, jenen neuen Pflichten gerecht werden, die Ihnen durch den heute gefaßten Beschluß übertragen worden sind.

Genossen Deputierte!

Fragen der internationalen Lage und der Außenpolitik der Sowjetunion stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit unserer Kommunistischen Partei, des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung. Die sowjetischen Menschen waren und sind immer brennend daran interessiert, wie die äußeren Bedingungen sind, unter denen sie zu leben und zu arbeiten haben.

Die umfassende Formel "Alles für den Menschen, alles für das Wohl des Menschen" äußert sich auch in jenen Zielen, auf die sich unsere Außenpolitik orientiert. Das sind vor allem die Beseitigung der Kriegsgefahr, die Festigung des Friedens.

Der konsequente, unermüdliche Kampf um den Frieden ist seit dem Leninschen Dekret über den Frieden das Herzstück der sowjetischen Außenpolitik.

Wie wohl kaum ein anderes, weiß unser Volk um den Wert des Friedens. Es ehrt das friedliche Leben nicht nur als höchstes Gut, es stärkt auch sein Land — das Bollwerk des Weltfriedens — in täglicher, beharrlicher Arbeit.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Juri Andropow, gibt dem Willen des Sowjetvolkes Ausdruck, wenn er betont: "Die Sowjetunion wird alles von ihr Abhängende tun, um der jetzigen und der kommenden Generation eine ruhige, friedliche Zukunft zu sichern. Das ist das Ziel unserer Politik, und von ihr gehen wir nicht ab."

Die wichtigsten Zielsetzungen der sowjetischen Außenpolitik sind wahrhaft mit goldenen Lettern in der Verfassung der UdSSR fixiert.

Das ist die Verteidigung der staatlichen Interessen der Sowjetunion und die Festigung der Positionen des Weltsozialismus.

Das ist die Unterstützung des Kampfes der Völker für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt.

Das sind die Verhinderung von Aggressionskriegen, die Durchsetzung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, die konsequente Verwirklichung des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Und all das findet seinen Niederschlag in konkreten Schritten des sowjetischen Staates auf dem Weltchauplatz.

Gestatten Sie mir, Genossen Deputierte, darzulegen, wie das ZK der KPdSU und die sowjetische Regierung die Haupttendenzen in der gegenwärtigen internationalen Situation einschätzen, was die aktuellsten außenpolitischen Fragen sind, die wir in der jetzigen Etappe lösen müssen.

Wir leben in einer nicht einfachen, man kann sagen, stürmischen Zeit. Das Tempo des internationalen Lebens hat sich rapide erhöht. Niemals zuvor war eine so große Zahl von Staaten in die Weltpolitik einbezogen. Es sind heute auf der

Welt über einhundertundfünfzig. Wir haben es jeden Tag mit einer Lawine von Problemen zu tun, deren Spanne sich vom Meeresboden bis in den Kosmos erstreckt.

Die Welt von heute bietet ein vielschichtiges, kompliziertes Bild. Aber wir haben einen bewährten und zuverlässigen Leitfaden, der es ermöglicht, hinter der Vielzahl von Fakten und Ereignissen das Wesen der Dinge und die Triebfedern der Politik dieser oder jener Staaten zu erkennen.

Dieser Leitfaden ist die Lehre des Marxismus-Leninismus. Und die sowjetische Außenpolitik stützt sich auf dieses eherner Fundament.

Die internationale Entwicklung wird, wenn man das Wesentliche herausgreift, vom Kampf zweier Linien bestimmt: der einen für die Erhaltung und Festigung des Friedens, der anderen, entgegengesetzten, auf die Untergrabung seiner Grundfesten. Eindeutig für den Frieden setzen sich die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder, die über große Mehrheit der Staaten ein — darunter auch solche, die einer anderen Gesellschaftsordnung angehören.

Das Banner des Friedens, das unsere Partei, unser Volk mit dem Sieg des Großen Oktober erhoben haben, ist in starken Händen, und sie haben es niemals sinken lassen. Unter diesem Banner, das allen Völkern teuer ist, haben sich die drei mächtigen revolutionären Ströme der Gegenwart zusammengeschlossen — der Weltsozialismus, die internationale Arbeiterbewegung und die Kräfte der nationalen Befreiung.

Wie oft hat die Welt die eindrucksvollen, von Friedensliebe kündenden Handlungen und Vorschläge der Sowjetunion begrüßt.

Die außenpolitischen Initiativen der Sowjetunion haben schließlich zu einer ganzen Reihe bedeutender internationaler Verträge und Abkommen geführt — über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, über das Verbot der Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund, über das Verbot von bakteriologischen Waffen und anderen. Sie wurden in den 60er und 70er Jahren geschlossen und erfüllen bis jetzt ihren Zweck.

Hervorgehoben werden muß die besondere Bedeutung der sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen auf dem Gebiet der strategischen Rüstungen, die vor der Amtsübernahme der derzeitigen Administration in den USA erreicht worden sind. Bis jetzt sind der Vertrag über die Einschränkung der Raketenabwehrsysteme und das Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT I) wirksam. Auch der SALT-II-Vertrag, den seine Widersacher in Washington heute auf jede Weise zu verunglimpfen suchen, hätte sowohl für die Sowjetunion als auch für die Vereinigten Staaten von Amerika und für die ganze Welt eine große Errungenschaft werden können.

Jahr für Jahr werden in der UNO aufgrund sowjetischer Vorschläge Dokumente angenommen, die die allgemeine Weltlage in vieler Hinsicht positiv beeinflussen. Hier müssen vor allem die Deklaration über die Festigung der internationalen Sicherheit und die Deklaration über die Verhütung eines Nuklearkrieges genannt werden.

Daß unsere Vorschläge unverändert breite Unterstützung in der UNO finden, wo die Mehrzahl der Staaten der Welt dafür stimmt, ist ein Zeugnis ihrer Aktualität für die Lösung der aller Völker bewegendsten Probleme.

Bekannt ist die herausragende Rolle der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder für den Erfolg der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Wir sind für die Fortsetzung des KSZE-Prozesses. Gerade diese Position bezieht die UdSSR auch auf dem Madrider Treffen, wo sie dessen Abschluß mit einer Vereinbarung über die Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa anstrebt.

Integrierender Bestandteil des Entspannungsprozesses auf dem europäischen Kontinent waren der Abschluß der Verträge

der Sowjetunion, der DDR, Polens und der Tschechoslowakei mit der Bundesrepublik Deutschland sowie die Unterzeichnung des Vierseitigen Abkommens über Westberlin.

Die Länder Ost- und Westeuropas verbindet heute eine Reihe von Verträgen und Abkommen, die die verschiedensten Bereiche der Beziehungen betreffen. Hervorgehoben werden müssen hierbei die langfristigen Programme der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, die die Sowjetunion mit der BRD, Frankreich, Italien, Finnland, Griechenland und einigen anderen Staaten geschlossen hat.

Bei den Wiener Truppenabgesprächen hat die UdSSR zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern kürzlich neue Vorschläge unterbreitet, die es ermöglichen würden, die von westlichen Staaten künstlich aufgerichteten Hindernisse zu überwinden und eine praktische Lösung dieses Problems zu finden.

Mit dem Namen unseres Landes ist die Annahme der UNO-Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit für die kolonialen Länder und Völker verbunden, die der weltweiten Bewegung für die Liquidierung des Kolonialsystems des Imperialismus einen mächtigen Impuls gab. Die Politik der UdSSR, die die Annahme dieses Beschlusses vorgeschlagen hat, versetzt die bei den Völkern verhaßten System der Unterdrückung von mehr als der Hälfte der Menschheit durch eine kleine Gruppe von Staaten einen gewaltigen Schlag.

In dem gesamten Komplex der Friedensbemühungen der Sowjetunion nehmen die Maßnahmen zur Beseitigung von Spannungsherden und Kriegsgefahr und zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten und Konflikten zwischen Staaten einen wichtigen Platz ein.

All das stellt einen soliden Aktivposten der sowjetischen Außenpolitik dar. Dieses Gut zu schmälern wird niemandem gelingen. Die internationale Politik der UdSSR und ihre Diplomatie werden auch weiterhin auf der Höhe der vor ihnen stehenden Aufgaben bleiben.

In der Politik der KPdSU und des sowjetischen Staates steht die brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Ländern des Sozialismus nach wie vor an besonderer, vorrangiger Stelle.

Die Sowjetunion festigt ständig die engen allseitigen Beziehungen zu ihnen auf der Grundlage des Prinzips des sozialistischen Internationalismus und hat aktiven Anteil an der ökonomischen Integration und der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung.

Die Länder der Gemeinschaft arbeiten in allen Lebensbereichen fruchtbar zusammen. Ihr brüderliches Bündnis findet in der Organisation des Warschauer Vertrages, im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und im System bilateraler Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand seinen Ausdruck.

Die Beziehungen und Kontakte zwischen unseren Ländern sind vielschichtig. Regelmäßig gibt es bi- und multilaterale Treffen auf höchster Ebene. Dabei werden besonders wichtige Fragen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten behandelt und entschieden sowie aktuelle Probleme der internationalen Politik erörtert. Charakteristisch sind in dieser Hinsicht die Ergebnisse der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Länder des Warschauer Vertrages.

Eingehende Konsultationen zu außenpolitischen Fragen finden im Komitee der Außenminister statt. Im Interesse der Gewährleistung der Sicherheit der Länder des Warschauer Vertrages wirkt aktiv das Komitee der Verteidigungsminister.

Erfolgreich wird die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne verwirklicht. Die Praxis der gemeinsamen Erarbeitung von Lösungen bei Schlüsselproblemen der ökonomischen Entwicklung wird erweitert. Die Vorbereitungen für eine Ökonomische Beratung der RGW-Mitgliedsländer auf höchster Ebene sind im Gange.

Wie zu den Staaten des Warschauer Vertrages entwickeln sich unsere Beziehungen der brüderlichen Zusammenarbeit auch zur Mongolei, zu Kuba, Vietnam, Laos und Kampuchea.

Unsere Beziehungen zu Jugoslawien festigen sich weiter. Wir sind solidarisch mit dem Kampf der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik um eine friedliche und demokratische Wiedervereinigung des Landes.

Die KPdSU und der sowjetische Staat wünschen von ganzem Herzen eine Entwicklung und Festigung der Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern.

Die Sowjetunion tritt nach wie vor für eine Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China auf der Grundlage der Gegenseitigkeit sowie für eine Suche nach Möglichkeiten des schrittweisen Ausbaus der bilateralen Beziehungen und Kontakte ein. Wir sind für die Fortsetzung der aufgenommenen sowjetisch-chinesischen politischen Konsultationen und möchten, daß sie zu positiven Ergebnissen führen. Wir sind überzeugt, daß die Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern den Grundinteressen ihrer Völker entsprechen.

Der Klassegegner legt es darauf an, die sozialistische Gemeinschaft zu schwächen und, wenn es gelingt, auch zu spalten. Und obwohl das für ihn ständig in einem Bankrott endet, stellt er die aufdringlichen Versuche, sein Ziel zu erreichen, nicht ein.

Gegen die Länder des Sozialismus werden feindselige Handlungen politischen und ökonomischen Charakters sowie ideologische Diversionen unternommen, werden subversive Aktionen und andere Methoden angewandt, die in der zwischenstaatlichen Praxis unzulässig sind. Besonders deutlich wird das in der Politik des Westens gegenüber der Volksrepublik Polen.

Polen war und bleibt, wie seine Führung unterstreicht — das wurde vielfach auch im Namen seiner Bündnispartner, der Länder des Warschauer Vertrags, erklärt —, ein untrennbarer Teil der sozialistischen Gemeinschaft. Das können nur diejenigen nicht verstehen, die sich in ihrer Feindseligkeit gegen den Sozialismus hoffnungslos verrannt haben, denen diese Feindseligkeit den Blick trübt und die reale Lage der Dinge verschleiert.

In Wort und Tat hat die sozialistische Gemeinschaft nicht nur einmal bewiesen, daß sie in der Lage ist, mit alldem erfolgreich fertig zu werden, was ihr Voranschreiten behindert. Es wurden alle Versuche zunichte gemacht, den legitimen Interessen dieser Gemeinschaft Schaden zuzufügen und sie auf die Zerreißprobe zu stellen.

Möge niemand an unserer gemeinsamen Entschlossenheit zweifeln, die Unantastbarkeit unserer Grenzen zu gewährleisten, die Sicherheit aller Mitglieder der Gemeinschaft zu garantieren und die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen. Die Bruderländer hüten ihre Einheit wie ihren Augapfel und werden dies auch künftig tun, und es gibt keine Kraft, die diese Einheit zerstören könnte.

„Bei der Einschätzung der Gegenwart in unseren Ländern können wir mit Befriedigung sagen“, stellt Juri Andropow fest, „die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten ist ein mächtiger, gesunder Organismus, der in der heutigen Welt eine große und positive Rolle spielt.“

Unser Land und unsere Verbündeten verfolgen in den internationalen Angelegenheiten nur einen Kurs — den des Friedens und der Völkerfreundschaft. Er zielt darauf ab, daß die Länder bei strittigen Fragen nicht die Waffen gegeneinander erheben, sondern diese Fragen mit friedlichen Mitteln und am Verhandlungstisch lösen.

Ebendieses Herangehen wurde in der Deklaration der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erneut bekräftigt.

Die sozialistische Gemeinschaft bewährt sich immer mehr als führender Faktor einer positiven Einwirkung auf die Vorgänge

in der Welt. Sie hat stets die Initiative bei der Suche nach der Lösung akuter internationaler Probleme.

Unserem entschlossenen Kurs auf Frieden und Gewährleistung internationaler Sicherheit steht die Politik der aggressiven imperialistischen Kräfte gegenüber. Diese Politik ist die Quelle der ersten Zuspitzung der internationalen Lage in den letzten Jahren sowie zunehmender Spannungen, die mitunter gefährliche Ausmaße annehmen.

Das rührt daher, daß die Außenpolitik Washingtons jetzt durch Vertreter von Kreisen mit deutlich ausgeprägten Großmachtambitionen gesteuert wird, die einem Kult der Gewalt in internationalen Beziehungen anhängen und darauf aus sind, die Welt nach ihren Maßstäben zu verändern. Das direkte Ergebnis dessen war die Wende in der USA-Politik auf Erlangung der militärischen Überlegenheit.

Die Inspiratoren dieser Politik lassen ganze Ströme von Verleumdungen für den Beweis los, die Gefahr für den Frieden gehe von der Sowjetunion aus und der Westen reagiere lediglich auf diese Herausforderung.

Vollzüge man einen Platzwechsel von Ursache und Wirkung bei ihrer Behauptung, wer den Frieden gefährde, dann würde dies genau dem entsprechen, wie es sich in Wirklichkeit verhielt und verhält.

Überhaupt hat Washington, was den außenpolitischen Kurs der USA und die sowjetische Außenpolitik anbelangt, die Irreführung der Menschen schon seit langem, und man kann sagen auf Dauer, zu seinem Rüstzeug gemacht. Es will allem Anschein nach nicht darauf verzichten in der Hoffnung, auch künftig einen gewissen Teil der westlichen Öffentlichkeit zu verunsichern und dabei seine militaristischen Programme zu realisieren.

Sowohl bei der Interpretation von Tagesereignissen als auch solcher, die schon Geschichte sind, greift man zum Betrug. Nehmen wir nur einmal die authentischen Fakten der Nachkriegsperiode, so machen sie sehr deutlich, woher die Gefahr für das friedliche Leben der Völker ausgeht.

Denken wir nur daran, daß die Flamme des zweiten Weltkrieges noch nicht einmal überall erloschen war, als die USA schon begannen, das Fundament für ihre hegemonistische, in erster Linie gegen die UdSSR gerichtete Globalpolitik zu legen. Unser Land hat von Anfang an eine solche Politik verurteilt und darauf hingewiesen, daß diese in grobem Widerspruch zu den Bündnisbeziehungen steht, die die Staaten der Antihitlerkoalition verbinden, sowie auch zu ihren Verpflichtungen aus den alliierten Abkommen über die Nachkriegsordnung.

Hunderte von Militärstützpunkten wurden in der ganzen Welt und insbesondere in der Nähe der sowjetischen Grenzen errichtet. Man begann auch, Militärblöcke zusammenzubauen. So entstand der Nordatlantikpakt, der sich der „Politik der Stärke“ verschrieben hat, die die Führer des NATO-Blocks noch heute als höchste Gottheit verehren.

Bereits seit den ersten Nachkriegsjahren haben die USA begonnen, der Welt unter Ausnutzung sowohl von politischem Druck als auch der Diplomatie und finanzieller Mittel das Wettrüsten aufzuzwingen. Und das zu einer Zeit, als die Staaten, die im Krieg den Sieg errungen hatten, vor der Aufgabe des Rüstungsabbaus und der Abrüstung standen. Seither versuchen sie ständig, Jahr für Jahr, den Umfang der Rüstungsproduktion, besonders der Produktion von Massenvernichtungswaffen, zu steigern.

In dem Bestreben, Washingtons Politik des Wettrüstens zu verteidigen, versuchen gewisse Herrschaften im Westen, die Geschichte umzuschreiben und die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Zu diesem Mittel greifen sie vor allem dann, wenn es um Kernwaffen geht. Aber es hat sich der Menschheit unauslöschlich ins Gedächtnis geprägt, wer diese Waffen erstmals gegen Menschen eingesetzt hat. Keine Rhetorik, auch die überzeugteste nicht, kann die Weste jener reinwaschen, die sich mit diesem Verbrechen beschmutzt haben.

Unser Land hat sowohl zur Abrüstung insgesamt als auch zu Fragen der Kernwaffen eine andere, entgegengesetzte Haltung eingenommen. Die Völker erinnern sich gut: Kaum daß der Vorhang nach dieser gerade von der Menschheit durchlebten Tragödie gefallen war, erhob die Sowjetunion als erste ihre kraftvolle Stimme gegen diese Waffe.

Bereits damals hatte der Sowjetstaat erklärt, daß die Nutzung der Atomenergie für militärischen Zwecken mit dem Gewissen der Menschheit unvereinbar ist.

Er unterbreitete den Vorschlag, eine internationale Konvention über das Verbot der militärischen Nutzung der Kernenergie für alle Zeiten und deren ausschließliche Verwendung für friedliche Zwecke abzuschließen.

Diese Forderung fand die starke Unterstützung aller aufrechten Menschen der Erde, einschließlich so hervorragender Wissenschaftler im Westen wie Einstein, Oppenheimer und Joliot-Curie.

Die Haltung der USA in diesem Zusammenhang ist bekannt. Auf Atomwaffen zu verzichten und sie mit einem Verbot zu belegen, paßte jenen Leuten, die die Politik der USA bestimmen, absolut nicht. Die Versuchung, durch Androhung des Einsatzes dieser Waffe die Welt beherrschen zu können, war stärker als die Einsicht in die Notwendigkeit, sie zu verbieten.

Jetzt will man diese Politik rechtfertigen mit der Behauptung, die amerikanische Seite hätte in bezug auf die Kernwaffe niemals irgendwelche unlauteren Absichten gehegt. Man erklärt, und manchmal sogar auf höchster Ebene, die USA seien, als sie für eine gewisse Zeit das Atombombenmonopol besaßen, in der Lage gewesen, den anderen, so auch der UdSSR, ihre Bedingungen zu diktieren. Sie hätten dies jedoch aus hohen moralischen Motiven nicht getan.

In diesem Argument steckt nicht das geringste Körnchen Wahrheit. Überhaupt sollte man besser keine Tugend mimen, wo sie nicht vorhanden war.

Leuten, die mit diesem Argument operieren, wäre zu raten, die Dinge von einem anderen Standpunkt aus zu betrachten. Was hätte die Sowjetunion tun können, als das faschistische Deutschland bereits besiegt war, wie weit hätte die mächtige Front der sowjetischen Armeen, die gerade erst die Militärmaschinerie des Hitlers aufgerieben hatte, vorstoßen können, wenn die UdSSR nicht zu ihren Bündnisverpflichtungen gestanden hätte.

So fragt man sich, warum Politiker, die heute die Außenpolitik der USA bestimmen, die Lüge als historische Wahrheit hinstellen müssen, selbst wenn dies in eleganter Verpackung, unter Berufung auf irgendwelche edlen Motive geschieht?

Trotz des hartnäckigen, während der gesamten Nachkriegszeit gezeigten Strebens der imperialistischen Kreise nach militärischer Überlegenheit über die Länder des Sozialismus wurde zwischen der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO ein Gleichgewicht der Kräfte erzielt.

Diese militärstrategische Parität diene als sichere Garantie für internationale Stabilität und sollte das weiterhin tun.

Ausgehend vom bestehenden Gleichgewicht, setzt sich die Sowjetunion dafür ein, den Weg der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen so zu gehen, daß dieses Gleichgewicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt erhalten bleibt, jedoch auf immer niedrigerer Ebene. Das würde auch bedeuten, die durch die entstandene Parität gebotene wahrhaft historische Chance für den Frieden zu nutzen und sie nicht zu verpassen.

Unser Land tut alles und wird alles tun, um dieses Gleichgewicht zu erhalten. Das wurde von Juri Andropow auf dem soeben beendeten Plenum des ZK der KPdSU erneut deutlich gemacht. Diese Position ist realistisch, politisch und wissenschaftlich fundiert, sie entspricht den Interessen beider Seiten und dem Weltfrieden.

Man sollte meinen, daß sich alle, die die Hauptverantwortung für die Lösung der brennenden Probleme der Menschheit tragen, dieser Haltung anschließen müßten. Aber in Washington denkt man nicht in den Kategorien des Gleichgewichts, sondern in denen der Überlegenheit. Dort setzt man darauf, das strategische Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verändern.

Das ist das Hauptziel der Politik der USA in den internationalen Angelegenheiten. Ihre Angriffe sind vor allem gegen die Sowjetunion, gegen die Länder des Sozialismus gerichtet. Sie richten sich aber auch gegen den Frieden insgesamt.

Aus diesem Grunde werden die Programme zur Aufstockung aller Rüstungsarten, vor allem der nuklearen, forciert verwirklicht. Sie haben das für fünf Jahre berechnete Projekt "Umrüstung Amerikas" in Gang gesetzt, wofür sie mehr als anderthalb Billionen Dollar ausgeben wollen. Innerhalb von fünf Jahren soll für die Entwicklung von Vernichtungswaffen soviel Geld bereitgestellt werden, wie in den zwei vorangegangenen Jahrzehnten verausgabt wurde.

Sie rüsten nicht nur selbst, sie treiben dazu auch ihre Verbündeten an und fordern von ihnen eine immer stärkere Erhöhung der Militärhaushalte. Um die strategische Parität zu brechen, wollen sie um jeden Preis neue Kernraketen nach Westeuropa bringen und dort stationieren.

Wie ungeheuerlich das auch klingt: In Washington schließt man die Möglichkeit nicht aus, als erster Kernwaffen einzusetzen.

Was hat die krankhafte Phantasie mancher Strategen in der falschen Hoffnung auf den Sieg in einem Kernkrieg nicht alles an Doktrinen hervorgebracht — vom "begrenzten Kernwaffenkrieg" über den "lang andauernden Kernwaffenkonflikt" bis zum "nuklearen Erstschlag".

In Washington sollte man wissen, daß es in einem Kernwaffenkrieg keine Sieger geben wird. Das ist die Auffassung von Wissenschaftlern, seriösen Politikern und all jener, die real und ohne Verschleierung der Wahrheit die mit einem Kernwaffenkonflikt verbundene schreckliche Gefahr einschätzen.

Die politische Atmosphäre der USA befindet sich heute sozusagen in einem militaristischen Rausch. Der Kernwaffenkrieg wird als zulässig und sogar zweckmäßig erklärt. Den Menschen wird der Gedanke eingehämmert, so fürchterlich sei dieser Krieg gar nicht.

Damit beschäftigen sich in einer Art von Verzückung auch Politiker höchsten Ranges und Generale und sogar beauftragte Beamte oder auch Anwärter auf solche Beamtenposten.

Auf diese Weise wird eine skrupellose Kriegspropaganda betrieben, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese durch einen Sonderbeschluß der UNO verboten wurde, für den übrigens auch die USA gestimmt haben. Dieser Beschluß war auf Initiative der Sowjetunion gefaßt worden.

Nimmt man allein die Einstellung der USA und der UdSSR zur Propaganda des Kernwaffenkrieges, bleibt kaum fraglich, wer hier eine unmenschliche Haltung einnimmt und wessen Haltung human ist und der Sehnsucht aller Völker entspricht.

Es erhebt sich die Frage: Ist man sich in einigen westlichen Hauptstädten darüber im klaren, daß ein Nuklearkrieg das schwerste Verbrechen gegen die Menschheit ist?

Ein derartiger politischer Kurs löst bei vernünftig denkenden Staatsmännern in den Vereinigten Staaten selbst und in den anderen Ländern des Westens Unruhe aus. Ihre Stimmen sind in dem militaristischen Trommelwirbel manchmal schwer auszumachen, aber es gibt diese Stimmen, sie werden immer lauter und sind Ausdruck der Stimmungen, die in einflußreichen Gesellschaftsschichten dieser Staaten verbreitet sind.

Die im Westen anschwellende Woge gegen Nuklearrüstung und Krieg ist eine Art Volksentscheid. In der Frage Krieg und Frieden sind die Teilnehmer dieser Bewegung fest. Sie sprechen sich für den Frieden, gegen die Pläne zur Kriegsvorbereitung und zur Fortsetzung des wahnsinnigen Wettübens aus.

Man behauptet, diese Bewegung sei von der "Hand Moskaus" gelenkt. Für uns ist es natürlich schmeichelhaft, daß das Eintreten für den Frieden mit der Politik der Sowjetunion in Zusammenhang gebracht wird, aber die "Hand Moskaus" hat damit nichts zu tun. Weite Kreise der Öffentlichkeit bringen in ihren Antikriegsdemonstrationen spontan das Bestreben der Menschen zum Ausdruck, das Recht auf Leben zu verteidigen.

Ja, das Recht auf Leben tatsächlich zu verteidigen. Es ist bekannt, wie in einigen Staaten die Frage der Menschenrechte gewissenlos ausgenutzt, wie sie in Demagogie ertränkt wird. Aber wenn es um die wirklichen Menschenrechte und vor allem um das Recht auf Leben geht, so werden diese Rechte nicht beachtet.

Die Sowjetunion lehnt selbst den Gedanken an einen Kernwaffenkrieg als absurd und Aufrufe dazu als verbrecherisch ab. Wir gehen davon aus, daß alles getan werden muß, damit Kernwaffen niemals eingesetzt werden. Das ist die Überzeugung der sowjetischen Führung, unserer gesamten Partei und des gesamten sowjetischen Volkes.

Reinen Gewissens kann man sagen, daß der sowjetische Staat die ganze Autorität seiner Außenpolitik, sein ganzes riesiges Potential an Friedensliebe für den Frieden, für die Verhinderung einer nuklearen Katastrophe in die Waagschale wirft.

Mit ihrer einseitigen Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, hat die UdSSR erneut bestätigt, daß die Sorge um die Beseitigung der Kriegsgefahr in ihrer Politik dominiert. Die Welt ist von der Kühnheit und dem Edelmüt unserer Aktion sehr beeindruckt.

Die Sowjetunion erwartet zu Recht von den anderen Kernwaffenmächten, die keine derartigen Verpflichtungen übernommen haben, einen analogen Schritt. Keinerlei Ausreden und Gründe können stärker sein als die Notwendigkeit, einen Kernwaffenkrieg zu verhüten.

Die NATO-Länder versuchen, die von uns eingegangene Verpflichtung in Zweifel zu ziehen und ihre Bedeutung herabzumindern. Sie gebrauchen das Argument, die UdSSR lasse sich freie Hand beim Einsatz konventioneller Waffen, bei denen sie angeblich ein Übergewicht habe. Dieses Argument soll die Menschen verwirren.

Die Sowjetunion und ihre Freunde widerlegen solche Behauptungen auf die überzeugendste Weise. Sie haben in der Prager Politischen Deklaration der Länder des Warschauer Vertrages vorgeschlagen, zwischen den Teilnehmern dieses Vertrages und der NATO ein Abkommen zu schließen, das die gegenseitige Verpflichtung enthalten solle, keinerlei Waffen einzusetzen — weder Kernwaffen noch konventionelle. Mit anderen Worten, in den gegenseitigen Beziehungen überhaupt keine Gewalt anzuwenden.

Es ist schon einige Zeit her, seit dieser Vorschlag unseren westlichen Partnern auf den Tisch gelegt wurde. Wenn jemandem daran etwas unverständlich ist, so sind wir und unsere Bündnispartner zu den erforderlichen Erläuterungen bereit. Wir sind bereit, unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen, und rufen die NATO-Länder nochmals auf, unsere Initiative ernst zu nehmen.

Ihre im Kommuniqué der NATO-Ratstagung vom Juni enthaltene Reaktion ist offen gestanden wenig einleuchtend. Sie zeigt, daß sie offensichtlich noch immer nicht erkennen können oder wollen, wie grundsätzlich sich die Lage in Europa und in der ganzen Welt bessern würde, wenn es gelänge, sich auf einen Gewaltverzicht zwischen den beiden Ländergruppen zu einigen.

Schon W. I. Lenin hatte darauf hingewiesen, daß Abrüstung das Ideal des Sozialismus ist. Und wir sind stolz darauf, daß unser Land seit mehr als sechs Jahrzehnten konsequent Vorschläge zur Einstellung des Wettrüstens, zur Abrüstung unterbreitet.

Heute bilden die sowjetischen Initiativen und Vorschläge ein umfassendes Programm von Maßnahmen, die von einzelnen Schritten auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung bis zur

allgemeinen und vollständigen Abrüstung reichen, einschließlich des totalen Verbots der Kernwaffen sowie deren Vernichtung.

Wir hören, daß unsere Vorschläge nicht radikal genug seien — und solche Worte kommen gerade von denjenigen, die hinsichtlich eigener Initiativen ein offenkundiges Defizit aufzuweisen haben. Die Welt weiß aber, daß kein Land soviel wie unser sozialistischer Staat getan hat, um das Kriegsbeil zu begraben.

Die UdSSR hat schließlich die weitestreichende aller möglichen Lösungen vorgeschlagen — die allgemeine und vollständige Abrüstung. Was könnte radikaler sein? Daran erinnert man sich im Westen nicht gern. Aber dieser Vorschlag ist da und bleibt in Kraft.

Man erklärt ferner, daß bei der Lösung der Probleme der Abrüstung, gleich ob es um die allgemeine und vollständige oder eine teilweise geht, alles von der Kontrolle abhängt. Es ist doch aber allgemein bekannt, daß die Sowjetunion eine allgemeine und vollständige Kontrolle vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag bleibt ebenfalls auf dem Tisch. Für uns war die Kontrolle niemals ein kritischer Punkt bei der Erfüllung von Abkommen.

Dann sagt man noch: Eine allgemeine und vollständige Abrüstung in Verbindung mit einer allgemeinen und vollständigen Kontrolle — wird da nicht zu viel vorgeschlagen? Das ist doch unmöglich auf einmal zu verwirklichen. Die Sowjetunion erwidert: Wir sind einverstanden mit einem schrittweisen Vorgehen, und einen solchen Vorschlag haben wir ebenfalls bereits unterbreitet.

Aber es ist eben so, daß man weder das eine noch das andere, noch eine dritte Möglichkeit akzeptiert.

Tausende Reden und Erklärungen, die das Offensichtliche verschleiern sollen, sind doch nicht imstande, das zu erreichen. Die Weltöffentlichkeit sieht im Sowjetland den entschlossenen Verfechter der Abrüstung.

Und was können die USA in dieser Hinsicht vorweisen?

Von ihnen wurde der SALT-II-Vertrag torpediert und eine Reihe von Verhandlungen abgebrochen, die in Gang gekommen oder praktischen Ergebnissen nahe waren.

Sie weigern sich, die Verhandlungen über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen, über die Begrenzung der Lieferungen und des Verkaufs von konventionellen Waffen an andere Länder, über die Einschränkung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean und zu einer Reihe anderer Probleme wiederaufzunehmen.

Sie wollen einfach keine Verhandlungen führen. So sagen sie es auch — wir wollen nicht und Schluß! Schon allein das spricht für sich.

Aus dem, was über die Schwierigkeiten gesagt wurde, die im Kampf für die Einstellung des Wettrüstens und für Abrüstung auftreten, ergibt sich keineswegs, daß dieser Kampf schwächer werden muß. Im Gegenteil, er muß mit noch größerer Energie und Beharrlichkeit geführt werden. Wir und unsere Bündnispartner besitzen das eine wie das andere. Die ungelösten Probleme und das Bestehen einer großen Gefahr für den Frieden verpflichten uns dazu.

Die UdSSR erklärte wiederholt und erklärt erneut, daß es in der heutigen Lage unsinnig ist, wenn jemand, wer es auch sei, auf Erreichung militärischer Überlegenheit setzt. Die UdSSR strebt und strebt nicht danach. Wir erkennen auch keinem anderen das Recht auf militärische Überlegenheit zu. In unserem Land haben wir alle notwendigen Ressourcen — materielle und geistige —, um es nicht dazu kommen zu lassen. Und die Sowjetunion wird es nicht dazu kommen lassen.

Für verantwortungsbewußte Politiker, um so mehr, wenn sie am Staatsruder stehen, muß es klar sein, daß es keinen anderen vernünftigen Weg gibt, als gegenseitig annehmbare Lösungen zu suchen und zu finden. Nur ein solcher Weg ist erfolgversprechend.

Die Hauptvoraussetzung ist, ehrlich zu verhandeln und nicht zu versuchen, den Partner zu überlisten, nicht zu versuchen, Lüge für Wahrheit und umgekehrt auszugeben. Abkommen müssen auf dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit basieren. Von diesem Prinzip wird die Sowjetunion nicht abweichen. Es wäre gut, wenn man dies auch in Washington begriffe.

Es ist von unschätzbbarer Bedeutung, die Probleme der Begrenzung und Reduzierung der strategischen sowie der Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa zu lösen. Bei den entsprechenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf steuert die USA-Administration einen Obstruktionskurs. Ganz im Gegensatz zu unserer Position, wonach Trägermittel und Sprengköpfe beider Seiten erheblich auf vereinbarte Limits zu reduzieren sind, wird der Sowjetunion eine unannehmbare einseitige Abrüstung vorgeschlagen.

Ebenso verhält es sich auch mit dem aufpolierten Standpunkt der USA zu den strategischen Rüstungen, von der dieser Tage der amerikanische Präsident sprach. Er versuchte, sie als Ausdruck der Flexibilität der Vereinigten Staaten bei den Verhandlungen hinzustellen. Diese Haltung entspricht völlig dem jetzt erfolgenden weiteren Ausbau der amerikanischen Rüstungsprogramme.

Das Herangehen Washingtons ist nach wie vor das gleiche: Es sollen nur einzelne, der amerikanischen Seite ins Konzept passende Komponenten der strategischen Kräfte begrenzt und die anderen — die man einfach nicht sehen will — aus der Vereinbarung ausgeklammert werden. Faktisch würden die USA gern die entstandene Struktur des sowjetischen strategischen Potentials zerstören, sich selbst jedoch die Hände freihalten für die Anhäufung ihrer entsprechenden Rüstungen.

Flexibilität wird also hier nur vorgetäuscht. Die amerikanische Haltung ermöglicht keine gegenseitig annehmbaren Abkommen. Allem Anschein nach ist dies auch gar nicht beabsichtigt. Die Pläne laufen darauf hinaus, die öffentliche Meinung zu beschwichtigen, ja mehr noch, sie zu betrügen und die wachsende Opposition gegen die militaristischen Vorbereitungen Washingtons zu neutralisieren.

Auch die von Washington laut angepriesenen Vorschläge zu vertrauensbildenden Maßnahmen können die destruktive und egoistische Linie der USA nicht bemänteln. Es geht darum, daß die amerikanischen Vorschläge im Gegensatz zu den von uns eingebrachten und viel weitergehenden die militärischen Aktivitäten der Seiten in keiner Weise begrenzen, sondern praktisch nur auf einen Austausch von Informationen über einige Arten dieser Aktivitäten hinauslaufen.

Außerdem verschweigt die amerikanische Seite die Tatsache, daß sie die Vorschläge der UdSSR ablehnt, die vorsehen, das Entstehen von Krisensituationen zu verhindern und das Vertrauen zu festigen.

Kurz gesagt, ist die Sowjetunion dafür, Gefahren und Krisensituationen nicht entstehen zu lassen. Die USA aber schlagen vor, darüber lediglich Informationen auszutauschen.

Es wird immer deutlicher, daß die jetzige amerikanische Regierung nicht auf Übereinkünfte Kurs hält, sondern auf die Verwirklichung ihrer Programme zur Aufstockung der strategischen Rüstungen und auf Stationierung neuer Raketen mittlerer Reichweite in Westeuropa.

Dieser Kurs tritt auch deutlich in der Erklärung zutage, die Ende Mai beim Treffen in Williamsburg angenommen wurde, sowie im Kommuniqué der eben erst zu Ende gegangenen NATO-Ratstagung. Mit vielen hochtrabenden Worten wurde vom Bestreben des Westens nach Verhandlungen mit der Sowjetunion und nach "Reduzierung der Rüstungen", nach "Minderung der Kriegsgefahr" gesprochen. Diese Worte ändern allerdings nichts am militaristischen und aggressiven Wesen des Kurses der USA und der NATO.

Die Sicherheitsbedürfnisse der UdSSR und ihrer Bündnispartner zwingen uns, wie das die sowjetische Regierung in

ihrer Erklärung vom 28. Mai angekündigt hat, Gegenmaßnahmen zur Festigung unserer Verteidigungsbereitschaft zu treffen.

Aber das sind Maßnahmen, zu denen wir gezwungen sind. Ihr einziges Ziel besteht darin, keine Störung des entstandenen Kräftegleichgewichts zuzulassen. Indem die Sowjetunion diese Warnung ausspricht, bekräftigt sie zugleich die Unveränderlichkeit ihrer prinzipiellen Haltung sowohl zur Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen als auch zur Begrenzung der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa.

Noch ist es nicht zu spät, die gefährliche Entwicklung in der Welt aufzuhalten, wenn die USA und ihre NATO-Verbündeten auf die konstruktiven Vorschläge der UdSSR reagieren. Wir möchten hoffen, daß bei unseren Partnern der gesunde Menschenverstand die Oberhand gewinnt.

Für den Anfang wäre es sinnvoll, sich wenigstens darauf zu einigen, die weitere Anhäufung von Kernwaffen zu stoppen, indem die Kernwaffenarsenale der Seiten quantitativ und qualitativ eingefroren werden. Ein solcher im allgemeinen leicht realisierbarer und zugleich effektiver Schritt würde auch günstigere Voraussetzungen für die Führung von Verhandlungen schaffen.

Viele Politiker des Westens erkennen die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme. Die Idee des Einfrierens wird von weiten Kreisen der Öffentlichkeit in den USA und Westeuropa unterstützt.

Zur Unterbindung von Möglichkeiten der Schaffung neuer Arten von Kernwaffen und zur Festigung des Regimes ihrer Nichtweiterverbreitung würde ein vollständiges und allgemeines Verbot von Tests dieser Waffen wesentlich beitragen. Die Sowjetunion ist der Meinung, daß die dreiseitigen Verhandlungen mit den USA und Großbritannien zur Ausarbeitung eines entsprechenden Vertrages wiederaufgenommen werden müssen.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, die sowjetisch-amerikanischen Verträge über die Begrenzung der unterirdischen Kernwaffentests und die Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken zu erwähnen, die noch nicht in Kraft getreten sind. Die Washingtoner Administration weigert sich, sie zu ratifizieren. Wir bringen erneut unsere Hoffnung zum Ausdruck, daß sie ihre Einstellung zu diesen beiden wichtigen Vereinbarungen korrigiert und diese in Kraft treten werden.

Das Problem der Aufrechterhaltung der militärstrategischen Stabilität auf niedrigerem Niveau schließt einen komplizierten Fragenkomplex ein. Viele dieser Fragen sind eng miteinander verknüpft. In einer solchen Wechselbeziehung stehen die strategischen Offensiv- und Defensivwaffen zueinander.

Die USA-Administration hat einen Schritt dazu getan, diese Beziehung zu trennen, indem sie einen Beschluß über den Beginn der Entwicklung eines großangelegten Raketenabwehrsystems gefaßt hat. Das geschieht keineswegs zu Verteidigungszwecken, sondern ist Teil eines umfassenden militaristischen Programms.

Die Sowjetunion ist der Meinung, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um ein Wettüben in neue Richtungen zu verhüten. Wir haben der USA-Regierung den Vorschlag gemacht, sowjetische und amerikanische Wissenschaftler, Experten auf diesem Gebiet, sollten zusammenkommen und die eventuellen Folgen der Schaffung eines großangelegten Raketenabwehrsystems beraten. Bis jetzt haben wir von der USA-Administration keine Antwort erhalten.

Es wäre eine Tragödie für die Menschheit, wenn der Kosmos zur Ursache von Zwietracht zwischen den Staaten oder gar zu einer Sphäre ihrer militärischen Konfrontation werden würde. Nur bei einem völligen Unverständnis für die schwere Verantwortung und bei hochgradiger Unvernunft kann man darauf hinarbeiten, daß der Weltraum eine Bedrohung für die Existenz der Menschheit in sich birgt.

Daher besteht die vordringlichste Aufgabe darin, einen internationalen Vertrag über die Nichtstationierung von Waffen

jeglicher Art im Weltraum abzuschließen, was die Sowjetunion auch vorgeschlagen hat. Wir sind bereit, sogar noch weiter zu gehen und über ein allgemeines Verbot der Anwendung von Gewalt sowohl im Weltall als auch vom Weltraum aus gegen die Erde zu verhandeln. Wir sind bereit, unverzüglich entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Unübersehbar ist das Problem des alsbaldigen Verbotes und der Beseitigung chemischer Waffen, eines der grausamsten Massenvernichtungsmittel. Bekanntlich ist es noch nicht lange her, daß Washington sich nicht scheute, diese Waffen im Krieg gegen das vietnamesische Volk einzusetzen. Diese schändliche Seite läßt sich nicht aus der Chronik der Geschichte herausreißen. In den USA setzt man die intensive Anhäufung chemischer Waffen fort und entwickelt immer gefährlichere Arten davon.

Die UdSSR, die konsequent für die Entfernung chemischer Waffen aus den Arsenalen der Staaten eintritt, hat dazu konkrete Vorschläge unterbreitet. Wir hoffen, daß die Staaten, die unsere Verhandlungspartner sind, auf unseren Appell eingehen, eine internationale Konvention über das Verbot und die Vernichtung dieser Waffen auszuarbeiten.

Es wäre nützlich, in den Grenzen des europäischen Kontinents gleichlaufende Schritte auf dieses Ziel hin zu unternehmen. Die Staaten des Warschauer Vertrages schlagen vor, Europa gänzlich von chemischen Waffen frei zu machen.

Die Realitäten der internationalen Lage erfordern nicht nur auf dem Gebiet der Rüstung und der Militärpolitik besondere Zurückhaltung, sondern auf allen Gebieten der zwischenstaatlichen Beziehungen, in erster Linie dann, wenn die Interessen von Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung berührt werden.

Es gereicht weder der einen noch der anderen Staatengruppe — und auch nicht der Welt im ganzen — zum Nutzen, wenn man in den Beziehungen zwischen ihnen den Antagonismus künstlich schürt, zu allen möglichen Provokationen und unlauteren Mitteln greift, Mißtrauen und Argwohn sät und es nicht für notwendig hält, in den internationalen Angelegenheiten auch nur ein Minimum an allgemein üblicher Korrektheit zu wahren.

In einer solchen Atmosphäre wird die schwierige Lösung nicht nur der Fragen der Gewährleistung der internationalen Sicherheit noch komplizierter, sondern auch solch globaler Probleme wie das Energie- und das Lebensmittelprom, das Problem des Umweltschutzes sowie die Erschließung der Weltmeere und des Kosmos zu friedlichen Zwecken, woran alle Völker, alle Länder, unabhängig von ihrem sozialen System, interessiert sind.

Leider können oder wollen das manche Politiker absolut nicht verstehen, auch wenn sie beteuern, eine geradezu gottgefällige Politik zu betreiben.

Was ist das eigentliche Credo ihrer Politik? Sie formulieren es häufig sehr falsch. Es ist die unverhohlene Propagierung der Zurückdrängung des Sozialismus als gesellschaftspolitisches System. Und wenn es mit ihnen durchgeht, dann äußern sie sogar ihre Hoffnung auf seine Liquidierung.

Es gab auch früher schon Politiker, die sich bis zu Prophezeiungen des nahen Endes des Sozialismus verstiegen haben. Jeder von ihnen versuchte zu beweisen, daß gerade er mit Adleraugen alles erkenne. Auslassungen dieser Art scheinen mancherorts im Westen beinahe schon Mode zu werden.

Was sich diese Leute nicht alles ausdenken. Heute sagen sie, man müsse es ablehnen, mit dem Sozialismus Handel zu treiben, morgen heißt es, es wäre nicht schlecht, ihm den Zugang zur Wissenschaft zu versperren, und übermorgen rüstet man gegen ihn zum Feldzug, und zwar nicht zu irgendem, sondern zum Kreuzzug. Da steckt eine tüchtige Portion Phantasie drin, die allerdings recht flügelarm ist.

Ohne eine Übertreibung zu riskieren, kann man sagen, daß Politiker, die sich erlauben, mit solcher Leichtigkeit oder gar

Dreistigkeit aufzutreten, ihre feindselige Einstellung zum Sozialismus bis zur Karikatur treiben. Diese Propheten sind der Feder unserer berühmten Karikaturisten Kukryniksy durchaus würdig.

Wer sich hier als eigenwilliger Theoretiker noch mit Lorbeer bekränzen will, hat — gelinde gesagt — eine recht nebulöse Vorstellung von den Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft. Wenn sie damit ihre Ignoranz demonstrieren wollen, so berührt uns das natürlich nicht besonders. Der Sozialismus wird jeden Tag stärker. Die Welt entwickelt sich nach objektiven Gesetzen, die von der marxistisch-leninistischen Wissenschaft entdeckt wurden.

Tatsächlich aber werden der Unterschied im sozialen Aufbau der Staaten und die ideologischen Divergenzen zur Grundlage gemacht, auf der die Außenpolitik fußt und die Frage von Krieg und Frieden entschieden wird.

Wieviel hochtrabende Worte werden in Washington zur Verherrlichung dieser Politik gemacht. Man geht so weit, sie als hochmoralisch hinzustellen. Man denkt, es genüge, seine Aktionen auf dem Weltchauplatz als Gipfel der Moral zu deklarieren — und schon bedarf es keiner anderen Begründungen mehr.

Aber wer glaubt schon an die Moral einer Politik, die auf Kriegsvorbereitung und Erstsatz von Kernwaffen abzielt.

Ist es vielleicht moralisch, wenn in der Welt schon Berge von Waffen lagern, die Produktion von Rüstungen, die für die Massenvernichtung von Menschen bestimmt sind, weiter zu beschleunigen?

Ist es moralisch, wesentlich zu lügen, indem man erklärt, die Gefahr für den Frieden gehe von denen aus, die unablässig für den Frieden, für die Verhütung eines Krieges kämpfen?

Ist es etwa moralisch, mit dem Schicksal des eigenen Volkes zu spielen, indem man seine Politik darauf aufbaut, daß ein Kernwaffenkrieg zulässig sei, obwohl man genau weiß, was er auch über das eigene Volk heraufbeschwören würde?

Ist es moralisch, fremde Länder, die Hunderte und Tausende Kilometer von den USA entfernt sind, beinahe zu eigenen Domänen und ganze Regionen der Erde zu "Sphären seiner Lebensinteressen" zu erklären und sich dabei das Recht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker anzumaßen — bis hin zur militärischen?

Es klappt in der Außenpolitik des heutigen Washington nicht mit der Moral. Für sie ist dort kein Platz.

Die Politik der USA-Administration birgt gefährliche Folgen für die Menschheit in sich und schafft eine ernstliche Bedrohung des Friedens. Dessen werden sich die Völker immer mehr bewußt.

Die Sorge um den Frieden muß heute über alles gestellt werden. Sie ist die Pflicht aller, die wichtige politische Entscheidungen zu treffen haben. Die Welt erwartet von der Führung der USA mehr Verantwortungsbewußtsein und Vernunft.

Nur durch die Einstellung des Wettübens, die Verbesserung des politischen Klimas in der Welt und die Entspannung kann die Lösung brennender internationaler Probleme gewährleistet werden.

Versuche, Standpunkte durchzusetzen, die nur den Interessen der USA sowie des NATO-Blocks entsprechen und den legitimen Interessen der UdSSR und ihrer Verbündeten Schaden würden, sind hoffnungslos.

Die Sowjetunion setzt sich konsequent für normale, dauerhafte Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern ein. Solche Beziehungen sind sowohl für diese Staaten als auch für uns von Nutzen.

Wir wollen ausgewogene Beziehungen zu den USA, eingedenk dessen, welche Bedeutung das für die Verhütung eines Krieges hat. Nach unserer Überzeugung sollten auch die Vereinigten Staaten von Amerika von der objektiven Notwendigkeit normaler Beziehungen zur UdSSR ausgehen.

Die Abwendung der Gefahr einer nuklearen Katastrophe würde den gemeinsamen Interessen beider Länder entsprechen. Daran sind alle Völker, die Staaten aller Kontinente lebhaft interessiert.

Wir schätzen die Beziehungen, die zwischen der Sowjetunion und einem von uns nicht gar so weit entfernten Land wie Kanada entstanden sind. Wir hoffen auf Gegenseitigkeit, diese Beziehungen auch künftig aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Eine große und einflußreiche Staatengruppe bilden die westeuropäischen Länder. Fast mit jedem dieser Länder unterhalten wir — mit dem einen mehr, dem anderen weniger — eine zufriedenstellende Zusammenarbeit.

In dieser Region der Welt hat sich ein ausgeprägtes und durchaus verständliches Gefühl für die Gefahr ausgebreitet, die gegenwärtige internationale Lage birgt. Die Sowjetunion äußert die Hoffnung, daß die westeuropäischen Länder es nicht dulden, in Pläne verstrickt zu werden, die eine ernsthafte Bedrohung des Friedens darstellen.

Ende 1982 hat in der BRD eine neue Regierung ihr Amt übernommen. Sie bringt — wie man so sagt — ihre eigenen Nuancen in die Politik des Landes ein. Wir sind dafür, die Beziehungen zur BRD in der gleichen Weise fortzusetzen, wie sie sich in den letzten Jahren gestaltet haben, darunter auch die Erweiterung der ökonomischen Beziehungen.

Der wichtigste Bereich sind natürlich die Sicherheitsfragen. Die Sowjetunion wird das in den Vordergrund ihrer Kontakte mit derzeitigen BRD-Regierung stellen, insbesondere auch bei unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen während des offiziellen Besuchs von Bundeskanzler Kohl in der UdSSR.

Unser Land ist für gute Beziehungen und eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Frankreich, mit dem auf gegenseitiger Basis nicht wenige gute Leistungen im Interesse des Friedens und der Zusammenarbeit der Staaten in Europa vollbracht wurden; ebenso mit Italien, Großbritannien, Spanien, mit allen westeuropäischen Ländern, sowohl den großen als auch denen, die man als mittlere und kleine bezeichnet. Selbstverständlich können sich diese Beziehungen bei dem entsprechenden Wunsch dieser Staaten weiterentwickeln.

Mit Genugtuung sprechen wir uns für die Aufrechterhaltung und Vertiefung der Beziehungen zu unserem guten Nachbarn Finnland aus. Die Ergebnisse des kürzlichen Besuchs des Präsidenten Finnlands, M. Koivisto, in der UdSSR und seine Begegnungen mit J. W. Andropow sowie die während des Besuchs vorgenommene Verlängerung des sowjetisch-finnischen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe um weitere 20 Jahre geben den Beziehungen beider Länder eine noch festere Grundlage.

Ebenso wie früher erachten wir es für wichtig, normale Beziehungen zu unserem Nachbarn Japan zu unterhalten. Eine gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Japan entspräche den Interessen beider Länder, den Interessen des Friedens und der Sicherheit im Fernen Osten und in Asien insgesamt.

Aber in letzter Zeit neigt die japanische Führung zur Forcierung des Militärpotentials, aktiviert sie die militaristischen Tendenzen im Lande und schließt sich der von Washington veranlaßten Globalstrategie der Konfrontation an. In Japan sind offensichtlich die Politiker nicht ausgestorben, die sich nach Vergangenen sehnen. Dies aber hat wiederholt Leid über das japanische Volk gebracht.

Trifft man in Tokio die Wahl zugunsten des Friedens und der guten Nachbarschaft, dann wird die UdSSR Japan ein zuverlässiger Partner bei der Entwicklung umfassender beiderseitiger Beziehungen in Politik, Wirtschaft und in anderen Bereichen sein.

Wie unterschiedlich sich die Beziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Staaten auch gestalten mögen, wir verfolgen nach wie vor konsequent den Kurs darauf, daß in den Beziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung das Prinzip der friedlichen Koexistenz, das

die wichtigste Grundlage des außenpolitischen Kurses der UdSSR bleibt, das herrschende Prinzip ist.

Die Völker, die für die Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und für sozialen Fortschritt kämpfen, treten immer stärker in den Vordergrund der Weltpolitik. Sie selbst, und sie allein, entscheiden darüber, auf welchem Weg sich ihre Entwicklung vollziehen soll. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten von außen ist unzulässig. Das ist ein unabänderlicher Grundsatz der UNO-Charta, der eingehalten werden muß.

In Washington vermag man jedoch bislang schlecht, eigene und fremde Angelegenheiten auseinanderzuhalten. Die Sowjetunion, die wie alle Staaten ihre Souveränität, Unabhängigkeit und Freiheit zu schätzen weiß, lehnt eine solche Politik und Praxis entschieden ab.

Der wachsende Widerstand der Araber führt zu Versuchen antiarabischer Abmachungen und zu Plänen für eine Nahost-Regelung, die die legitimen Interessen des palästinensischen Volkes ignorieren. Diese Politik hat es dazu gebracht, daß Libanon vor aller Augen in Stücke gerissen wird und angesichts von Geschützmdündungen gezwungen wurde, auf die Kapitulationsabkommen mit Israel einzugehen.

Jetzt ist Syrien, das seine Verteidigung festigt und eine prinzipienfeste Politik in den Nahost-Angelegenheiten betreibt, Objekt des Drucks und direkter Bedrohungen geworden.

Die Rolle der Sowjetunion in dieser nahe unseren Grenzen gelegenen Weltregion ist nicht nur die eines passiven Beobachters. Unser Land hat gerechte Prinzipien einer politischen Regelung unterbreitet, darunter den Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Nahost-Konferenz. Sie sind der ganzen Welt bekannt.

Washington und Tel Aviv behindern eine Regelung im Nahen Osten. Frieden kann dem Nahen Osten nur eine solche Regelung bringen, die anstelle der imperialistischen Willkür und der ungestraften Aktionen Israels, hinter denen sich expansionistische Ambitionen verbergen, zur Befreiung aller okkupierten arabischen Territorien führt und die Bildung eines unabhängigen, arabischen palästinensischen Staates gewährleistet. Vieles hängt von den arabischen Ländern selbst, von ihrer Geschlossenheit im Kampf gegen die Kräfte der Aggression ab.

Sinnlos ist der Konflikt zwischen Iran und Irak. Wer immer sich gegen die Einstellung des Krieges sträuben mag, es ist unvernünftig. Eine Fortsetzung des Konflikts kommt nur jenen imperialistischen Kräften zugute, die an einer Schwächung beider Staaten interessiert sind.

Freundschaftliche Beziehungen verbinden uns mit Irak. Wir sind für normale freundschaftliche Beziehungen auch zu Iran. Die Sowjetunion möchte Iran auch künftig als unabhängigen Staat sehen. Sie strebt und strebt stets nach gutnachbarlichen Beziehungen zu ihm. Leider dienen Aktionen wie die, die unlängst von der iranischen Seite gegenüber einer Gruppe von Mitarbeitern sowjetischer Einrichtungen in Iran unternommen wurde, keineswegs der Entwicklung solcher Beziehungen zwischen unseren Ländern. Die UdSSR wird — kurz gesagt — in Rechnung stellen, ob Iran das Entgegenkommen erwidert und mit uns normale Beziehungen unterhalten will oder ob es irgendwelche anderen Absichten hegt.

Die Sowjetunion unterstützt voll und ganz das von der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan unterbreitete Programm einer politischen Regelung. Auf seiner Basis kann man sich über die Lösung der Fragen verständigen, die den äußeren Aspekt des afghanischen Problems betreffen, und nur den äußeren, denn die inneren Angelegenheiten dürfen nur von den Afghanen selbst gelöst werden.

Wir hoffen, auch die Kontakte, die über den Vertreter des UNO-Generalsekretärs zwischen Afghanistan und Pakistan hergestellt wurden, zu positiven Ergebnissen führen werden.

Unser Land ist und bleibt ein treuer Freund Afghanistans, eines unabhängigen und nichtpaktgebundenen Staates.

Der Minderung der Spannungen in Südostasien steht die Einmischung äußerer Kräfte in die Angelegenheiten dieser Region im Wege. Die UdSSR solidarisiert sich voll und ganz mit den Vorschlägen der Länder Indochinas, die auf die Normalisierung der Lage in Südostasien, auf die Verwandlung dieser Region in eine Zone des Friedens, gutnachbarlicher Beziehungen und Zusammenarbeit gerichtet sind.

In immer größeren Ausmaßen entfalten die USA eine Kampagne von Drohungen und grobem Druck gegenüber souveränen Staaten und nationalen Befreiungsbewegungen in Mittelamerika und im Karibikraum. Hier wird vor der ganzen Welt die imperialistische Politik der Unterdrückung und Einmischung demonstriert, um in einigen Ländern volkshenfeindliche Junta- und blutige Marionettenregimes an der Macht zu erhalten.

Zur Rechtfertigung eigener Handlungen greift man zu skrupellosen Lügen. Erneut wird die arg strapazierte Erfindung von den "Machenschaften" Moskaus und Havannas aus der Versenkung geholt.

Ohne mit der Wimper zu zucken, läßt man sich dabei über die Demokratie und Menschenrechte aus. In El Salvador werden sie mit Waffengewalt "durchgesetzt".

Man will auch dem souveränen Staat Nikaragua die "Demokratie" beibringen, indem man Söldnerbanden bewaffnet, die in sein Territorium eindringen. Die ganze Welt verurteilt entschieden die aggressive Politik und terroristischen Aktivitäten der USA gegen Nikaragua. Die Aggression gegen dieses Land wurde praktisch von den USA organisiert, und sie tragen dafür die volle Verantwortung.

Man kann mit voller Überzeugung sagen, daß sich mit einer derartigen Politik das unbezwingbare Streben der Völker Lateinamerikas nach Unabhängigkeit und Freiheit nicht ersticken läßt. Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß die Länder Mittelamerikas und des karibischen Raumes in Ruhe gelassen werden müssen und die äußere Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten aufhören muß.

Auf unser Verständnis treffen die Bemühungen Mexikos und einiger anderer lateinamerikanischer Staaten um eine politische Regelung in diesem Raum und um die Wahrung der souveränen Rechte seiner Völker und Staaten.

Noch immer gespannt ist die Lage im Süden Afrikas. Die Interessen des Friedens erfordern, daß die RSA ihre Aggression gegen die Nachbarstaaten einstellt und ihre Truppen vom Territorium der Volksrepublik Angola abzieht, damit die UNO-Beschlüsse über die Gewährung der Unabhängigkeit für das Volk von Namibia erfüllt werden und mit solchen entwürdigenden Erscheinungen wie Rassismus und Apartheid-System Schluß gemacht wird.

Auf dem afrikanischen Kontinent gibt es über fünfzig Staaten, und mit fast allen von ihnen unterhält unser Land normale diplomatische Beziehungen. Nicht aus Lehrbüchern, sondern aus der Geschichte des schweren Kampfes für Unabhängigkeit und gegen das Kolonialjoch kennen die Völker dieser Staaten gut den Beitrag der Sowjetunion zu diesem Kampf, der unter dem Einfluß des Großen Oktober seinen Anfang nahm.

Wir betrachten die Unterstützung der Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und des Kampfes für die Festigung der Unabhängigkeit und Souveränität der Länder dieser Weltregionen auch heute als unsere internationalistische Pflicht.

Die Sowjetunion begrüßt die wachsende Rolle der Staaten der Bewegung der Nichtpaktgebundenen in den internationalen Angelegenheiten, die immer aktiver gegen Imperialismus und Krieg auftritt, wie die Ergebnisse des kürzlich in Delhi durchgeführten Forums dieser Länder zeigen.

Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf der Entwicklungsländer für eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung. Noch nicht alle diese Länder haben sich von der Ausbeutung durch einige Staaten und deren Monopolkapital befreit.

Freundschaftliche Beziehungen verbinden uns mit einem so großen Land wie Indien. Diese Zusammenarbeit dient der Stabilität in Asien und dem Weltfrieden. Die sowjetisch-indischen Beziehungen beruhen auf der fruchtbaren Grundlage des Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit. Diese Beziehungen haben sich gut bewährt, und beide Seiten schätzen das. Die Sowjetunion tritt für die Festigung der Freundschaft mit Indien ein.

Wir haben mit einer beträchtlichen Zahl nichtpaktgebundener Staaten Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit geschlossen, was ein Kennzeichen für den hohen Entwicklungsstand unserer Beziehungen zu ihnen ist. Unter den nichtpaktgebundenen Ländern, mit denen die UdSSR gute Beziehungen entwickelt hat, sind Syrien, Algerien, Südjetmen, Libyen, Angola, Äthiopien, Mocambique und die Volksrepublik Kongo zu nennen.

Die internationalen Beziehungen der Sowjetunion zu Staaten mit breitem politischem Spektrum bedeuten eine Anerkennung des hohen Ansehens unseres Landes. Sie basieren auf der Erkenntnis, daß praktisch keine einzige ernste Frage der Weltpolitik ohne seine Beteiligung gelöst werden kann. So sollte es auch sein.

Genossen Delegierte!

Das ZK der KPdSU und die sowjetische Regierung schätzen die internationale Stellung unseres Staates als stabil ein.

Sie ist stabil im Sinne unserer Fähigkeit, unsere Errungenschaften beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu verteidigen. Bei allen Wendungen der Geschichte, so jäh sie auch waren, ging dem sowjetischen Volk nie der Atem aus.

Sie ist stabil auch in dem Sinne, daß die sowjetische Außenpolitik bei der Verteidigung des Friedens wirksam ist, da sie die sehnlichsten Hoffnungen der Völker zum Ausdruck bringt.

Die Kraft des Einflusses der sowjetischen Außenpolitik ist untrennbar mit unseren Leistungen bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, beim Anstieg der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, bei der Festigung von Ordnung und Disziplin, bei der Hebung des Lebensniveaus des Volkes und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, bei der Festigung der Verteidigungskraft des Landes verbunden. Dem gilt die ständige Sorge von Partei und Staat.

Die Stärke der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und ihres Stabes — des Zentralkomitees — liegt nicht nur in den hohen Zielen und Idealen, für die das sowjetische Volk kämpft, sondern auch in ihrer Einheit, in ihrem unerschütterlichen Willen, das Volk auf dem von dem Genius Lenins vorgezeichneten Weg zu führen.

Die Wirksamkeit unserer Politik sowohl in inneren als auch in äußeren Fragen wird mit der heldenhaften Arbeit des sowjetischen Volkes, mit jeder Tonne Metall und Erdöl, jeder Dezitonne Getreide, jeder Kilowattstunde Energie, mit jeder produzierten Maschine und Kombi, mit jeder Entdeckung unserer Wissenschaftler untermauert.

"Die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die Verteidigung des Rechtes der Völker auf Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt sind die unveränderten Ziele unserer Außenpolitik", erklärte J. W. Andropow. "Im Kampf für diese Ziele wird die Partei- und Staatsführung prinzipientreu, konsequent und ausgewogen handeln."

Wir leben nun schon fast vier Jahrzehnte im Frieden. Das ist eine gewaltige Errungenschaft des internationalen Wirkens unserer Partei und unseres Landes, ihrer Leninschen Außenpolitik.

Die KPdSU und der sowjetische Staat werden auch künftig alles von ihnen Abhängende tun, um den Frieden auf der Erde zu erhalten. Und alle, die für diese große und edle Sache kämpfen, werden die Sowjetunion und das sowjetische Volk stets an ihrer Seite finden.